Armut der Werktätigen der Sowjetunion wächst S. 3

1 H 3752 CX

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der KPD / Marxisten-Leninisten

Nr. 43 vom 25. Oktober 1975 | 9. Jahrgang | 50 Pfennig

Kommunique über die Tagung des 8. Plenums des ZK der PAA

Am 10. Oktober 1975 trat unter Leitung des 1. Sekretärs des Zentralkomitees der Partei der Arbei Albaniens, Genossen Enver Hoxha, das 8. Plenum des ZK der Partei der Arbeit zusammen. Es diskutierte die vom 6. Parteitag gestellte Aufgabe, die Frage der Ausarbeitung einer neuen Verfassung der VR Albanien und traf die entsprechenden Beschlüsse. Das Plenum ehrte das Andenken des Mitglieds des ZK der PAA, des Genossen Kahremann Ylli, des 1. Sekretärs des ZK der Kommunistischen Partei Kolumbiens/Marxisten-Leninisten, des Genossen Pedro Leon Arboleda, der von den Kräften der bürgerlichen Diktatur Kolumbiens ermordet wurde sowie der heroischen Genossen der Kommunistischen Partei Spaniens (Marxisten-Leninisten), die vom blutrünstigen faschistischen Franco-Regime hingerichtet wurden. Am Schluß der Arbeiten des Plenums hielt Genosse Enver Hoxha eine wichtige Rede.

Schmidt lügt : Kapitalisten sorgen für Arbeitsplätze

Kapitalisten wollen nur eins – Profit

Ob in Zeitungen, im Parlament oder auf Betriebsversammlungen, immer öfter heißt es. Man dürfe die Kapitalisten wegen ihrer Profite nicht angreifen. Geradezu unverschämt aber wurde Bundeskanzler Schmidt, als er auf dem Gewerkschaftstag der DAG behauptete: „Unternehmen brauchen Gewinne und es ist Unsinn, Gewinne als Profite zu denunzieren."

„Profit" – das ist in ihren Ohren Denunziation. Denn seit Karl Marx ist dieser Begriff für jeden Arbeiter verbunden mit Ausbeutung, mit dem Mehrwert, der ihm abgepreßt wird. Es ist ein Begriff der Wissenschaft, die den Arbeitern zeigt, daß sich Arbeiterklasse und Kapitalistenklasse unversöhnlich gegenüberstehen, daß die Arbeiterklasse in ihrem Kampf nichts zu verlieren hat, außer ihren Ketten. Die Bourgeoisie aber spricht da lieber von Gewinnen, wo nicht deutlich wird, woher das eigentlich kommt, auf wessen Kosten das zusammengerafft wurde.

„Unternehmen brauchen Gewinne", stellte also der Kanzler fest und fuhr fort: Wenn Firmen über mehrere Jahre hindurch in den roten Zahlen seien, könnten sie nicht mehr investieren. Investitionen aber seien die Grundvoraussetzung für höhere Produktion, für mehr Arbeitsplätze und auf längere Sicht gesehen auch für ein höheres Masseneinkommen.

Wie stehts das aber mit den roten Zahlen? Wenn die Krise mehr und mehr alle Zweige der Wirtschaft erfaßt, hat die Arbeiterklasse immer noch zu leiden – doch Profite werden nach wie vor gescheffelt. Einige Zahlen zeigen das bereits deutlich: Die Deutsche Bank zum Beispiel hat im ersten Halbjahr 1975 nicht etwa weniger, sondern 49% mehr Profit zusammengerafft als im Vorjahr. Oder nehmen wir die Stahlmonopole, die angesichts der Tarifrunde gerade so tun, als seien sie bankrott. Thyssen/Rheinstahl z. B. hat 1974 einen Jahresüberschuß von 339,6 Millionen DM, eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr um 72,3%, bei Hoesch waren es 313,3 Millionen DM, eine Steigerung um 90,2%. Und es ist bekannt, daß Krupp gerade erst 53 Millionen DM Dividende ausgeschüttet hat. Das sind die „roten Zahlen".

Wie aber sind diese Profite erwirtschaftet worden – trotz Krise? Indem die Ausbeutung unserer Arbeitskraft noch mehr gesteigert worden ist. Lohnraubabschlüsse und Preissteigerungen haben in jeder Arbeiterfamilie den Lebensstandard gesenkt. Weit über eine Million Arbeiter müssen als Arbeitslose mit 2/3 ihres Lohnes leben. Fast eine Million Kollegen müssen als Kurzarbeiter erhebliche Lohnstreichungen hinnehmen. In den Betrieben aber muß von weniger Arbeitern zum Teil sogar in Sonderschichten mehr als zuvor geschuftet werden.

„Investitionen für mehr Arbeitsplätze", „für ein höheres Masseneinkommen", wie Schmidt sagt? Die Arbeiterklasse hat diese Investitionen zwar erarbeiten müssen, aber verfügt sie über diese? Keineswegs – und das wird sich im Kapitalismus niemals ändern. Wozu investieren die Kapitalisten denn? Aus Menschenfreundlichkeit? Investitionen haben den einzigen Zweck, das Kapital zu vermehren. Wenn Krupp, Thyssen oder wer auch immer investiert, so nicht, um in der Krise Arbeitsplätze zu schaffen, sondern vor allem, um durch neuere, rationellere Produktionsverfahren und Maschinen noch mehr aus uns rauszuholen. Und wenn das für sie in Brasilien oder im faschistischen Spanien mehr einbringt, dann wird hier eben dicht gemacht und dort investiert – wir Arbeiter aber sitzen auf der Straße.

Insofern aber hat Kanzler Schmidt recht: Die Monopole sind auf Profite angewiesen. Sie sind sogar auf Höchstprofite angewiesen, wenn sie ihren Markt erhalten, wenn sie sich gegenüber der Konkurrenz behaupten wollen. Auf Höchstprofite, die wir durch immer schwerere Schufterei, durch größeres Elend zu schaffen haben. Und genau das ist der Grund, warum wir diese Monopole und ihr kapitalistisches System so hassen, das ist der Grund, warum in der Hand einiger weniger Monopole der Reichtum immer mehr konzentriert wird und die Arbeiterklasse zwangsläufig sich erheben wird, weil sie nichts zu verlieren hat. Es ist der Grund, warum, wie Karl Marx es schon nachgewiesen hat, die proletarische Revolution den Kapitalismus unbedingt stürzen wird.



Zu dem Bericht auf Seite 3: Immer weniger Konsumgüter in der Sowjetunion. Ständiges Schlangestehen der werktätigen Bevölkerung beim Einkaufen.

Nato-Manöver in Westdeutschland

Machtdemonstration gegenüber Moskau

„Reforger", „Certain Trek", „Straffer Zügel", „Ocean Safary" – Manöver über Manöver rollen in allen Teilen des Landes ab. Es ist eine Demonstration der Macht des US-Imperialismus und seines NATO-Kriegsapparates über Westeuropa gegenüber der anderen Supermacht, dem russischen Sozialimperialismus.

Allein an den vier Manövern, die jetzt eins nach dem anderen durchgeführt werden, nehmen über 100 000 NATO-Soldaten teil. 10 Soldaten wurden bisher im Verlauf der Manöver getötet. Es sind Manöver, die noch größer als die des Vorjahres, zum Teil sogar die umfangreichsten seit Bestehen des NATO-Kriegsblocks sind.

„Standesgerecht" wurden sie in Bremerhaven unter den Klängen von Militaristenmärschen des Hitlerfaschismus empfangen: 1 800 „Ledernacken", die berüchtigten Elite-Mordbanden des US-Imperialismus. Sie, die eben noch in Indochina das vietnamesische und das kambodschanische Volk mordeten, wurden bei ihrer Ankunft von westdeutschen Militärs als „Verteidiger der Freiheit" begrüßt. Man feierte „Waffenbrüderschaft". Kaum etwas hätte deutlicher machen könne, als die Verbrüderung mit diesen wilden Feinden der Völker, daß die westdeutsche Bundeswehr selbst eine volksfeindliche imperialistische Armee ist, die nicht zum Schutz des Volkes ihre Manöver durchführt, sondern um die „Freiheit" des US-Imperialismus zu verteidigen, seine „Freiheit", in Westeuropa seine Vorherrschaft auszuüben und gemeinsam mit den westdeutschen Imperialisten die westdeutschen Werktätigen auszuplündern und zu unterjochen.

Fortsetzung auf Seite 3

Brief des Ausländeramtes bestätigt

Sascha soll abgeschoben werden

Das Ausländeramt in München hat erneut eine Einbürgerung des Genossen Sascha Haschemi verweigert. Vor Monaten war Saschas Mutter beim Ausländeramt gewesen, um für ihren Sohn die deutsche Staatsbürgerschaft zu beantragen, die ihm nach dem Gesetz zusteht. Damals wurde ihr gesagt: Ihr Sohn muß selber kommen. Wäre Sascha gekommen, hätte man ihn natürlich gleich festnehmen können. Als sich Saschas Mutter bei einem Anwalt erkundigt hatte und erfuhr, daß persönliches Erscheinen gar nicht notwendig ist und dem Ausländeramt ein von Sascha unterschriebener Antrag ordnungsgemäß zuging, hörte man erst einmal eine Ewigkeit nichts. Dann hieß es auf einmal, wenn Sascha schon nicht selber komme, müsse wenigstens seine Identität nachgewiesen werden. Dieses Manöver ist so infam wie das erste. Denn das Ausländeramt weiß natürlich genau, daß inzwischen Saschas Aufenthaltsgenehmigung und sein Paß abgelaufen sind, ein Identitätsnachweis also äußerst kompliziert ist.

Fortsetzung auf Seite 9

AUS DEM INHALT

Island: Raubfischerei der westdeutschen Imperialisten, Manöverkorrespondenz . . . 2
Enka-Glanzstoff: Massenentlassungen geplant . . . 4
Otto Richter KG: Kampf um Betriebsrat . . . 4
Allweiler: Roter Betriebsrat entlassen . . . 5
DAG-Kongreß: Bekenntnis zum Kapitalismus . . . 5
Todesursache Herzversagen . . . 6
Frankfurter Buchmesse: Einfluß der Revisionisten wächst . . . 7
Spaniensolidarität des KBW . . . 7
1 Monat Gefängnis wegen „Beihilfe zur Wehrkraftzersetzung" . . . 8
Polizist erschoß Erich W. / 9 Monate auf Bewährung . . . 9
30 Jahre Partei der Arbeit Koreas . . . 10
Revisionisten stützen Präsenz der Supermächte in Europa . . . 10
SEATO aufgelöst . . . 11
Reportage aus Laos . . . 11
Laos: Vor 30 Jahren Unabhängigkeit proklamiert . . . 11

Island

Raubfischerei der westdeutschen Imperialisten

Am 15. Oktober trat die Bestimmung der isländischen Regierung in Kraft, ihre Hoheitsgewässer im Umkreis von 200 Meilen zu sichern. Bei der Durchsetzung dieses Beschlusses zeigte sich erneut, daß westdeutsche Fischereiflotten in isländischen Gewässern ständige Raubfischerei betrieben haben. Mehrere westdeutsche Schiffe, darunter auch das für Raubfischerei in isländischen Gewässern berüchtigte Piratenschiff Arcturus, wurden am Dienstag aufgebracht. In den Fischereihäfen verteilte die KPD/ML und die ROTE GARDE dazu Flugblätter, in denen der gerechte Kampf für die 200-Meilen-Zone verteidigt wird. Im folgenden drucken wir das Flugblatt der ROTEN GARDE Cuxhaven ab:

FISCHER, ARBEITER UND WERKTÄTIGE!

Wie Ihr wißt, hat das isländische Volk seine Fischereigrenzen auf 200 Seemeilen erweitert, um die Reichtümer des Festlandsockels der Insel vor weiterem Raubbau zu schützen. Island wird unterstützt von allen fortschrittlichen Staaten und Menschen der Welt, die mit überwältigender Mehrheit, wie zum Beispiel in der UNO, gegen Ausplünderung durch die Supermächte und ihre Handlanger kämpfen. Im Chor der großen Räuber hat auch der westdeutsche Imperialismus eine üble Hetze gegen das isländische Inselvolk entfacht. Die Bundesregierung behauptet frech, daß die neuen Grenzen „völkerrechtswidrig" seien und daß der Fischbestand um Island „nicht gefährdet sei". Das ist der blanke Hohn! Während die Nordsee wie eine Torte aufgeteilt wurde und der westdeutsche Kapitalistenstaat seinen 200 Seemeilen-Anteil scharf überwacht, soll bei Island alles anders sein. Jeder Fischdampfermatrose weiß, daß einst berühmte Fangplätze wie „Rosengarten", „Mehlsack" und „Gammelloch" in leere Wasserwüsten verwandelt wurden. Islands Herings- und Kabeljaufischerei mußte nahezu eingestellt werden und den übrigen Fischarten droht das gleiche Schicksal. Die westdeutschen Oberherren konnten nicht tiefer sinken, als solche Ammenmärchen aufzutischen!

ES LEBE DIE FREUNDSCHAFT DES DEUTSCHEN UND ISLÄNDISCHEN VOLKES!

Die Drahtzieher des Fischereikrieges gegen das isländische Volk führen auch Krieg gegen das deutsche Volk. Denn in Wirklichkeit ist Fisch genug für alle da. Neben den Butter- und Fleischbergen gibt es riesige Fischberge in den deutschen Kühlhäusern. Wertvolle Speisefische wie Seelachs, Schollen und Rotbarsch werden massenweise durch die Schornsteine der Fischmehlfabriken gejagt. Trotzdem verschwindet Fisch immer mehr von den Tischen der Arbeiterhaushalte und die Preise steigen und steigen. Ergebnis der unersättlichen Plusmacherei der kapitalistischen Monopole die mit dem Staat verfilzt sind. Einer von ihnen ist UNILEVER, dem die 4 größten Hochseefischereien „Nordsee", „Hanseatische", „Nordstern" und „Pickenpack" direkt und indirekt angehören. Ihre Logik ist die Logik aller Monopolblutsauger, nämlich Preise hochjagen, künstlich verknappen und den Rest vernichten. Sie plündern das Volk nach Strich und Faden aus und sind auch der Ruin der vielen kleinen Kutterbetriebe. Nicht Arbeitsplätze und Versorgung der Bevölkerung sind vor Island in Gefahr, sondern seine Majestät der Superprofit mitsamt Diäten, Beraterverträgen und Aufsichtsratsposten für die Bonner Aushängeschilder!

VERWEIGERT DIE ARBEIT IN DEN ISLÄNDISCHEN HOHEITSGEWÄSSERN!

UNTERSTÜTZT DEN GERECHTEN KAMPF DES ISLÄNDISCHEN VOLKES!

Fischer! In einer Rundfunkansprache vom 14. 10. 75 gab der Vorsitzende des Verbandes deutscher Hochseefischer die Entscheidung bekannt: Mit Billigung der Bundesregierung sollen die neuen Grenzen ignoriert werden! Fischer, Ihr wißt alle, was das gegen die isländischen Kanonenboote und Flugzeuge bedeutet! Schmutzarbeit unter Lebensgefahr, Kanonenfutter für die Chefetagen der Fischereikonzerne! Sie und die Bundesregierung fragen nicht danach, was aus Euch wird. Ihnen ist es scheißegal, ob Ihr von einer gekappten Kurrleine erschlagen werdet. Und ob Eure sauerverdienten Fangprozente flöten gehen, wenn die Schiffe aufgebracht werden. Diese sauberen Herren sehen nur ihre Profite und plappern etwas von einem 100-jährigen Gewohnheitsrecht. Für dieses Recht der Fischereikapitalisten auf grenzenlose Ausquetschung der Meere, Völker und Arbeiter haben schon Hunderte von Kollegen Gesundheit und Leben verloren! Ihr seid aber nicht auf Euch allein gestellt. Alle ehrlichen Menschen im In- und Ausland sehen auf Euch! Darum gebt diesem Pack, was sie verdienen! Verweigert die Arbeit in den isländischen Hoheitsgewässern, **wenn nötig mit Gegengewalt!**

Lied der Fischer

Man jagt uns hinauf bis Grönland,
nach Island und nach den Faröern.
Wir brauchen den Fisch für unser Land,
so sagen die Reichen und Handelsherrn.

Sie schickten uns zum Raube aus,
wohl an die tausendmal
brachten wir Islands gestohlenen Reichtum nach Haus,
uns blieb keine andere Wahl.

Wohl keiner hat die Flüche gezählt,
wenn die gekappte Leine unsere Kameraden niedermäht.
Doch die Bosse und Bonzen sagen,
Ihr habt das Los selbst Euch gewählt,
wir wollen nur Geld, uns ist egal wohin Ihr geht.

Wie oft verloren wir unseren Sold
wenn man uns unter der Küste fing,
Doch der Reeder sagt nur, Ihr habts so gewollt,
kann ich wissen, daß Ihr dorthin gingt?

Wie vielen Kameraden wurden die Schiffe zu Särgen,
wie viele unserer Glieder blieben auf See zurück?
Den Reichen das Geld aus dem Meere wir bergen,
uns selbst aber bringt das alles kein Glück.

Wie oft müssen wir die Früchte der Arbeit sehn,
das Brot für tausend Proleten,
wie die Fänge als Fischmehl zugrunde gehn,
die Nahrung wird sinnlos zertreten!

Doch einmal wird Schluß sein mit Elend und Not.
die Nacht ist am finstersten vor dem Morgenrot,
dann gehören uns die Schiffe allein!

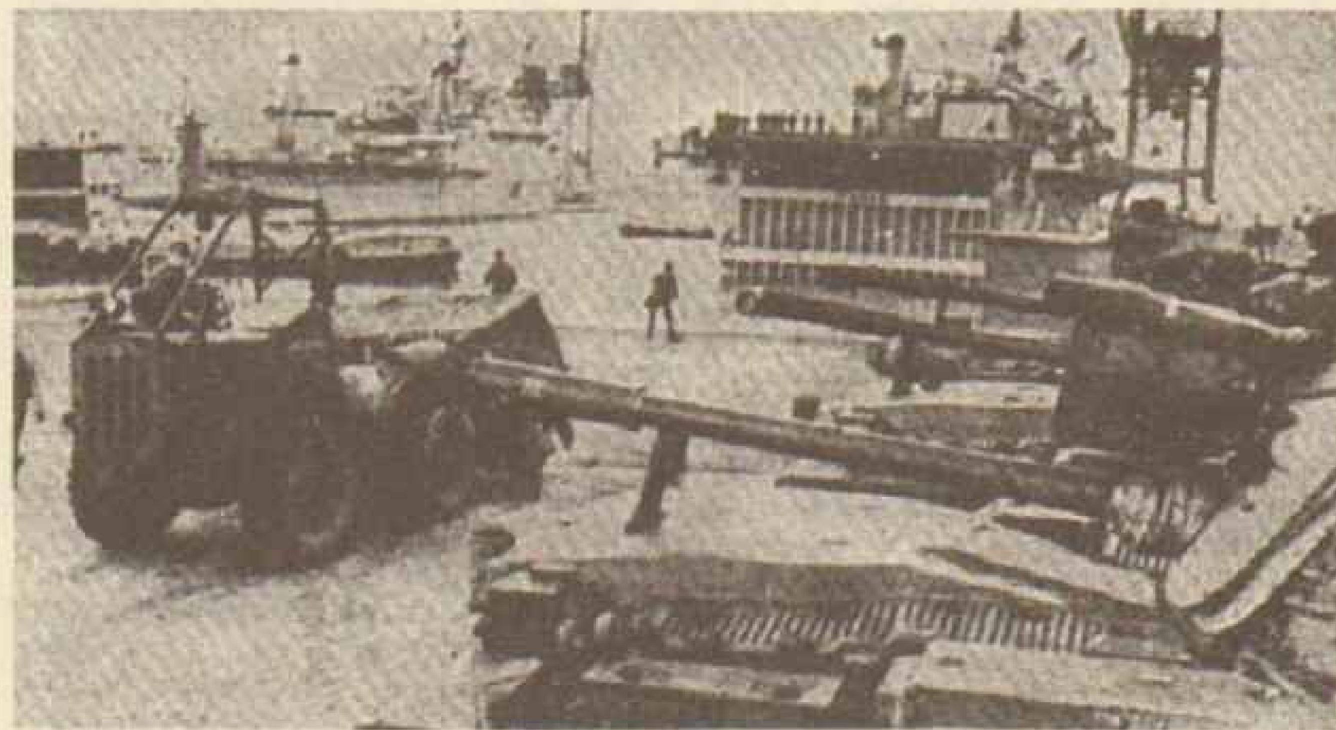
Dann wirft man unserer Arbeit Frucht
nicht länger den Schweinen zum Fraße vor.
Wir Roten Fischer, wir tragen dann mit ganzer Wucht
die Fahne der Arbeitermacht
als Siegeszeichen voran!

Machtdemonstration gegenüber Moskau

Fortsetzung von Seite 1

Die GI's kamen vollausgerüstet mit Panzern, Transportfahrzeugen und schweren Waffen mit ihrem gesamten Vierten Landungsgeschwader. Und noch bevor der Protest der Bevölkerung Bremerhavens anschwoll, wurden die Ledernacken in aller Eile in das Manövergebiet Rotenburg/Wümme geflogen.

Daß diese gemeinsame Übung von US-Truppen und Truppen der westdeutschen Imperialisten erstmals im nordwestdeutschen Raum stattfindet, hängt damit zusammen, daß dort künftig eine US-Kampfbrigade von 3000 Mann in Garlstedt stationiert werden soll. **Diese Stationierung – wie auch die Übung selbst – steht im Zuge der Verstärkung der Truppen des US-Imperialismus in unserem Land. Truppenverstärkung des NATO-Blocks wie auch des Warschauer Paktes, die Aufrüstung beider Supermächte – all das zeigt, was in Wahrheit von dem Lügengeschwätz über Abrüstung, Truppenreduzierung und Entspannung zu halten ist. Die ständigen Manöver des russischen Sozialimperialismus wie auch die gegenwärtigen NATO-Manöver sprechen da eine andere Sprache: die der Kriegsvorbereitungen.**



Mit vier großen Landungsschiffen – im Hintergrund – brachten die US-Imperialisten Panzer, Lastwagen und anderes schweres Gerät über den Atlantik.

Neben dem „Ledernacken"-Manöver unter dem Code „Straffer Zügel" sind im Verlauf des Manövers „Reforger 75" 10000 Soldaten der 1. US-Infanterie-Division in die Bundesrepublik eingeflogen worden, die im Anschluß an diese Übung an dem gleich folgenden Manöver „Certain Trek" teilnehmen, das im Nordwesten Bayerns abläuft. An diesem Manöver sind 57000 Soldaten der NATO-Truppen beteiligt. Zugleich wurde vom NATO-Kommando bekanntgegeben, daß an dem bisher größten NATO-Flottenmanöver 65 Kriegsschiffe und 17000 Soldaten beteiligt werden sollen. Die Übung, die unter dem Namen „Ocean Safary" stattfindet, soll, wie US-Admiral Kidd verkündete, das Gegenstück zur Großübung der russischen Sozialimperialisten werden, die Anfang des Jahres mit einem weltumspannenden Flottenmanöver ihren imperialistischen Anspruch auf Weltherrschaft bekräftigten.

Die Hauptgefahr für einen neuen imperialistischen Weltkrieg geht aus vom Ringen der beiden Supermächte um Vorherrschaft in Europa und auf der ganzen Welt. Dabei ist der russische Sozialimperialismus der aggressivere Teil von beiden. Dennoch – und das zeigen die gegenwärtigen NATO-Manöver deutlich – darf man die Gefährlichkeit der anderen Supermacht, des US-Imperialismus, nicht unterschätzen. Zur Einstellung des Kampfes gegen die NATO aufzurufen, wie das die Gruppe Rote Fahne (KPD) tut, heißt jedenfalls, diesen Verbrechern freien Lauf bei ihren Kriegsvorbereitungen zu lassen.

Entgegen solchen gefährlichen und kapitulantenhaften Ratschlägen weiß die Bevölkerung, insbesondere dort, wo die Besatzertruppen stationiert sind, sehr wohl, was von diesen Truppen zu halten ist. In Garlstedt, wo nach Absprache zwischen Washington und Bonn die neue Elite-Kampfbrigade der US-Imperialisten von 3000 Mann stationiert werden soll, herrscht unter der Bevölkerung große Empörung. So kamen im Verlauf der Manöver mehrere US-Militärs höheren Ranges nach Garlstedt, wo sie sich, wie die Bevölkerung sagt, wie die Diktatoren aufführten. Viele Garlstedter fühlten sich dabei, wie sie sagten, erinnert an die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg, als die US-Imperialisten offen als Besatzungsmacht gegen den Kampf des Volkes vorging. Die Bevölkerung, die sich dort in Bürgerinitiativen zusammenschließt, ist fest entschlossen, gegen die Stationierung der US-Truppen den Kampf ebenso militant und erfolgreich zu führen, wie die Bevölkerung vom Westermoor, die vor ca. zwei Jahren die Errichtung von Truppenübungsplätzen der NATO verhindert hat.

Der Kampf zur Verjagung der Besatzertruppen des US-Imperialismus aus Westdeutschland ist genauso gerecht und genauso notwendig wie der Kampf zur Verjagung der russischen Besatzertruppen in der DDR. **Nur im Kampf gegen beide Supermächte wird das deutsche Volk, eingereiht in die internationale Kampffront gegen die beiden Supermächte, Erfolge erringen können.**

Manöverkorrespondenz

Rotenburg/Wümme. Korrespondenz. Am Nachmittag des 10. 10. 75 wurde unser Bataillon in Alarmbereitschaft versetzt. Ein Teil des Bataillons wurde noch am selben Tag mit Fahrzeugen ins Übungsgelände Wünschmoor bei Hellwege (ca. 10 Km von Rotenburg entfernt) gefahren. Die Soldaten hier sollten folgende Aufgabe erfüllen:

In diesem Gebiet sollten am Sonnabendvormittag Luftlandetruppen der amerikanischen Marine mit Hubschraubern abgesetzt werden. Da es in der Bevölkerung schon seit langem Proteste gegen diesen Übungsplatz gibt und gefordert wird, ihn in ein Naturschutzgebiet zu verwandeln, befürchteten die leitenden Bundeswehr-Stellen, daß Demonstranten das Gelände besetzen könnten, um so die Landung der Truppen zu verhindern. **Die Soldaten sollten also eine gerechtfertigte Demonstration der Bevölkerung auf dem Übungsplatz unter Anwendung von körperlicher Gewalt verhindern.** Es kam zwar zu keinem Zwischenfall, da die Demonstration nicht stattfand. Dieses Beispiel zeigt jedoch, wie in zunehmendem Maße die Bundeswehr zur Aufrechterhaltung der „inneren Ordnung" eingesetzt wird.

Kurz berichtet

MÜNCHEN

Am 30. 9. führte der KSB/ML München im Rahmen der seit zwei Wochen dauernden Solidaritätskampagne mit den spanischen Patrioten eine Protestkundgebung gemeinsam mit dem KSV durch.



Im Verlauf der Kundgebung wurde eine überlebensgroße Franco-Puppe, die Genossen und Sympathisanten des KSB/ML gebastelt hatten, an der Balustrade der Mensa aufgehängt und dann verbrannt. Es kam tosender Beifall auf. Einige Kommilitonen meinten, Photos von der Puppenverbrennung sollten unbedingt am Literaturstand zum Verkauf ausgelegt werden. Fast alle Studenten, mit denen Gespräche geführt wurden, waren der Meinung: Franco muß weg! Die Tatsache, daß die Genossen des KSB/ML an ungefähr 5 Tagen 200 DM für die FRAP gesammelt haben, zeigt klar, daß die Studenten bereit sind, den Kampf der spanischen Völker zu unterstützen.

HEIDMÜHLE

Am 5. und 12. 10. fanden die ersten beiden Jugendtreffs der Roten Garde in Heidmühle statt. Auf den beiden Treffs wurden über 100 DM für die FRAP gesammelt und eine Resolution gegen die Ermordung der spanischen Genossen verabschiedet.

KASSEL

Am 4. 10. fand in Kassel eine Demonstration zur Solidarität mit dem Kampf der spanischen Völker statt, an der rund 70 Menschen teilnahmen. Aufgerufen zur Demonstration hatten die KPD/ML, die GRF (KPD) und ausländische Organisationen. Im Verlauf der Demonstration reihten sich rund 30 Personen ein.

FRIEDRICHSHAFEN

In Friedrichshafen demonstrierten am 11. 10. rund 55 Menschen gegen den spanischen Faschismus. Bei der Abschlußkundgebung wurde eine spanische Faschistenfahne in der Fußgängerzone verbrannt. Hier waren es die Partei, die RHD und die Ortsgruppe Lindau der Liga, die zur Demonstration aufgerufen hatten. Während der Demonstration konnten rund 35 ROTE MORGEN verkauft werden.

DÜSSELDORF

In Düsseldorf fand am 3. 10. eine Kundgebung gegen die Ermordung der spanischen Genossen in der Innenstadt statt. In Absprache mit der GRF konnte hier auch verhindert werden, daß die EAP dort den Verkauf ihrer „Neuen Solidarität" weiter betrieb.

KARLSRUHE

Vor kurzem wurde in Karlsruhe die Rote Garde gegründet. Zur Gründungsveranstaltung, die mit einem Flugblatt und einem Informationsstand vorbereitet wurde, erschienen 14 Besucher, darunter 3 Jugendliche, die zum ersten Mal mit der Partei oder der Roten Garde zu tun hatten.

Den Abonnements liegt eine Werbekarte des Rotfront-Verlages bei.

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch!
ROTER MORGEN
Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten
HERAUSGEBER: ZK DER KPD/ML

Verlag G. Schubert, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb: 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Postscheckkonto Dortmund Nr. 417 06–466, Bankkonto Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 393 (Verlag G. Schubert). Telefon: 0231 / 43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur Gernot Schubert, Bochum. Druck Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich samstags, Einzelpreis: 50 Pfennig. Abonnement: 30,–DM für ein Jahr. Das Abonnement ist für ein Jahr im voraus durch Überweisung an eines unserer obengenannten Konten zu zahlen. Abonnements verlängern sich um ein Jahr, wenn sie nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt werden. Ausgenommen davon sind Geschenkabonnements.

Trotz ständiger Versprechungen der Neuen Zaren im Kreml

Die Armut der Werktätigen in der Sowjetunion wächst

In seiner Rede auf der 15. Tagung des Zentralkomitees der SED mußte Erich Honecker zugeben, daß nach wie vor die Versorgung der Bevölkerung mit Konsumgütern große Mängel aufweist. Natürlich decken die Führer der revisionistischen Parteien solche Mängel nicht offen auf. Bei ihnen heißt das dann etwa,. daß die Parteiführung die ,,Lücken im Angebot einer Reihe von Waren scharf kritisierte und Maßnahmen zu ihrer Änderung beschloß", oder: „Wenn mitunter in Geschäften manche Artikel nicht immer zu haben waren, dann können sich die Verantwortlichen nicht auf irgendwelche objektiven Gründe herausreden".

Was hier versucht wird, ist, die Schuld an der mangelhaften Versorgung der Bevölkerung mit Konsumgütern einzelnen Funktionären oder gar den Arbeitern in den Betrieben in die Schuhe zu schieben. Die Tatsachen beweisen aber, daß es entgegen den Behauptungen Honeckers doch objektive Gründe für diese Mangelerscheinungen gibt. Diese objektiven Gründe sind die Entartung der DDR von einem sozialistischen in ein revisionistisches Land, das zudem noch der wirtschaftlichen Ausplünderung durch die sowjetischen Sozialimperialisten unterliegt.

Daß das so ist, zeigt sich nicht nur in der DDR, sondern auch in der Sowjetunion selbst. In einer Sendung von Radio Tirana, die wir im folgenden abdrucken, wird das im Einzelnen nachgewiesen.

Auf dem letzten Parteitag seiner revisionistischen Partei ließ Breschnew zahlreiche Versprechungen dazu vom Stapel, die Produktion von Massenbedarfsartikeln zu steigern und die Bevölkerung regelmäßig damit zu versorgen. In seinem Bericht an den Parteitag erwähnte er besonders, daß es notwendig sei, die Produktion von Fleisch und Milch, von Textilien, Strickwaren, Fertigkleidung, Schuhen, Möbeln und Haushaltsgeräten zu erhöhen.

,,Wir haben alle Möglichkeiten, diese Aufgaben vollständig zu lösen", erklärte er prahlerisch und fügte hinzu, daß diese Maßnahme mit der Senkung der Einzelhandelspreise einhergehen müsse.

Seit der Zeit, da die sowjetische Propaganda diese Worte lauthals angepriesen hat, sind etwa fünf Jahre vergangen. Die Zeit, die Praxis, haben als gerechteste Richter den betrügerischen Charakter dieser Worte enthüllt. In allen Bericht über die Planerfüllung in der Periode nach dem letzten Parteitag tauchen die Worte auf, daß die Wünsche nach mehreren Waren nicht erfüllt worden seien, daß die Produktion von Konsumwaren hinter dem Bedarf und der Nachfrage zurückgeblieben sei. Und dabei handelt es sich gerade um die Waren, die Breschnew erwähnt hatte!

Was zeigen die Angaben der sowjetischen Statistik selbst?

In den letzten vier Jahren hat die Textilindustrie über drei Milliarden Quadratmeter weniger produziert, als der Plan vorsah. Für 1975 wurde der auf dem Parteitag angenommene Plan um 900 Millionen Quadratmeter Textilien gekürzt. Im Jahr 1975 wird die Produktion von Fertigkleidung um über 2 Mrd. Rubel und die von Strickwaren um über 450 Mio. Stück niedriger sein. In den vergangenen vier Jahren wurden über 310 Mio. Paar Lederschuhe und über 840 000 Kühlschränke weniger als im Plan vorgesehen erzeugt. Die Produktion von Waschmaschinen betrug im Jahr 1974 59% der Produktion von 1970. Die Kühlschrankindustrie blieb dem Markt in den Jahren 1973/74 über 380 000 Kühlschränke schuldig. In den vergangenen vier Jahren erhielt der sowjetische Markt 2,5 Mio. Tonnen Fleisch und ferner Millionen Tonnen Kartoffeln, Milch, Gemüse und Obst weniger als vorgesehen.

Die sowjetische Statistik bestätigt, daß der Einzelhandel die reduzierten Pläne nicht erfüllt hat. Der Plan für das laufende Jahr ist um 9 Mrd. Rubel im Vergleich zu den vorgesehenen Aufgaben verringert worden. Aber auch diese nachträglich gekürzten Pläne werden nicht erfüllt. Am 20. Juli bestätigte die ,Prawda", daß die Pläne nicht erfüllt werden, ja sogar, daß die Produktion einiger sehr notwendiger Artikel, darunter führte sie auch Textilien, Tier- und Pflanzenprodukte, Radioapparate und einige weitere derartige Artikel an, zurückgeht. Auf dem letzten Plenum des Zentralkomitees der revisionistischen Partei der Ukraine wurde eine empfindliche Knappheit an Massenbedarfsartikeln festgestellt. Aus Grusien wurde gemeldet, daß der Produktionsplan von Fleisch und Milch in den letzten vier Jahren kein einziges Mal erfüllt wurde. Das sind nur einige wenige Tatsachen, die zeigen, daß von den betrügerischen Versprechungen Breschnews und Co. nichts übriggeblieben ist.

Es ist eine Tatsache, daß sie ihre Hauptaufmerksamkeit dem zügellosen Wettrüsten zuwenden, eine Expansions- und Hegemoniepolitik betreiben, die die von den sowjetischen Menschen mit ihrer Arbeit und ihrem Fleiß geschaffenen materiellen Güter schluckt. Dutzende Milliarden Rubel aus dem sowjetischen Staatshaushalt werden dazu verwendet, die neuen Projekte an Atomwaffen, Spionagesatelliten, Kriegsschiffen und Kanonen zu finanzieren, Wühlarbeit überall in der Welt finanziell zu fördern und die im Dienst Moskaus stehenden Renegaten und Verräter zu unterstützen.

Während die notwendigen Waren für die einfachen Menschen fehlen, investiert die neue Bourgeoisie allerdings große Summen, um Luxushotels zu bauen, angefangen bei solchen für kapitalistische Firmen im Zentrum Moskaus bis hin zu den Luxushotels an der Schwarzmeerküste für die Reichen aus dem In- und Ausland, um Fabriken und Werke zu bauen, die Pepsi-Cola und Luxusartikel herstellen, um Luxuslimousinen und Yachten zu bauen. Die Produktionspläne für diese Artikel und für den Bau derartiger Objekte werden stets pünktlich erfüllt.

Es muß hervorgehoben werden, daß auch ein Großteil der produzierten Waren gar nicht erst auf den Markt kommt, sondern in die Hände von verschiedensten Schiebern und Spekulanten gerät, die gewaltige Gewinne daraus machen. Wie in den übrigen kapitalistischen Ländern spekulieren die neuen Bourgeois mit den Waren einzig und allein deswegen, um ihre hohen Preise zu erhalten. Sie produzieren und verkaufen das, was ihnen hohen Profit einbringt. Die Zeitung ,,Prawda" bestätigte am 27. Juli dieses Jahres, daß auf den Feldern der Kolchosen und Sowchosen häufig das Gemüse verfault, während es in den Städten fehlt. Die neuen Bourgeois produzieren und handeln die Dinge, die gewinnbringend sind und nicht die, die die breiten werktätigen Massen brauchen.

Diese Politik ruft natürlich unter den breiten Massen Unruhe und Proteste hervor. Um sie zu beschwichtigen, bedienen sich die revisionistischen Häupter der Demagogie und des Betrugs, in dem sie einen Betrieb oder zwei für die entstandene Lage verantwortlich machen und irgendeine halbe Maßnahme treffen, um angeblich diesen Zustand zu beseitigen.

Gleichzeitig wälzen sie die Schwierigkeiten, die sie bei der Versorgung des sowjetischen Volkes hervorgerufen haben, auf die Völker der Vasallenländer ab. Tagtäglich überqueren die Westgrenze der Sowjetunion Güterzüge mit den in Fabriken der Tschechoslowakei, der DDR, Polens, Ungarns und Bulgariens hergestellten Massenbedarfsartikeln beladen, mit Waren, die in diesen Ländern selbst knapp sind.

Die einfachen sowjetischen Menschen, die vor den Läden Schlange stehen und nicht in der Lage sind, sich regelmäßig die notwendigsten Dinge zu beschaffen, erkennen immer besser, daß dieser Zustand solange andauern wird, bis der von der gegenwärtigen sowjetischen Führung betriebenen bekannten Politik, Kanonen statt Butter, ein Ende gesetzt wird.

Europa-Konferenz der Revisionisten-Parteien

Gezänk um das Diktat Moskaus wird lauter

Vor kurzem trafen sich in Ostberlin erneut die Vertreter von 27 revisionistischen Parteien Europas, um die geplante europäische Konferenz der revisionistischen Parteien vorzubereiten. Seit Ende letzten Jahres bereits finden derartige Vorbereitungstreffen statt, ohne daß die Konferenz, die schon im Mai hätte stattfinden sollen, zustandekam. Zu tief sind die Widersprüche im revisionistischen Lager, als daß man eine Übereinstimmung in den wichtigsten Fragen hätte erreichen können.

Trotz aller Anstrengungen der offiziellen revisionistischen Propaganda, die ,,Einmütigkeit und Geschlossenheit" ihres Verräterlagers in der Öffentlichkeit zu beschwören, zeigen die Ereignisse um die Vorbereitung der europäischen Revisionisten-Konferenz, daß verschiedene Strömungen unter ihnen miteinander kämpfen. So meldete die revisionistische Nachrichtenagentur der DDR, ADN, nur in einer kurzen Notiz, daß ein Treffen stattgefunden habe, doch die italienischen Revisionisten um ihren Vorsitzenden Berlinguer sprachen in ihrer Zeitung ,,L'Unita" ganz offen von ,,verschiedenen Forderungen, individuellen Positionen, auch Differenzen und Meinungsverschiedenheiten über Probleme von nicht geringer Bedeutung".

Dazu muß man von vornherein sagen, daß in all diesen Streitigkeiten sich nicht etwa eine gerechte und eine ungerechte Seite gegen-

Fortsetzung auf Seite 10

Aus aller Welt

NAHOST

Zum ersten Mal seit dem Oktoberkrieg haben israelische Flugzeuge den Luftraum Syriens verletzt. Die israelischen Flugzeuge überflogen außerdem den Luftraum des Libanon. Die israelischen Zionisten verübten eine weitere Aggression gegen den Libanon, indem sie zwanzig Minuten lang ein Gebiet am Fuß des Hebron Berges mit Artilleriefeuer belegten.

Palästinensische Patrioten erwiderten jedoch das Feuer mit Raketen und fügten dem Feind Sachschaden zu. Die palästinensischen Patrioten haben außerdem eine Anzahl von Operationen in Tel Aviv und Jerusalem durchgeführt. Bei einem Hinterhalt in Tel Aviv wurde ein israelischer Geheimdienstoffizier getötet, einige weitere Offiziere trugen Verletzungen davon. Im Sozialministerium in Jerusalem und auf dem Flughafen in Tel Aviv wurden Bomben zur Explosion gebracht, die dem Feind erheblichen Schaden zufügten.

IRLAND

In Nordirland hat die innere Reaktion den Terror gegen die Bevölkerung verstärkt. Das Ziel der Terroristen besteht darin, unter der Bevölkerung, hauptsächlich der Armenviertel, Panik hervorzurufen und den bewaffneten Kampf der nordirischen Patrioten zu isolieren. An einem Tag, dem 7. Oktober, haben in verschiedenen Gegenden des Landes 12 Menschen durch Bombenexplosionen den Tod gefunden, wenigstens weitere 50 wurden verwundet. All diese Terrorakte sind von der reaktionären Ulster-Verteidigungsliga begangen worden. Trotzdem unterstützen die Einwohner der Belfaster Armenviertel weiterhin die bewaffneten patriotischen Kräfte und helfen ihnen bei ihren Aktionen gegen die Militärzentren der englischen Besatzer und der reaktionären Polizei. Allein am 8. Oktober führten die nordirischen Patrioten 5 Aktionen gegen die Feinde durch. Zu heftigen Kämpfen kam es in Fort Hill und in Südarmagh. Ein englischer reaktionärer Offizier wurde bei einem Angriff der Patrioten auf eine Streife der Ulster-Polizei schwer verwundet.

USA

Der Botschafter der amerikanischen Imperialisten in der UNO, Moynihan, hat den Präsidenten von Uganda, Idi Amin, der zugleich derzeitiger Präsident der ,,Organisation der afrikanischen Einheit" ist, in einer Rede in San Francisco als ,,rassistischen Mörder" beschimpft. Mit dieser unverschämten Provokation reagierte Moynihan auf die Rede Idi Amins vor der Vollversammlung der UNO, in der dieser den Ausschluß der israelischen Zionisten aus der UNO forderte und den Kampf des palästinensischen Volkes für die Zerschlagung des zionistischen Staates ausdrücklich unterstützte.

Die amerikanischen Imperialisten beschuldigen Idi Amin, ein rassistischer Mörder zu sein, während sie selbst die größten Ausbeuter und Unterdrücker anderer Völker sind, an deren Händen das Blut von Millionen von Menschen in Indochina, in Chile, in Indonesien usw. klebt. Die von ihnen begangenen Aggressionen, die von ihnen angezettelten Putsche, die Verbrechen des CIA, all das ist der ganzen Welt bekannt. Was Israel angeht, so sind es die amerikanischen Imperialisten, die, wie auch die russischen Sozialimperialisten, hinter den Zionisten stehen. Die Aggressionskriege der israelischen Zionisten, die Vertreibung von Hunderttausenden von Palästinensern aus ihrer Heimat, der Mord und der Terror, mit dem die Zionisten herrschen – wird von Washington gelenkt.

Die Provokation Moynihans ist der vorläufige Höhepunkt einer schon seit längerer Zeit laufenden Hetzkampagne der Imperialisten und der von ihnen gekauften Presse gegen Präsident Amin, die allein den Zweck hat, den Kampf der afrikanischen Völker und Nationen gegen Kolonialismus, Imperialismus und Hegemoniestreben zu verunglimpfen und die wachsende Einheit zwischen ihnen zu spalten. Moynihans Provokation jedoch wurde eine völlige Abfuhr erteilt. Im Namen der afrikanischen Gruppe in der UNO erklärte der Botschafter Dahomeys vor der Vollversammlung die volle Solidarität mit der Rede Idi Amins und bezeichnete Moynihans Rede als unerfreulichen Akt. Dieser Erklärung schlossen sich auch die Vertreter der Arabischen Liga an.

UNO

In den Ausschüssen der UNO-Vollversammlung wurden die rassistischen Regimes im südlichen Afrika verurteilt. Im politischen Hauptausschuß der UNO-Vollversammlung forderten die Delegierten verschiedener Staaten der 3. Welt, darunter Sambiy, Mauretanien, Zypern, Kamerun u. a. einen vollständigen wirtschaftlichen Boykott des rassistischen Vorsterregimes in Südafrika. Der Delegierte Sambias erklärte die Bereitschaft seines Landes, die Befreiungsbewegungen im südlichen Afrika noch stärker politisch und materiell zu unterstützen.

Ähnliche Erklärungen gaben auch Vertreter anderer Staaten ab, um den gerechten Kampf der unterdrückten Völker von Azania und Namibiy zu unterstützen. In der Debatte ergriff auch der Delegierte der VR Albanien, Genosse Kapilani, das Wort. Indem er den gerechten bewaffneten Kampf der Völker des südlichen Afrikas vorbehaltlos unterstützte, erklärte er, es sei sicher, daß die afrikanischen Volksmassen „mit Waffengewalt die Rechnung mit dem rassistischen Regime begleichen werden." Er erklärte weiter, daß sich das rassistische Vorster-Regime nur deshalb halten könne, weil es vom Imperialismus, vor allem von den amerikanischen Imperialisten, unterstützt wird. Im 4. Ausschuß der UNO-Vollversammlung bekundete der albanische Delegierte die Solidarität des albanischen Volkes mit dem Volk von Simbabwe, er äußerte die Zuversicht, daß das Volk von Simbabwe mit Sicherheit den Sieg über das Rassistenregime Ian Smiths davontragen wird.

VR CHINA

Das Außenministerium der VR China hat vor kurzem eine Erklärung veröffentlicht, in der die amerikanischen Imperialisten der **„Duldung und Unterstützung der Tätigkeit tibetanischer Verräter in den Vereinigten Staaten durch die US-Regierung"** angeklagt werden. Das Außenministerium der VR China verurteilt vor allem die Einrichtung eines sogenannten ,,Tibet-Büros" in New York, von dem aus verräterische Elemente um den Dalai-Lama mit Unterstützung der amerikanischen Imperialisten eine Unmenge von erlogenen Schriften, Erklärungen usw. über Tibet in Umlauf bringen. Dieses Büro dient keinem anderen Zweck, als Verleumdungen über die VR China auszustreuen und Propaganda für eine Abspaltung Tibets von China zu betreiben. Dem gleichen Zweck dient auch eine für Mitte Oktober geplante Tournee eines sogenannten ,,Folklore Ensembles" das aus Mitgliedern geflohener tibetanischer Elemente zusammengestellt ist.

Das Außenministerium der VR China verlangt in seiner Erklärung, daß die USA ihre Einmischung in die inneren Angelegenheiten der VR China sofort beenden, die sogenannte ,,Folklore-Tournee" absagen und das ,,Tibet-Büro" schließen. In der Erklärung wird darauf hingewiesen, daß die Tätigkeit der tibetanischen Verräter eine flagrante Verletzung des Schanghaier Kommuniques von 1972 zwischen der VR China und den USA darstellt.

Tibet, so heißt es in der Erklärung, ist ,,unveräußerlicher Teil chinesischen Territoriums seit altersher." ,,Alle ausländischen Kräfte, die versuchen, sich zur Erreichung ihrer Ziele der Dalai-Lama-Clique zu bedienen, sind zum Scheitern verurteilt. Der Dalai-Lama, ehemaliger oberster Vertreter der Feudalherren Tibets war 1959 aus dem Lande geflohen, nachdem er vergeblich versucht hatte, einen Putsch zu inszenieren und sich wütend der Revolution, der Abschaffung des Feudalismus und dem Aufbau des Sozialismus widersetzt hatte.

VR ALBANIEN

Die albanische Presse gibt bekannt, daß der 18. Band der Werke des Genossen Enver Hoxha, der Materialien der Zeitspanne Januar bis Juni 1960 umfaßt, im Buchhandel erschienen ist. Die meisten Schriften dieses Bandes werden zum ersten Mal veröffentlicht.

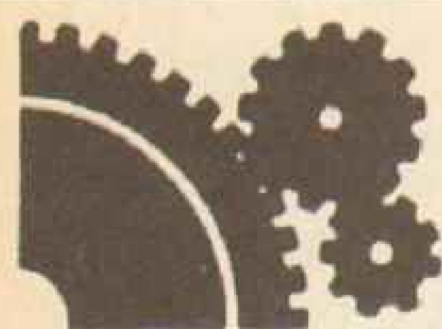
HONDURAS

Die Regierung von Honduras hat alle mit ausländischen Bananengesellschaften geschlossenen Verträge annulliert. Die Annullierung der Verträge bedeutet, daß die direkte Rolle der Regierung, was den Verkauf und die Produktion der Bananen angeht, größer wird. Früher dagegen wurden Beschlüsse über die Produktion und den Verkauf von Bananen in den Büros der amerikanischen Gesellschaften in Boston, San Francisco usw. getroffen. Die Maßnahme der Regierung von Honduras ist ein schwerer Schlag gegen die Interessen der amerikanischen Gesellschaften in diesem Land.

MOSAMBIK

In Mosambik hat eine Kampagne zur Bekämpfung des Analphabetismus begonnen. In Mosambik konnten unter der Herrschaft der portugiesischen Kolonialisten 90% der Menschen weder lesen noch schreiben. Sofort nach der Erringung der Unabhängigkeit hat deshalb die Regierung eine Kampagne begonnen und Kurse eingerichtet, um kurzfristig Lehrer zum Kampf gegen das Analphabetentum heranzubilden. Am 5. Oktober z. B. beendeten 250 solcher Lehrer ihre Ausbildung und begannen ihre Arbeit in der Provinz Nampula.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT



Arbeiterkorrespondenzen

Adresse der Redaktion des ROTEN MORGEN:
46 Dortmund 30, Wellinghofer Straße 103, Postfach 30 05 26

Mehr Profite durch Produktionsverlagerung in die DDR

Von meiner Nachbarin, die eine Arbeiterin bei Reemtsma kennenlernte, erfuhr ich folgendes: Reemtsma hat ein Zweigwerk in Neukölln, das jetzt dicht gemacht werden soll. Mitte letzten Jahres hieß es noch, die Produktion würde wunderbar laufen. Aber dann wurde auf der Betriebsversammlung Anfang Dezember plötzlich bekannt gegeben, daß das Zweigwerk dichtgemacht wird. Alle werden entlassen, nur die leitenden Angestellten würden nach Bremen ins Hauptwerk versetzt. Die Arbeiterin wußte zu berichten, daß die Produktion der in diesem Zweigwerk hergestellten Zigaretten in der DDR bei Magdeburg weiterlaufen soll, unter Lizenz, mit derselben Verpackung. Nur mit dem Unterschied, daß eine qualifizierte Arbeiterin hier in Westberlin bei Schicht und Akkordarbeit um die 10 DM verdient hat und in der DDR die gleiche Arbeit für 4 Mark gemacht wird.

Eine Genossin aus Westberlin

Spanien-Solidaritätsheucheleien

Liebe Genossen,

Ein Genosse erzählte auf dem Altonaer Arbeitertreff, daß in seinem Betrieb 5 faschistische Kollegen seien. Diese fragten, für wen sie diese zwei Minuten denn verwenden sollten. Darauf wurde ihnen vom Betriebsrat geantwortet, es sei ihnen freigestellt, ob sie der 5 Spanier oder der drei „ermordeten" Polizisten gedenken wollten!!

Folgendes Schreiben wurde anläßlich der Ermordung der 5 spanischen Genossen in einem größeren Hamburger Setzereibetrieb vom Chef ausgehängt und zeigt, was vom Gedenken der Bourgeoisie zu halten ist! Nichts als Hetze gegen das Volk.

„Wir verbinden diese Gedenkminute gleichzeitig im Andenken an die Opfer, die durch Anarchisten in Spanien, in der Bundesrepublik und in der ganzen Welt ums Leben gekommen sind.

Wir gedenken weiter der Menschen, die ihrer politischen Einstellung wegen unschuldig in den Gefängnissen der Ostzone inhaftiert sind.

Ein Dank allen denen, die im Kampf gegen den Bolschewismus für ein freies Europa gefallen sind.

Ungarn und der 17. Juni in Deutschland sind für uns nicht vergessen – trotz aller scheinheiligen Verträge mit dem Osten!

Der Deutsche Osten wurde geopfert – und wir haben alles in ‚Bahr' bezahlt."

Rot Front! Ein Genosse aus Hamburg

Ausbeutungsmethoden eines Kleinunternehmers

Wie der Kleinunternehmer heute seine Leute zunehmend ausbeutet, erzählte uns ein Kraftfahrer, Sympathisant der KPD/ML, als er aus seinem Arbeitsalltag erzählte. Meist beginnt sein Arbeitstag zwischen 12 und 14 Uhr und endet zwischen 18 und 21 Uhr. Nacht- und Feiertage werden nicht mit Zuschlägen bezahlt. Jetzt macht ihn sein Chef darauf aufmerksam, daß die Pausen kürzer sein müßten und im Fahrtenbuch genau beschrieben sein muß, wofür sie gebraucht werden. Außerdem soll er die Zeit nicht bezahlt bekommen, wo er 3 Nachtstunden auf dem Betriebsgelände im Lastwagen schlief, da sich das Nach-Hause-gehen nicht mehr lohnte. – Jahresurlaub hat er schon lange nicht mehr bekommen. In diesem Jahr ist er ausdrücklich verweigert worden. – Damit es keine Schwierigkeiten mit der Polizei gibt, da so hohe Stundenzahlen wegen Verkehrsgefährdung nicht erlaubt sind, muß der Fahrtenschreiber immer gewechselt werden, sonst wird mit Kündigung gedroht.

Rot Front! Genossen aus Kiel

"Jede neue Quälerei wird unseren Kampfgeist stärken"

Wir Arbeiter einer Stuttgarter Druckerei wurden gezwungen, wegen eines dringenden Auftrages (dringend für den Profit der Kapitalisten!) letzten Sonntag Überstunden zu machen. Bei den Kollegen war einiger Widerstand vorhanden, weil auf unser Familienleben überhaupt keine Rücksicht genommen wird. Leider gelang es diesmal noch nicht, den Widerstand zu organisieren.

Aber jede neue Quälerei, die uns die Kapitalisten zufügen, wird unseren Kampfgeist stärken und so zu einer Waffe gegen diese Herrschaften werden. Was diesen Sonntag betrifft, sollen die DM 100 Extra-Lohn zu einer Waffe gegen die Peiniger werden, indem ich sie für den ROTEN MORGEN spende.

Rotfront! Ein Genosse aus Stuttgart

Zur Metalltarifrunde auf der Klöckner Hütte

Oberflächlich gesehen ist die MTR für die Kollegen auf der Hütte scheinbar kein Gesprächsthema. Sie wissen, daß sie nach den 8% nur zwischen 4 und 6% erwarten können, daß sie also nach Strich und Faden verkauft werden. Viele Kollegen haben sich dann noch durchgerechnet, daß durch höhere Abgaben (Steuern, Krankenkasse, Arbeitslosengeld usw.) der reale Lohnraub diesmal besonders groß sein wird. Da die meisten aus dieser Situation keinen Ausweg sehen, zumindest keinen konkret gangbaren, reden sie auch nicht viel darüber. Spricht man sie jedoch darauf an, kommen Sachen wie: Da müßten mal 1 Million auf einen Schlag hingehen und die Gewerkschaftsbücher hinknallen und dann alles Geld in einen Topf schmeißen und losschlagen! Doch wie kommen wir dahin? Solange diese Frage für die Kollegen nicht klar ist, wird sich die Situation im wesentlichen nicht ändern.

Für uns heißt das, daß wir die bestehenden Ansätze zum Aufbau einer RGO-Gruppe mit allen Kräften unterstützen müssen, alle uns bekannten und dazu bereiten Kollegen mitnehmen müssen. Dabei wird von vielen Kollegen der Verrat des DGB voll durchschaut. Anders ist es mit dem revisionistisch durchsetzten Betriebsrat bei uns. Zwar ist kaum ein Kollege für die D„K"P begeistert. Beim BR aber sagen viele: Besser Röpke (D„K"P) als Prott (SPD). So fallen die meisten Kollegen auch noch auf die Scheinmanöver der modernen Revisionisten rein. Röpke konnte beispielsweise erklären, daß man keine lineare Lohnforderung stellen konnte, da man in der Tarifkommission nicht die Mehrheit erhalten hätte. Ebenso sei es mit den 12% der D„K"P gewesen. Jetzt müsse man eben mit aller Kraft die 8% durchsetzen. Diese Manöver der Revis demoralisieren natürlich die Kollegen und wecken Illusionen in die Tarifkommission.

Für die Betriebszelle der Partei wird es entscheidend darauf ankommen, die modernen Revisionisten an ihren Manövern zu entlarven als das was sie sind: die Hauptfeinde in der Arbeiterklasse! Wenn wir das verbinden mit der Organisierung der Kollegen in der RGO-Gruppe werden wir in der Lage sein, in die Kämpfe auf der Hütte eine klare Perspektive mit klaren Kampfschritten hineinzutragen.

Rot Front! Ein Genosse aus Bremen

Enka Glanzstoff

Massenentlassungen und Stillegungen geplant

Ca. 6 500 Arbeiter und Angestellte der Enka-Glanzstoffwerke, dem größten Chemiefaserkonzern Europas, sollen in den nächsten Monaten entlassen werden. „Kapazitätsanpassungen" oder „Verbesserung der Betriebsstruktur" nennt der Vorstand das. Sieben Betriebe der Enka-Glanzstoffwerke in Holland, Belgien und in der Bundesrepublik sollen von Entlassungen, Teilstillegungen und Stillegungen betroffen werden.

So sollen die Werke Emmen in Holland und Wuppertal-Barmen zur Hälfte stillgelegt werden, und die belgische Fabrik Zwijnaarde und das Werk in Arnheim in Holland ganz geschlossen werden. Neuesten Zeitungsmeldungen zufolge sollen auch die Werke Waldniel am Niederrhein und Obernburg am Main von den Rationalisierungsmaßnahmen betroffen werden. Die Enka-Glanzstoffwerke gehören zum AKZO-Chemiekonzern, der 105 400 Beschäftigte hat und jährlich, nach eigenen Angaben, 10,8 Mrd. umsetzt. Ca. 300 Millionen DM sollen durch diese Rationalisierungsmaßnahmen auf Kosten der Arbeiter eingespart werden.

Seit Wochen verhandeln die Chemie-Kapitalisten mit den Gewerkschaftsführern der ICF (Internationale Chemiearbeitergewerkschaft) sowie mit den Gewerkschaftsführern der einzelnen Gewerkschaften in den verschiedenen Ländern und den Betriebsräten der Betriebe, wie sie am besten Entlassungen vornehmen können, ohne daß es zu Kämpfen der Arbeiter kommt. Die Gewerkschaftsführer wollen überprüfen, ob die Kapitalisten richtig investiert haben, wobei sie so tun, als sei die Krise durch falsches Investieren verursacht worden. Lobend heben die Chemie-Kapitalisten besonders die westdeutschen Betriebsräte und Gewerkschaftsführer hervor: Es gäbe bei ihnen keinen auf Unverständnis beruhenden Widerstand. Die Chemie-Kapitalisten besitzen sogar die Frechheit zu behaupten, sie würden durch den Verzicht darauf, die Werke in Wuppertal und Emmen ganz zu schließen, Zugeständnisse an die sozialen Interessen der Arbeitnehmerseite machen. Mit diesen Demagogien wollen Kapitalisten sowie Gewerkschaftsführer so tun, als könnten sich Kapitalisten und Arbeiter im beiderseitigen Interesse einigen. Die Unversöhnlichkeit der Interessen der Arbeiter mit denen der Kapitalisten soll verwischt werden, damit sich die Kollegen nicht dagegen wehren, wie sie es 1972 schon einmal gemacht haben.

Im Werk in Wuppertal haben die modernen Revisionisten der D„K"P ein Flugblatt verteilt, mit der Parole: „Nicht Arbeitermassen entlassen, sondern unfähige Manager!" Die D„K"P behauptet, die Manager seien unfähig, weil sie an Profitmaximierung denken, nicht langfristig planen und sich nicht am internationalen Markt orientieren. Die D„K"P tut so, als seien Entlassungen und die Stillegungen eine Panne, die auf die Unfähigkeit einzelner Manager zurückzuführen ist. Aber warum entlassen denn die Kapitalisten, warum legen sie Betriebsteile still, warum rationalisieren sie? Doch gerade deshalb, weil sie ihren Betrieb rentabler machen wollen, weil sie ihre Profite halten bzw. erhöhen wollen. Was sollte ihnen denn da die Entlassung einiger Manager bringen? Die D„K"P versucht gerade mit dieser Parole, den Haß der Kollegen auf einzelne Manager abzulenken, um zu verhindern, daß die Arbeiter sich gegen die Kapitalisten erheben und die Ursache für die Stillegungen, für Entlassungen, für die Krise in der Kapitalistenklasse und dem ganzen kapitalistischen System erkennen.

Die D„K"P-Revisionisten erweisen sich auch hier wieder als üble Agenten der Bourgeoisie in den Reihen der Arbeiterklasse. Aber die Kollegen von Enka-Glanzstoff haben bereits selbst die Erfahrung gemacht, daß sie nur durch kompromißlosen Kampf Entlassungen und Stillegungen entgegentreten können. 1972 waren schon einmal Stillegungen geplant. Damals streikten die holländischen Kollegen und die Arbeiter im Wuppertaler Betrieb. Die Kollegen in Holland besetzten sogar das ganze Werk. Ihre damaligen Forderungen waren: „Keine Stillegung! Weder in Holland, noch in Belgien, noch in Wuppertal!", und die Wuppertaler Kollegen sagten: „Wir solidarisieren uns mit unseren holländischen Kollegen!" Ihr Kampf hatte Erfolg, die Angriffe der Kapitalisten wurden abgewehrt. Auch damals versuchte die IG Chemie den Streik zu brechen, indem sie dafür sorgte, daß in einzelnen Abteilungen weitergearbeitet wurde.

Auch die erneuten Angriffe sind nur im unversöhnlichen Kampf abzuwehren, ohne Zusammenarbeit mit dem Gewerkschaftsapparat und der D„K"P. „In Holland gehen die Wogen der Entrüstung wieder sehr hoch, es greift eine zunehmende Radikalisierung um sich", mußte selbst die bürgerliche Presse melden. In Wuppertal haben Kollegen sich zusammengeschlossen und bereits selbst ein Flugblatt herausgegeben, in dem sie sich von diesem Gewerkschaftsapparat und dem Betriebsrat abgrenzen. Die Kollegen fordern eine sofortige Belegschaftsversammlung, auf der sie sich keine langen Reden vom Vorstand anhören wollen, sondern sich darüber klar werden wollen, was jetzt zu tun ist.

Otto Richter KG Kiel

Arbeiter wollen Betriebsrat – D"K"P verrät sie

Bei der Otto Richter KG in Kiel, einer kleinen Fischkonservenfabrik, wurde vor kurzem ein türkischer Kollege und der bekannte Arbeiterverräter Helmut Schlüter von der D„K"P entlassen. Aus „betrieblichen Gründen" hieß die offizielle Begründung.

Nachdem die Kollegen im Betrieb zur Vertretung ihrer Interessen einen Betriebsrat wünschten, stellte sich D„K"P-Schlüter eiligst an die Spitze der Kollegen, um ihrem Kampf die Spitze abzubrechen. Denn Schlüter hatte nichts Eiligeres zu tun, als Mitglieder für die Gewerkschaft Nahrung, Genuß und Gaststätten zu werben, und einen Betriebsrat im Sinne des reaktionären Gewerkschaftsapparates zu zimmern, möglichst mit seiner Person an der Spitze. Damit wollte er den Kollegen weismachen, daß sie jetzt ihre Interessenvertretung hätten – in Wirklichkeit aber hätte dieser Schritt ihre Unterdrückung nur mehr verschleiert, nicht aber ihre Situation verbessert, denn für die Wahl eines Roten Betriebsrates hätte Schlüter sich gewiß nicht eingesetzt.

Mit Schlüters Entlassung ist den Richter-Kapitalisten ein raffinierter Trick gelungen. Sie haben damit das Instrument des Betriebsrats und D„K"P-Schlüter und seine Partei enorm aufgewertet. Die Kampfentschlossenheit der Kollegen zeigt das. Über 50 Arbeiter traten in den Streik. An der Reaktion der D„K"P auf diesen Streik zeigte sich dann aber ganz deutlich, daß es Schlüter schon vorher nicht um die Interessen der Arbeiter ging, sondern darum, die Kollegen an den reaktionären Gewerkschaftsapparat zu ketten und jeden revolutionären Kampf und Organisierung zu unterdrücken.

Als der Streik begann, erklärte der Landesvorsitzende der Gewerkschaft Nahrung, Genuß und Gaststätten, Günter Lepnies, sofort: „...daß es sich um einen wilden Streik handelt". In längeren Gesprächen habe er den Türken „mit Nachdruck" verständlich gemacht, daß sie ihre Arbeit wieder aufnehmen müßten, die NGG legalisiere den Streik nicht. Damit hatte der Gewerkschaftsapparat deutlich seine Maske der „Interessenvertretung" gelüftet. Und D„K"P-Schlüter? Er verbreitete daraufhin am nächsten Morgen unter den Kollegen, die weiter streiken wollten: „Wenn die Gewerkschaft das sagt, dann müssen wir aufhören, allein schaffen wir das nicht." In einem Flugblatt, das „Werft-Echo", das er verteilt hatte, schreibt die D„K"P zur Unterstützung des Gewerkschaftsapparates: „Er (Lepnies von der NGG – RM) muß aus gesetzlichen Gründen die Kolleginnen und Kollegen zur Wiederaufnahme der Arbeit auffordern." Mit dieser Tour gelang es Schlüter schließlich, den Streik abzuwürgen.

Worum es den D„K"P-Revisionisten geht, die als Kommunisten getarnte Verräter sind, ist, zu verhindern, daß die Arbeiter sich zur Wehr setzen, sich revolutionär gegen den Gewerkschaftsapparat erheben und sich zum Kampf für ihre Interessen, zum Kampf gegen die Kapitalisten, selbständig auf revolutionärer Grundlage zusammenschließen.

Die Genossen der Partei haben gegen die modernen Revisionisten der D„K"P in diesem Sinn türkische Flugblätter verteilt, den ROTEN MORGEN und die türkische marxistisch-leninistische Zeitung „Halkin Sesi" verkauft. Der Kommentar von Schlüter: „Ihr Schweine, das hab' ich mir doch gleich gedacht."

NIEDER MIT DEN MODERNEN REVISIONISTEN DER D„K"P, DEN ÄRGSTEN FEINDEN IN DEN REIHEN DER ARBEITERKLASSE!

Allweiler Radolfzell

Roter Betriebsrat entlassen

Nach der letzten Belegschaftsversammlung der Pumpenfabrik Allweiler in Radolfszell, die ca. 800 Beschäftigte hat, wurde der Rote Betriebsrat Bernd fristlos entlassen. Vor seiner Entlassung hatten ihn bereits die reaktionären Betriebsräte aus dem Betriebsrat ausgeschlossen und die Entlassung mit vorangetrieben. Was ist auf der Belegschaftsversammlung geschehen?

Nachdem der Betriebsratsvorsitzende seine übliche Rede gehalten hat und unter anderem berichtete, daß er „schweren Herzens" Kündigungen wegen Rationalisierungsmaßnahmen zustimmen mußte, die wahren Ursachen der Krise auf, und griff den Betriebsrat an, der die Allweiler-Kapitalisten unterstützt und den Entlassungen zugestimmt hat. Für seine Rede erhielt der Rote Betriebsrat großen Applaus von den



ROTE GARDE SINGEN RADOLFZELL

Roter Betriebsrat fristlos entlassen!
Allweiler-Kapitalisten-IGM-Apparat+Betriebsrat
Hand in Hand

...der letzten Betriebsversammlung am 25.9.75 faßte der Betriebsrat am
...woch, den 1.10.75 den Beschluß, den Genossen Besch aus dem Betriebsrat
auszuschließen. Als Vorwand wurden seine Äußerungen auf der letzten Betriebs-
...ammlung genommen, wo der Genosse die Ursachen der Krise darlegte und die
...schäftsleitung in mehreren Punkten angriff.
Nun könnte man meinen: Wir, die Kollegen, haben doch den Kollegen Bernd ge-
...lt, also kann er auch nur von uns abgewählt werden. Aber die ...
...eren sich einen Dreck um die Meinungen und Interessen ...
...entsprechend sind auch die ...

sprach der Direktor Reichle und rief die Betriebsräte und Kollegen zur „Vernunft" auf, denn angesichts der weltweiten Krise müßte mit Einsparungen gerechnet werden. Danach sprach der Rote Betriebsrat. Er deckte unter anderem Kollegen.

Nachdem sich Reichle über die Rede empörte, ergriff ein Büttel der Kapitalisten das Wort und forderte die Gewerkschaft auf, bei Bernd den Betriebsfriedens-Paragraphen anzuwenden, um ihn aus der Gewerkschaft auszuschließen. Außerdem habe er im ROTEN MORGEN einen Artikel über die Betriebsratswahl bei Allweiler gelesen. Der Rote Betriebsrat ging unter anderem darauf in einer weiteren Stellungnahme ein, worauf der Betriebsratsvorsitzende dann die Versammlung schloß.

Diese Vorfälle benutzte die Geschäftsleitung als Vorwand für seine Entlassung. Viele Arbeiter solidarisierten sich mit ihrem Roten Betriebsrat, einige sammelten Unterschriften mit der Forderung: „Kollege B. muß Betriebsrat bleiben!" Der Artikel aus dem ROTEN MORGEN wurde im Betrieb aufgehängt. Der Betriebsratsvorsitzende Hehl versuchte die Kollegen einzuschüchtern, einem Lehrling drohte er mit Konsequenzen, wenn er weiter Unterschriften sammeln würde.

Die Ortsverwaltung der Gewerkschaft riet dem Roten Betriebsrat, freiwillig zurückzutreten und selbst zu kündigen, sie würden so und so nichts machen, weil ein Ausschlußverfahren gegen ihn laufen würde. Während der Rote Betriebsrat sich von der KPD/ML distanzieren sollte, meinte der IGM-Funktionär von der Ortsverwaltung: „Wir haben eine Reihe von Kommunisten der DKP bei uns, sogar als Funktionäre. Aber auf die können und wollen wir auch gar nicht verzichten."

Diese Entlassung zeigt ganz deutlich, die Kapitalisten versuchen mit allen Mitteln, gerade mit Hilfe des Gewerkschaftsapparates und der D„K"P, gegen die Roten Betriebsräte und alle Revolutionäre vorzugehen, sie werden keine Möglichkeit auslassen, um sie aus dem Betrieb zu werfen. Deshalb kommt es darauf an, die Wachsamkeit zu erhöhen. Gleichzeitig kommt es darauf an, den revolutionären Zusammenschluß der Arbeiter voranzutreiben.

DAG-Kongreß

Ein Bekenntnis zum Kapitalismus

Letzte Woche ging der 11. Bundeskongreß der DAG zu Ende. Nicht nur, daß hier hauptsächlich die Gewerkschaftsbonzen versammelt waren, nein, hier trafen sich auch die verschiedenen Vertreter des Staatsapparates mit Kanzler Schmidt an der Spitze, daneben Scheel, Friderichs, Brandt und Kohl usw. Als Gast war auch Schleyer, der Chef vom Arbeitgeberverband, geladen, der mit brausendem Beifall begrüßt wurde.

Kann das eine Gewerkschaft im Interesse der Arbeiter und Angestellten sein, die Schleyer, einen der höchsten Sprecher der Monopolkapitalisten und ehemaligen Wehrwirtschaftsführer unter Hitler, mit brausendem Beifall empfängt? Niemals, denn die Arbeiter und Angestellten setzen sich nicht mit ihren Feinden an einen Tisch und beklatschen sie dazu noch. So stand dieser Kongreß ganz im Zeichen des Interesses der Kapitalisten.

Die Regierungsvertreter konnten hier ungestört ihre Spar- und Lohnverzichtsappelle verbreiten. Der Vorsitzende der DAG bekundete auch sofort: „Die DAG ist zu Opfern bereit"; „Mit 6% würde sich die DAG zufrieden geben." Damit hat die DAG natürlich offen bekannt, daß sie den längst beschlossenen Lohnraub gegen die Arbeiter durchsetzen will.

Ist das eine Gewerkschaft, so wie die Arbeiter sie brauchen, um die Angriffe der Kapitalistenklasse abzuwehren, höheren Lohn usw. zu erkämpfen? Nein, dieser Gewerkschaftsapparat arbeitet mit dem Kapital zusammen, die Arbeiter brauchen aber eine Organisation, die kompromißlos, ohne Zugeständnisse an das Kapital, die Interessen der Arbeiter und Angestellten vertritt, die unversöhnlich dafür kämpft. Deshalb ist es für die Arbeiterklasse notwendig, daß die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition im Betrieb und in den Gewerkschaftsapparaten aufgebaut wird.

Der DAG-Vorsitzende behauptet ja sogar: „Ausbeutung und Unterdrückung der Arbeitnehmer sind überwunden, und der Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit ist nicht mehr unüberbrückbar." Was heißt denn „nicht unüberbrückbar"? Das heißt doch, daß wir uns mit unseren Ausbeutern und Unterdrückern versöhnen könnten. Aber kann sich ein Arbeiter, der tagtäglich für wenig Geld schuften muß, der ständig immer mehr angetrieben wird, der merkt, wie seine Gesundheit immer mehr ruiniert wird, kann der sich mit den Kapitalisten versöhnen, die auf seine Kosten reich werden, die in ihren klimatisierten Büros hocken, wochenlang Urlaub in allen möglichen Erdteilen machen, in Saus und Braus leben? Nein, die Widersprüche sind nicht „überbrückbar", deshalb muß der Kampf auch unversöhnlich geführt werden, deshalb muß die Arbeiterklasse sich revolutionär organisieren. Diese Organisation ist nicht der Gewerkschaftsapparat, ob DAG oder DGB, diese Organisation, das ist die RGO.

Auf dem DAG-Kongreß hat der Vorsitzende Brandt den „Standort" der Gewerkschaften in der Bundesrepublik folgendermaßen formuliert. „Wir verfallen nicht in die Rolle des Kampfverbandes zur Systemüberwindung. (...) Wir wollen verändern, nicht zerstören. (...) Die DAG bekennt sich ohne Einschränkungen zur freiheitlichen und demokratischen Ordnung dieses Staates. Verfassungsfeinde haben bei uns keinen Platz. (...) Der Staat – von Marx als Machtmittel der herrschenden Klasse bezeichnet – ist für die Gewerkschaften im 19. Jahrhundert ‚der Staat der anderen' gewesen. Heute sind die Gewerkschaften in der Bundesrepublik jedoch eine staatstragende und staatserhaltende Kraft."

Damit hat der DAG-Bonze ihren „Standort" genau bestimmt, nämlich eindeutig auf der Seite der Kapitalistenklasse. Denn wer will abstreiten, daß dieser Staat der Staat der Kapitalistenklasse ist! Die Arbeiterklasse braucht aber eine gewerkschaftliche Organisation, die nicht für die Erhaltung des Staates kämpft, der uns im Interesse der Monopole ausplündert, seine Polizei auf uns hetzt, sondern eine, die den gewaltsamen Sturz dieses Staates zum Ziel hat, und die Arbeiter dafür organisiert, denn der ständige Abwehrkampf hebt nicht die Ausbeutung und Unterdrückung auf. Deshalb muß die Arbeiterklasse jetzt den Aufbau der RGO beginnen, alle fortschrittlichen Kollegen in den Betrieben und Gewerkschaften müssen sich zusammenschließen und den Weg des revolutionären Klassenkampfes beschreiten.

Lohnraubabschluß: 5,8%

5,8%, das ist der Tarifabschluß für die bayrischen Brauereien. Das ist unverschämter Lohnraub. Runde 90 DM sind das, dagegen muß man nur einmal die enormen Preissteigerungen und die sogenannten Sparprogramme der Regierung halten. Das ist ungefähr der Abschluß, wie er schon seit längerem von der Regierung empfohlen worden ist und jetzt auch gemeinsam von den Gewerkschaftsvertretern und der Regierung durchgesetzt werden soll. Die verschiedenen Einzelgewerkschaften wollen dazu Anfang nächsten Jahres nach gemeinsamer Absprache ihre Forderungen vorlegen, um ihren Lohnraub einheitlich durchzusetzen. Dagegen können sich die Arbeiter nur wehren, wenn sie ihre Forderungen gegen den Gewerkschaftsapparat selbst aufstellen und kompromißlos für ihre Durchsetzung kämpfen.

Aus unseren Betriebs- und Stadtteilzeitungen



KOLLEGEN KÄMPFEN GEGEN RATIONALISIERUNG

Etwa 70 deutsche und ausländische Kolleginnen und einige männliche Kollegen hatten die Arbeit niedergelegt und marschierten auf die Vertrauensleute-Versammlung, auf der auch Vorstandsmitglied Witt und Huber von der Personalabteilung anwesend waren. Die Kollegen von der Abteilung Magnetophon und Nyloprint schieben schon seit einiger Zeit Kurzarbeit. Jetzt soll die Abteilung in Ludwigshafen stillgelegt werden. 250 Kolleginnen sollen entlassen werden oder sie sollen täglich 4 Std. Fahrtzeit auf sich nehmen, um im Werk Willstätt weiterbeschäftigt zu werden. Unter dem stürmischen Beifall der 1100 Vertrauensleute marschierten sie geschlossen mit erhobener Faust oder winkend im Feierabendhaus ein und trugen in einer von ihnen verabschiedeten Resolution ihre Forderungen vor:

Keine Verlagerung der Produktion nach Willstatt
Weiterbeschäftigung in Ludwigshafen
Keiner darf entlassen werden

Den unverschämten Lügen des BASF Vorstands und von Spartendirektor Thurn, daß die BASF-Herren an den durch die Entlassungen entstehenden Härten Anteil nehmen und sich um die Erhaltung eines jeden Arbeitsplatzes Sorgen machen, schenken sie keinen Glauben. Sie vertrauen auch nicht auf die Verhandlungen des Betriebsrats mit der Werksleitung, denn der Betriebsrat hatte ja auch der Einführung von Kurzarbeit zugestimmt unter dem Vorwand, dadurch könnten Entlassungen, wie sie die Werksleitung angedroht hatte, verhindert werden. Die Kolleginnen vertrauten auf die eigene Kraft. Sie wissen, um jeden Arbeitsplatz muß gekämpft werden. Und sie kündigten ihre Bereitschaft zu weiteren und verschärften Kampfmaßnahmen an.

Kollegen lernen aus Erfahrung. Welche Erfahrungen haben wir Aniliner denn gemacht? Im April der Lohnraubabschluß von 6,8%. Für diesen Abschluß war auch Betriebsratsvorsitzender Bauer als Vorstandsmitglied der IG Chemie und Bezirksleiter Schweizer mitverantwortlich. Die Gewerkschaftsführer kämpften in unseren Reihen im Interesse der Kapitalisten gegen uns Kollegen. Der DGB-Apparat ist ein Instrument des Monopolkapitals. Was sagte doch Schweizer unter einem nicht endenden Pfeifkonzert auf der großen Betriebsversammlung? Im Werksteil Nord und unter den ständigen Rufen „Verräter, Verräter" im Werksteil Süd? Was sagte Bauer damals auf der gleichen Versammlung? Dieser Lohnraubabschluß von 6,8% sei vernünftig. Er diene der Arbeitsplatzsicherung und der Vermeidung von Kurzarbeit! Doch diese Vernunft ist die Vernunft der Kapitalisten und die Schweizers und Bauers beherrschen sie perfekt. War der Lohnraub mit Hilfe der IG Chemie und Bauers vorläufig abgesichert, gingen die BASF Kapitalisten weiter. (...) So folgte bald die Einführung der Kurzarbeit, auch wenn der Betriebsrat seine Zustimmung bis zum Spruch der Einigungsstelle hinausgezögert hat. So verkündeten dann Betriebsrat und Geschäftsleitung im Chor: die Kurzarbeit sei erforderlich, um Entlassungen zu vermeiden.

Und gestern versicherte Bauer den demonstrierenden Kolleginnen, der Betriebsrat werde alles versuchen, um Entlassungen zu verhindern! 250 Kolleginnen müßten ja in der großen Anilin unterzubringen sein. So soll jetzt die geschlossene Front der Kolleginnen und Kollegen von der Abteilung Magnetophon und Nyloprint wieder aufgeweicht und gespalten werden. Statt unversöhnlicher Kampf um die Erhaltung der Produktion und Arbeitsplätze in Ludwigshafen Vertröstung auf einen evtl. anderen Arbeitsplatz im Werk. Für jede umgesetzte Kollegin muß dann in einer anderen Abteilung eine Kollegin den Koffer packen. Nicht umsonst beschwören Bauer und Herrmann ständig die vertrauensvolle Zusammenarbeit von Betriebsrat und Geschäftsleitung zum Wohle der Unternehmer und Belegschaft.

Es gibt kein gemeinsames Wohl von Arbeitern und Kapitalisten. Zum Wohl der BASF-Kapitalisten allein soll rationalisiert werden, soll die Produktion verlagert werden, sollen Kolleginnen entlassen werden. Jede Zustimmung zur Kurzarbeit, jede durchgeführte Entlassung, der kein Widerstand entgegengesetzt wird, erleichtert die Durchführung der nächsten Entlassung- – und als Einzelner gegen eine Kündigung vorgehen, bringt wenig ein, aber gemeinsam gegen jede Kündigung vorgehen, das ist der Weg um die Entlassungen zu verhindern. Die Erhaltung der Arbeitsplätze in der Abteilung Magnetophon und Nyloprint kann nur erkämpft werden gegen die, die vertrauensvoll mit den Kapitalisten zusammenarbeiten: die IG-Chemieführer und den Betriebsrat. Der erfolgreiche Kampf gegen die Entlassungen ist auch ein Kampf gegen die Verräter an der Arbeiterbewegung, der D„K"P.

Im April 75 pfeifen die Kollegen Schweizer aus. D„K"P-Zimpelmann sieht die Felle der IG Chemie davonschwimmen und fordert scheinheilig Schweizers Abwahl. Was sowieso ein Ding der Unmöglichkeit ist. Schweizer ist genauso wenig von den Kollegen selbst abwählbar wie Seefelder.

Im August 75 marschiert der Verräter Schweizer bei der Lehrlingsdemonstration mit, diemal mit voller Unterstützung der D„K"P. War aus Schweizer, der unsere Interessen verrät, plötzlich wieder ein Kämpfer für unsere Interessen geworden? Bestimmt nicht, aber die Bewegung der Jugendlichen war nicht so eindeutig gegen Schweizer und den DGB gerichtet wie auf der Werkversammlung im April. Man brauchte also nicht auf radikal zu machen, Zimpelmann brauchte nicht scheinheilig nach einer sowieso unmöglichen Wahl zu schreien. Und was war dann das Ergebnis des Lehrlingsstreikes, den die Jugendvertretung, der Betriebsrat und die D„K"P als großen Erfolg feierten?

Mit der Zusicherung, daß einige Lehrlinge doch ins Werk Ludwhfn. übernommen werden und 60 entlassen werden, wenn sie zum Beispiel nicht nach Hamburg wollen, haben sie die einheitliche Kampffront der Lehrlinge gespalten. Und genauso werden sie es jetzt auch versuchen!!!

Kollegen, wir wissen, daß sich alle in den Kampf der Kolleginnen von der Abteilung Magnetophon und Nyloprint einreihen müssen, denn heute ist es die Abteilung, morgen ist es eine andere. Heute soll dein Kollege fliegen, morgen fliegst du!!! Alleine bist du nichts, GEMEINSAM SIND WIR STARK. Wir wissen, daß die Arbeitslosigkeit und Krise im Kapitalismus nicht beseitigt werden kann, aber nur wenn wir uns heute zusammenschließen, Widerstand leisten, dann können wir uns gegen einzelne Maßnahmen erfolgreich zur Wehr setzen.

Aus der Betriebszeitung „Rote Kolonne" bei BASF haben wir folgenden Auszug entnommen:

„BASF-KAPITALISTEN MORDEN MIT

Und wer diesen Terror unterstützt, mit den Franco-Faschisten zusammenarbeitet, das sind die westdeutschen Imperialisten. Die BASF-Kapitalisten sind durch ihre Betriebe in Spanien an der Ausbeutung der spanischen Arbeiterklasse beteiligt. **Die BASF ESPANOLA z.B., sie wird sogar wegen „gerechter Behandlung" und „sozialer Leistungen" vom Staatssekretär im spanischen faschistischen Arbeitsministerium Vicente Toro ausgezeichnet.** Gerühmt wird „die gute Zusammenarbeit" mit dem faschistischen Ministerium.

Revisionistisches

Anläßlich der bevorstehenden „Internationalen Frauenkonferenz", die die Revisionisten in der DDR in Kürze mit großem Spektakel veranstalten, hebt die „UZ", Zeitung der D„K"P-Revisionisten immer wieder hervor, welch großartige Rolle die Frau in der DDR spiele, daß sie dort gleichberechtigt sei und ihre Befreiung bereits vollständig verwirklich habe. Wahr daran ist allein – nicht anders als auch bei uns in Westdeutschland – daß die Frau dem Mann in der DDR insofern gleichgestellt ist, als daß sie nicht anders als er ausgebeutet und ausgeplündert wird. Und nicht anders als auch bei uns wird ihre Rolle in der Gesellschaft mit reaktionärer Ideologie verbrämt.

Dies zeigt in aller Offenheit das im DDR-Verlag „Verlag für die Frau" erschienene Jahrbuch „Von Jahr zu Jahr", wo, wie die Inhaltsübersicht des Buches zeigt, nicht einmal mehr die Berufstätigkeit der Frau eine Rolle spielt: Folgende Rubriken finden sich in dem Buch: „Erzählungen, Kurzgeschichten u. a. / Jeder braucht einmal Rat / Hier gehts um Wohnung und Garten / Das wird schmecken / Gesund und schön / Handarbeiten – auch ein Hobby".

Hausfrau, Ehefrau, Mutter – nicht anders als es in den westdeutschen Schmierblättern wie „Brigitte" oder „Freundin" zu finden ist. Die Probleme, auf die die Revisionisten die Frauen in der DDR lenken wollen – wie sie sich als miniberockte Modepuppe zu bewegen hat – offenbart auch das Buch „Die Frau, Kleine Enzyklopädie". Daraus nur einige Beispiele, die ohne Kommentar für sich sprechen:

DAS GUTE BENEHMEN



Richtiges Bücken will gelernt sein. Man knickt nicht rechtwinklig ein, sondern gehe mit zurückgestelltem Fuß kurz in Hockstellung. Auch bei der Hausarbeit ist diese Haltung zu empfehlen.

Diese Stellung sollte man im eigenen Interesse überhaupt vermeiden. Bei schweren Gepäckstücken hilft nur der flehende Blick auf einen starken männlichen Mitreisenden.



Jugendweihe: Nicht so, sondern so

MIT DEM GEWEHR IM RÜCKEN

„Unser Korrespondent hat mit eigenen Augen gesehen, daß die Erdbeerernte in der besagten Kolchose in der Tat unter der Aufsicht mit Gewehren bewaffneter Männer, die von Hunden begleitet waren und über Lautsprecher Befehle gaben, durchgeführt wurde. Die Verantwortlichen der Kolchose haben dann erklärt, daß sie gezwungen sind, auf Freiwillige zurückzugreifen, um die Ernte zu machen und daß diese viele Kilogramm Obst stehlen würden. Deshalb habe die Direktion der Kolchose zeitweilig junge bewaffnete Wärter einstellen müssen, um die Ordnung aufrechtzuerhalten und die Freiwilligen zu überwachen."

So geschehen in der Sowjetunion. Feldarbeit mit Gewehren im Rücken? „Lüge, Hetze!" – werden die modernen Revisionisten schreien. Mögen sie ruhig. Das Zitat stammt von niemand anderem als der „Komsomolskaya Pravda", dem Zentralorgan der „Kommunistischen" Jugendorganisation der Sowjetunion, die in einer Antwort auf einen Leserbrief verzweifelt die Zwangsarbeit unter Waffenandrohung mit Obstdiebstahl zu begründen versucht. Das Beispiel zeigt treffend, daß die Sowjetunion heute eine durch und durch sozialfaschistische Diktatur ist, ein Militärzuchthaus für die Arbeiter, ein Paradies für die neue Bourgeoisie.

Schuld ist einzig und allein der kapitalistische Staat

Todesursache: "Herzversagen nach Tablettenvergiftung"

Hunderte von Schwestern und Pflegern befinden sich in den Krankenhäusern in der Situation: Soll ich einen Patienten so pflegen, wie es nötig ist? Soll ich die Zeit, die ich dafür verwende, an den anderen Patienten einsparen? Was ist, wenn ein Patient stirbt, weil er nicht ausreichend behandelt worden ist? Bin ich schuld?

Für die Krankenhausverwaltungen ist die Sache natürlich klar: selbstverständlich ist das Personal schuld. Seine Aufgabe ist es ja, sich um die Patienten zu kümmern. Und so wird gehetzt. In den Krankenhäusern, in der Presse, im Fernsehen. Gegen zu lange Kaffeepausen, gegen den mangelnden Einsatz usw. Es wird darauf spekuliert, daß der Patient in seinem Zimmer nicht weiß, was die Schwester macht, wenn sie die Tür seines Zimmers geschlossen hat. Es wird darauf spekuliert, daß die werktätige Bevölkerung ihre Empörung über die schlechte medizinische Versorgung gegen die richtet, mit denen sie im Krankenhaus am meisten in Berührung kommt: gegen das Pflegepersonal.

Aber die nachfolgende Korrespondenz einer Krankenschwester aus Nürnberg zeigt, daß die Wirklichkeit diese Propaganda Lügen straft.

„Hier im Krankenhaus ist vor kurzem ein Mann an ‚Herzversagen nach Tablettenintoxikation' gestorben. Eigentlich nichts besonderes. Viele sterben an Tablettenvergiftung, selbst wenn alles Mögliche versucht wird. Aber dieser Mann könnte heute noch leben.

Schuld an seinem Tod ist kein Arzt, keine Schwester, kein Pfleger. Schuld ist einzig und allein der kapitalistische Staat. Warum, zeigt dieser Fall.

Auf einer Vergiftungsstation in einem Krankenhaus haben ein Pfleger und eine Schwesternschülerin Dienst. Außer den Notfallbetten für Vergiftungen befinden sich noch einige Betten der Inneren Medizin auf der Station. Bei diesen Patienten handelt es sich in der Hauptsache um Herzinfarkte und Leberkranke. In der Vergiftungsabteilung befinden sich drei Intensivbetten in einem Extrazimmer. Nur die dazugehörigen Intensivpfleger gibt es nicht. Planstellen dafür werden aus Geldgründen von der Stadt abgelehnt.

Nachts wird ein junger Mann mit Verdacht auf Tablettenvergiftung eingeliefert. Er ist bewußtlos. Man hat Tablettenschachteln bei ihm gefunden. Der Mann wird vom Arzt versorgt und an ein Überwachungsgerät angeschlossen. Jetzt muß immer eine der Nachtwachen im Zimmer bleiben. Doch dann passiert etwas auf der Station. Beide müssen weg. Der Arzt hat Dienst in der ganzen Klinik. Er ist auf einer anderen Station. Die beiden Nachtwachen beeilen sich. Als sie in das Intensivzimmer zurückkommen, sehen sie sofort, daß der Mann nicht mehr atmet. Das EKG zeigt einen Strich. Sie rufen per Telefon den diensthabenden Arzt. Er will sofort kommen. Er braucht aber über 5 Minuten, um von der einen Station auf die andere zu kommen. Er unternimmt sofort Wiederbelebungsversuche. Das Herz schlägt kurz wieder. Setzt aber immer wieder aus. Der Mann stirbt in der Nacht.

Alle sind entsetzt. Alle wissen, er könnte noch leben. Ärzte machen sich Vorwürfe, Pfleger und Schülerin fühlen sich schuldig. Alle haben ein schlechtes Gewissen.

Nach längerer Unterhaltung aber sehen sie ein, daß es nicht ihre Schuld ist. Seit Jahren beantragt die Station einen Dienstarzt für die Station, da laufend solche Sachen passieren können. Seit langem besteht der Antrag, einen Intensivpfleger 24 Stunden lang dort zu beschäftigen. Die Antwort der Stadt: Es gibt in den nächsten Jahren keine qualitativen Verbesserungen am Krankenhaus. Das bedeutet, es werden lediglich freigewordene Stellen wieder besetzt.

Uns als Pflegern und Schwestern, sowie den Ärzten hält die Verwaltung vor, es fehle am Einsatzgeist, man trinke zu lange Kaffee, wir würden abstumpfen, unseren Beruf als Routine ansehen. Doch sollen sie uns einmal zeigen, wie man sich bei dieser Personalsituation besser um die Patienten kümmern soll!

Es ist richtig, daß wir uns besser um jeden einzelnen Patienten kümmern sollten, doch es ist der kapitalistische Staat selbst – in diesem Fall die Stadt Nürnberg – der uns zwingt, die Patienten zu vernachlässigen. Für den kapitalistischen Staat ist der werktätige Mensch eben eine Ware. Die Ware Arbeitskraft. Und sie soll so billig wie möglich sein. Erst wenn die Arbeiterklasse die Macht in Händen hält, dann werden wir mit Freude die Patienten gesundpflegen. Denn dann, wenn dieser kapitalistische Staat gestürzt ist, steht der werktätige Mensch wirklich im Mittelpunkt, wie man es in Albanien sieht. Bis dahin ist ein langer Kampf. Heute fordern wir: Schaffung neuer Planstellen! Bessere Versorgung der Patienten! Bessere Bezahlung des Personals! Wir führen diesen Kampf mit der Partei für die sozialistische Revolution. Denn die sozialistischen Ländern zeigen uns: Die sozialistische Revolution ist nach wie vor das einzige Mittel, das eine gute gesundheitliche Versorgung des Volkes tatsächlich garantieren kann."

"Du bist doch nur einen Dreck wert..."

Gestorben, weil sich niemand um ihn kümmerte

Bremen. In der folgenden Korrespondenz wird über den Tod des Matrosen M. in einem Bremer Krankenhaus berichtet. M. war, als er starb, 56 Jahre alt. Er wurde das Opfer des kapitalistischen Gesundheitssystems, in dem nicht die Gesundheit der Werktätigen an der ersten Stelle steht, sondern der Profit der Banken, Trusts und Konzerne, in dem den Reichen, den Angehörigen der Kapitalistenklasse, alle erdenkliche Fürsorge zuteil wird, während die, die arm sind, früher sterben müssen.

Wegen seiner Krankheit war M. zunächst operiert worden. Nach drei Wochen ging es ihm schon wieder so gut, daß er im Garten spazierengehen konnte. Am Wochenende kam seine Frau zu Besuch, sie gingen gemeinsam spazieren und freuten sich auf die Zeit, wo er entlassen werden sollte. Schon bald konnte er ihr erzählen, daß er nur noch drei Tröpfe, jede Woche einen, bekommen müßte, dann sei es so weit.

Am Mittwoch darauf bekam er den ersten Tropf. Ein neues Heilverfahren, mit dem die letzten möglichen Bakterien aus dem Blut gewaschen werden sollten, wie der Arzt sagte. M. ging es gut zu der Zeit. Er hatte zugenommen und konnte sich gut bewegen. Doch schon am Mittwoch nachmittag ging es ihm dreckig. Er hatte überall Schmerzen und ihm war schwindlig.

Kommentar des Arztes bei der Visite am Donnerstag: Es kann vorkommen, daß einzelne den Tropf nicht so gut vertragen.

Am Freitag dann hatte M. schon ein völlig aufgedunsenes Gesicht, konnte kaum noch sprechen, mußte sein Gebiß aus dem Mund nehmen, konnte nichts mehr essen. **Bis dahin hatte es noch kein Arzt für nötig befunden, sich auch nur einmal näher um ihn zu kümmern.** Am Freitag sollte dann der Chefarzt kommen, um sich den „Fall mal anzusehen". Er „vergaß" das. Er „vergaß" das genauso, wie am Vortag nach einem neueingelieferten Patienten zu gucken, der noch am selben Tag abends starb.

Am Samstag konnte M. vor Schmerzen nicht mehr schlafen. Er konnte nicht mehr reden, hatte überall kleine Eiterpickel im Gesicht, hatte das Gefühl, keine Luft mehr zu bekommen.

Sonntag platzte uns dann der Kragen. Wir machten soviel Ärger, bis endlich der Notarzt kam. Der hat ihm den Blutdruck gemessen und ein Schlafmittel gespritzt. Außer, daß zusätzlich ab und zu die Schwestern oder die Pfleger mal reinguckten, passierte weiter überhaupt nichts.

Am Sonntag nachmittag kam seine Frau, um ihn zu besuchen und das erste Mal auch sein jüngster Sohn mit. M. war allerdings so benommen von den Spritzen, daß er kaum noch sprechen konnte. Mit seinem aufgeblähten Gesicht lag er im Bett und bemühte sich krampfhaft, die Augen offenzuhalten. Obwohl alle im Hause wußten, daß M. Besuch bekommen würde, hielt es keiner für nötig, seine Frau vorzubereiten. Es ist klar, daß sie einen Schock bekam, als sie ihren Mann, mit dem sie noch eine Woche vorher im Garten spazierengegangen war, so im Bett liegen sah. Da der Arzt gesagt hatte, daß es M. in einer Woche bestimmt wieder besser gehen würde, haben meine Frau, die auch gerade zu Besuch war, und ich alles getan, um sie zu trösten, so daß sie mit etwas Hoffnung nach Hause fuhr.

Anfangs der Woche ging es M. auch scheinbar besser, er konnte leichtes Mus essen, aber das war nur die Wirkung der Spritzen und ein letztes Aufblühen vor dem Tode. Kurz darauf wurde er, ohne daß ihn jemand gefragt hätte, in ein anderes Zimmer verlegt. Ein paar Tage später ist er gestorben. Er ist nicht eines natürlichen Todes gestorben. Hätte er täglich 80 Mark mehr hinblättern können, dann hätte ihn täglich der Chefarzt als Privatpatient aufgesucht, dann wäre er höchstwahrscheinlich nicht gestorben. Aber eine solche Behandlung bleibt der herrschenden Klasse vorbehalten und einigen wenigen aus dem Volk. **„Du bist doch nur einen Dreck wert, wenn's drauf ankommt", das hat der Matrose M. einige Zeit vor seinem Tod zu mir gesagt.** Er hat recht. Auch das Krankenhaus trägt seinen Klassenstempel. M.'s Schicksal ist stellvertretend für das seiner gesamten Klasse im Kapitalismus: geknechtet, ausgebeutet und geschlagen. **Doch, wie Karl Marx sinngemäß sagte: Der Kapitalist erscheint uns nur groß, solange wir vor ihm knien. Erheben wir uns.**

Vom Aufbau des Sozialismus

DIE ALBANISCHE INDUSTRIE ENTWICKELT SICH RASCH

Als wichtigster Zweig der Volkswirtschaft entwickelt sich die albanische Industrie sehr rasch. In den ersten vier Jahren des laufenden Fünfjahrplans, das heißt von 1971-74, hat sich die industrielle Gesamtproduktion im Jahresdurchschnitt um 9,5 % erhöht. Das hohe Wachstumstempo der Produktion ist ein wichtiges Merkmal der sozialistischen Industrialisierung in Albanien. In dieser Beziehung übertrifft Albanien zahlreiche Länder Europas. Gegenüber 1960 wird die industrielle Gesamtproduktion in diesem Jahr voraussichtlich etwa viermal größer sein. Durch das hohe Entwicklungstempo der Industrie in den Jahren des sozialistischen Aufbaus ist es möglich geworden, daß die albanische Industrie jetzt insgesamt zwanzigmal mehr produziert als vor der Befreiung.

Durch die rasche Entwicklung der albanischen Industrie und ihrer wichtigsten Zweige ist es Albanien gelungen, vollkommen oder in einem breiten Ausmaß den geplanten Bedarf der Nationalwirtschaft und des Volkes an Elektroenergie, Brenn- und Treibstoffen, an Roh- und Hilfsstoffen, an Ersatzteilen und verschiedenen Ausrüstungen zu dekken. Die Leicht- und Nahrungsmittelindustrie des Landes deckt heute zu 80 % den Bedarf der Bevölkerung an Massenbedarfsartikeln.

TAUSENDE VON ARBEITERN HELFEN AUF DEM LAND

Der Herbst ist eine Zeit intensiver Arbeit für die Werktätigen der Landwirtschaft. In allen landwirtschaftlichen Genossenschaften Albaniens wird mit Schwung an der Ernte der Spätfrüchte und der Herbstaussaat gearbeitet. Um die Aufgaben der Saison so rasch wie möglich zu erfüllen, leisten neben den Genossenschaftsbauern und den Werktätigen der landwirtschaftlichen Betriebe auch Werktätige aus den Städten und die Jugend ihren wertvollen Beitrag und unternehmen Massenaktionen an der Front der Landwirtschaft. Vergangenen Sonntag z.B. beteiligten sich aus mehreren Bezirken Albaniens tausende Arbeiter, Werktätige der verschiedenen Institutionen und Schüler an den Aktionen in der Landwirtschaft. Sie ernteten Mais, Sonnenblumen, Tabak und pflückten Baumwolle.

MONAT DER LITERATEN IN ALBANIEN

Im Oktober finden in Albanien im Rahmen des Monats der albanischen Literatur, der in diesem Jahr auch mit dem 30. Gründungstag des Verbandes der Schriftsteller und Künstler Albaniens zusammenfällt, verschiedene Veranstaltungen statt. Es finden Treffen von Werktätigen der Arbeitszentren, Genossenschaftlern und Jugendlichen mit Schriftstellern, Dichtern und Künstlern statt. Diese berichten über die in Albanien in der Literatur und Kunst des sozialistischen Realismus erzielten Erfolge. In einem Vortrag im Kulturpalast der Hauptstadt sprach Ismael Kadare dieser Tage vor jungen Arbeitern und Studenten über die Merkmale des neuen albanischen Romans und der jungen albanischen Dichtkunst. Bei dieser Gelegenheit wurde eine Ausstellung mit den Werken des Schriftstellers Ismael Kadare organisiert. Ein guter Teil seiner Werke sind in Fremdsprachen übersetzt und im Ausland gut aufgenommen worden. Es werden ebenfalls Diskussionen mit Arbeitern, Genossenschaftlern und Jugendlichen unter Teilnahme der Schriftsteller und Künstler organisiert, wo die Massen ihre Meinung äußern und ihr Urteil über die Neuerscheinungen abgeben.

NEUE SPIELZEIT DES VOLKSTHEATERS

Die Truppe des Volkstheaters von Tirana hat die neue Spielzeit mit einem reichen Repertoire begonnen. Außer den nationalen Stücken vergangener Spielzeiten wird daran gearbeitet, in Kürze drei neue Dramen albanischer Autoren aufzuführen. Ebenfalls wird ein Teil der Schauspieler dieser Truppe in dem Fernsehfilm „Der General der toten Armee" spielen. Die Truppe des Volkstheaters hat nicht nur Vorstellungen für die Zuschauer der Hauptstadt gegeben, sondern auch in mehreren Dörfern des Bezirks Tirana gespielt und Vorstellungen für die Bauarbeiter des Eisenhüttenkombinats in Elbasan gegeben, die von den Zuschauern gut aufgenommen wurden.

Frankfurter Buchmesse

Einfluss der Revisionisten wächst

Die Frankfurter Buchmesse, die alljährlich von den bürgerlichen Verlagen mit großem Spektakel begangen wird, ist beendet. Auch in diesem Jahr sprach die Messeleitung von „Superlativen": Über 4000 Verlage hatten in ihren Regalen 250000 Titel angeboten.

Im Vordergrund bei den größeren bürgerlichen Verlagen stand das „Bestseller"-Geschäft. Schon seit Beginn des Jahres rühren sie die Reklametrommel für ihre „Bestseller", was dann zumeist in einer „Autogrammstunde" oder einer Autorenlesung auf der Buchmesse mit viel Trara gipfelt. Nicht anders als im Schlagergeschäft, wo Stars von Werbeagenturen produziert werden, werden hier die „Bestseller" aufgebaut. Nicht der Inhalt eines Buches, sondern die „Fähigkeiten" des Verlagsmanagers sind entscheidend – Profit und Marktanteile, nichts anderes ist gefragt.

Zwei Strömungen treten dabei besonders auffällig und breit auf. Zum einen die, daß die ganze verkommene „Prominenz" der Bourgeoisie ihre „Lebensgeschichten" anpreist – zumeist nicht einmal selbst geschrieben. Dabei versucht einer den anderen darin zu übertrumpfen, seine schmutzige Wäsche in aller Öffentlichkeit auszubreiten, was dann von den Verlagen als besonders „schonungslos", „offen" und „lehrreich" gepriesen wird. Es ist der Ausdruck davon, daß die Verrottung und Verkommenheit der Bourgeoisie immer mehr ins Unerträgliche wächst. Die andere breite Strömung stellen die sogenannten „gesellschaftskritischen" Bücher dar, wo Themen wie Umweltzerstörung, Arbeitslosigkeit, Justiz usw. aufgegriffen werden. Auch das kommt nicht von ungefähr. Sie dienen der Bourgeoisie dazu, Empörung der Massen, Kampfbereitschaft, Fragen nach dem Ausweg aufzufangen und in Bahnen zu lenken, die für die Bourgeoisie ungefährlich sind. Auffällig ist dabei, daß auch bei größeren Verlagen, insbesondere bei den Taschenbuchreihen z.B. von Suhrkamp, rororo, Fischer usw., Autoren erheblich zunehmen, die aus revisionistischen und trotzkistischen Kreisen stammen. Es zeigt deutlich, wie die Bourgeoisie sich immer mehr und mehr auf diese Verräter stützt.



Reges Interesse für die Schriften aus der VR China und der VR Albanien.

Die Revisionisten aus der DDR versuchten vor allem durch ein Angebot klassischer deutscher Literatur den Anschein zu erwecken, als ob sie im Gegensatz zu der Verrottetheit der westdeutschen bürgerlichen Verlage, die wahren Kulturerben des deutschen Volkes seien. Darüber hinaus hatten sie auch Werke von Marx, Engels und Lenin ausgestellt – die in DDR-Buchhandlungen übrigens immer mehr aus den Regalen verschwinden – um sich als „sozialistisches Land" auszugeben. Doch wer genau hinsah, der konnte hinter dem trügerischen Schein deutlich sehen, daß die neue Bourgeoisie in der DDR genauso verkommen ist wie die westdeutsche. Da wurden Zeitschriften wie „Vollschlank" und „Frisur" angeboten, die mit ihren pornographischen Titelblättern jeder westdeutschen Schundillustrierten „Ehre" gemacht hätten.

Die russischen Sozialimperialisten, die einen monströsen Stand aufgebaut hatten, entlarvten sich am offensten durch ihr Vorgehen als üble Feinde des Volkes. Als vor ihrem Stand eine Kundgebung gegen die Hegemoniepolitik des russischen Sozialimperialismus und vor allem gegen den neuen Schandvertrag mit der DDR durchgeführt wurde, riefen sie nicht anders als die spanischen Faschisten an ihrem Stand die Polizei, ordneten „Räumung" an und forderten „wirksame und vorbeugende Maßnahmen" gegen die Demonstranten. „China stahl dem Ostblock die Schau", schrieben die bürgerlichen Schreiberlinge der „Welt". Nun, hier ging es nicht um „Schau". Daß der große und vielseitige Stand der VR China ständig umdrängt war, zeigte die Begeisterung und das Interesse einer immer größeren Zahl von Menschen für das leuchtende Beispiel des Sozialismus in China, die für die sozialfaschistische Diktatur der Kremlzaren nur Abscheu und Verachtung übrig haben.

Eben dieses wachsende Interesse am Sozialismus, an revolutionärer Literatur, bekam in der Halle der westdeutschen Verlage auch der Ausstellungsstand der „Gesellschaft für die Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus" (GewiSo) zu spüren, der einzige Stand der Messe, der unter anderem auch Literatur aus der Volksrepublik Albanien ausstellte. Im Gegensatz zu den bürgerlichen Verlagen, an denen die Besucher zumeist nur vorbeigingen, drängten sich hier die Menschen. Viele Diskussionen wurden geführt und nicht wenige Besucher wollten am liebsten die Ausstellungsstücke gleich vom Regal weg kaufen. Das hat gezeigt, wie wichtig es ist, im Kampf gegen die verkommene bürgerliche und revisionistische Literatur die Verbreitung wahrhaft revolutionärer Literatur auszuweiten.

Korrespondenzen

Redaktion „ROTER MORGEN"
46 Dortmund 30
Wellinghofer Str. 103
Postfach 30 05 26

HAMBURG

Am 2. 10. 75 beantragte ich in der 5. Stunde meiner Berufschulklasse die Durchführung von 2 Schweigeminuten zu Ehren der gefallenen Antifaschisten. Die Klasse unterstützte dies. So sah sich der Lehrer gezwungen, den Unterricht von 12.00 bis 12.02 Uhr zu unterbrechen und die Schweigeminuten zu akzeptieren.

Die Schweigeminuten wurden von der Klasse diszipliniert durchgeführt. Anschließend wollte der Lehrer den Protest darauf beschränken, daß „gewisse demokratische Spielregeln bei der Prozeßführung nicht beachtet wurden". Ich stellte klar, daß die Hinrichtung der Gestapo-Agenten völlig gerechtfertigt war, daß diese Schweigeminuten – trotz weltanschaulicher Differenzen der Beteiligten – eine Kampfansage an das faschistische Franco-Regime sind. Danach verlas ich eine kurze Resolution und stellte sie zur Abstimmung.

Die Resolution lautet:

„Mit Abscheu und Empörung verurteilen wir die Ermordung der 5 spanischen Antifaschisten durch das faschistische Franco-Regime."

Diese Resolution wurde bei 21 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 7 Enthaltungen angenommen. Sie wird geschickt an die gefangenen spanischen Antifaschisten und an die spanische Botschaft in Bonn.

Klasse I Ve 26 K

BREMEN

Liebe Genossen!

Heute Vormittag höre ich zufällig Radio Bremen. Ein gemischtes Programm, unter anderem eine Berichterstattung einer Stadtteilbeiratssitzung, also einem Parlament im kleinen, wenn man so will. Ich denk, ich trau meinen Ohren nicht: Da ist die Rede von neuen Straßen, Kinderspielplätzen, von einer neuen Siedlung mit Häusern, die sich auch der kleine Mann leisten können soll usw. In mir kommen schon Zweifel hoch: sollte der Kapitalismus doch das Paradies auf Erden für alle sein? Doch der Kommentar der Sprecherin am Ende der kurzen Sendung bringt mich schnell mit beiden Beinen wieder auf den Boden der Wirklichkeit: „Man muß dem Beirat jedoch empfehlen, in Zukunft bei seinen Beschlüssen darauf zu achten, daß sie nicht anschließend durch die Realität gegenstandslos werden!" Kommentar überflüssig.

Ein herzliches Rot Front! Claus

BOCHUM

Am Morgen, an dem wir durch die Zeitungen erfahren hatten, daß der Angestellte Gerhard Send am Schauspielhaus von der Polizei niedergeschossen worden war, wurde bei Krupp nur noch darüber diskutiert; fast alle Kollegen waren hell empört. Wir waren uns klar: Das kann jedem von uns passieren. So sieht also die sogenannte innere Sicherheit aus, wie sie von den Politikern immer beschworen wird, das richtet sich gegen uns, gegen das Volk, gegen den kleinen Mann. Einige Kollegen sagten: „Das ist ja wie bei der Mafia, da kann ich gleich nach Italien auswandern." Kaum einer machte sich Illusionen darüber, daß die Polizisten bestraft werden. Das kam auch bei der Stellungnahme vom Polizeipräsidenten Hardenberg klar heraus, daß ihnen kein Haar gekrümmt werden wird. (Gegen Hardenberg haben hier viele Kollegen sowieso einen großen Haß, weil sie sich noch genau erinnern, wie brutal die Bochumer Polizei gegen die Fahrpreisdemonstrationen vorging). Ein Kollege meinte noch: „Wenn mir so etwas wie dem Gerhard Send passiert, dann schieße ich zuvor mit meinem Revolver noch 3 von denen nieder. Wir können denen nur mit ihrer eigenen Sprache antworten."

Während unserer Diskussionen konnten wir eines auch wieder gut sehen: Die einzigen, die die Polizisten in Schutz nahmen und so rum redeten wie: „Man weiß ja nicht genau, was los war, die Beamten haben wohl in Notwehr gehandelt etc.", das waren der Vertrauensmann und noch einer, der mit der ganzen Betriebsratsclique zusammenhängt.

Rot Front! Genossen aus Bochum

Welche Solidarität nützt dem Kampf des spanischen Volkes?

Auf einer halben Seite berichtet der Kommunistische Bund Westdeutschlands in der KVZ Nr. 39 vom 2. Oktober über Proteste und Demonstrationen gegen das faschistische Franco-Regime in Spanien. Was ist das aber für eine Solidarität mit dem spanischen Volk, zu der der KBW aufruft?

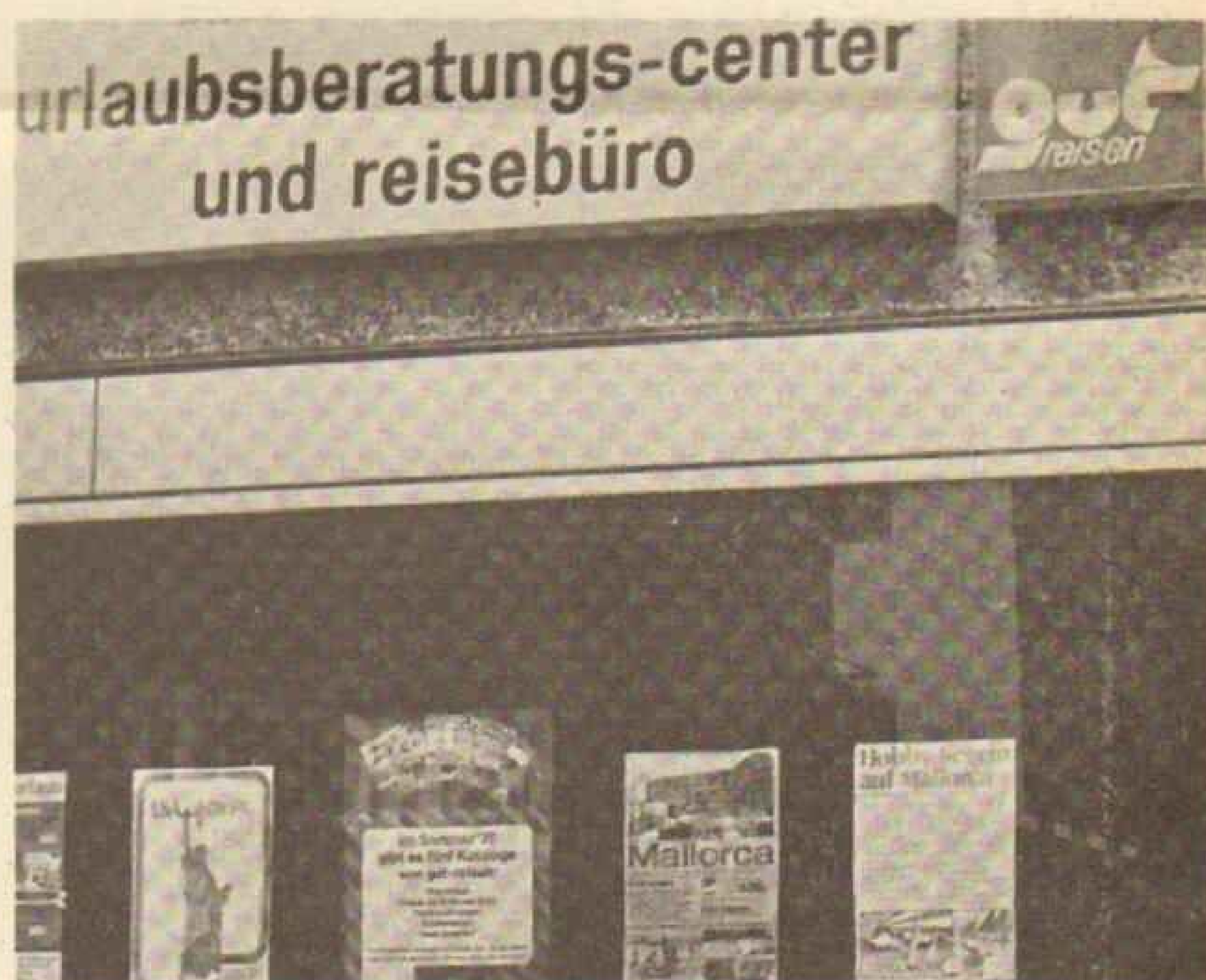
Ebenso wie die modernen Revisionisten der D„K"P, hat der KBW in der KVZ, in Flugblättern und in seinen Aktionen verschwiegen, daß drei der fünf ermordeten Genossen in Spanien Mitglieder der Kommunistischen Partei Spaniens/Marxisten-Leninisten und der FRAP waren.

Das ist kein Zufall. Während die Imperialisten, die Reaktionäre und die modernen Revisionisten Solidarität heucheln, gleichzeitig aber gegen den revolutionären Kampf hetzen und die FRAP als „terroristisch" verleumden, während sie schreien: „Wir sind gegen jede Gewalt, schließlich Mord bleibt Mord", ist es die Pflicht jedes Revolutionärs und Marxisten-Leninisten, die revolutionäre Gewalt zu verteidigen, ihre Notwendigkeit, den Nutzen der gewaltsamen Revolution für das Volk nachzuweisen. Darüber aber schweigt sich der KBW aus. Im Gegenteil wird in der KVZ der Eindruck erweckt, als ob das faschistische Regime in Spanien gestürzt werden könnte, daß die Freiheit und Unabhängigkeit ohne die Volksrevolution erkämpft werden könnten.

Es ist traurig, daß auch die „Rote Fahne" der GRF (KPD) ins gleiche Horn stößt. So ist in den Aufrufen und Artikeln zwar viel die Rede vom „revolutionären Kampf", aber es wird geschwiegen über die Aktionen der FRAP. Die Redakteure der „Roten Fahne" schaffen es sogar, über die pro-francistische Kundgebung zu berichten, ohne ein Wort darüber zu verlieren, daß kurz vorher Kommandos der FRAP vier faschistische Polizisten hingerichtet haben.

Die Verteidigung und Propagierung der revolutionären Gewalt spaltet die Solidaritätsfront, behauptet der KBW, weil es die Massen „abstößt". Das ist reine Demagogie. Die Hunderttausende von Menschen, die in ganz Europa für die fünf spanischen Revolutionäre – die keine Pazifisten waren, sondern Mitglieder der ETA, der FRAP und der KPSp/ML, die ihre ganze Kraft für die Revolution eingesetzt haben – auf die Straße gegangen sind, beweisen das Gegenteil. „Abstoßend" ist die Verteidigung und Propagierung der revolutionären Gewalt nur für die Opportunisten und Revisionisten, die die Unterdrückung des Volkes verewigen wollen. Der KBW arbeitet mit seiner opportunistischen Linie den modernen Revisionisten der D„K"P direkt in die Hände. Wie weit das gehen kann, zeigt ein Flugblatt der KBW-Hochschulgruppe am Westfalenkolleg in Dortmund. Dort wird zur Teilnahme einer Demonstration der spanischen Zentren aufgerufen, obwohl diese in einem Flugblatt offen erklären: „Wir verurteilen außerdem die Polizistenmorde in Spanien ..." **Die KBW-Hochschulgruppe findet nichts dabei: „Und das alles" – nicht an der von diesen Leuten organisierten Demonstration teilzunehmen – „nur, weil die Verantwortlichen der spanischen Zentren, die Hinrichtungen faschistischer Polizisten als Mord bezeichnet haben ...", schreiben sie.**

Konsequenterweise hat der KBW, wie schon seit langem, auch in dieser Solidaritätsbewegung über all die Aktionseinheit mit den modernen Revisionisten der D„K"P bzw. der SEW gesucht, ihnen Bündnisangebote gemacht und zur Beteiligung an ihren Demonstrationen aufgerufen, gemeinsame Aktionen und Demonstrationen mit unserer Partei aber in den allermeisten Fällen abgelehnt. In Westberlin, wo der KBW zur Unterstützung der von den SEW-Revisionisten durchgeführten Demonstration aufgerufen hatte, heißt es zur Rechtfertigung nachträglich in der Ortsbeilage der KVZ: **„Dies war trotz aller Differenzen zu den modernen Revisionisten möglich und richtig, weil es in der gegenwärtigen Lage, sowohl in Spanien selbst, als auch in der internationalen Solidaritätsbewegung notwendig ist, sich mit allen Kräften, die gegen das Franco-Regime sind, zusammenzuschließen, um diese Mörderbande zu stürzen."**



„Hobby-Segeln auf Mallorca", damit wirbt das gewerkschaftseigene Reiseunternehmen „g-u-t" für Spanien-Reisen in einem Reisebüro in Dortmund, neben zig Prospekten und Plakaten mit Aufschriften wie: „Mallorca Ole – viva Espana". Darin zeigt sich die ganze Heuchelei der sogenannten Spanien-Solidarität des DGB-Apparates. Mit diesen Feinden der spanischen Völker, die selbst mit ihren Unternehmen in Spanien verdienen, kann es keine gemeinsamen Solidaritätsaktionen geben, wie es der KBW versucht hat.

Das ist tatsächlich der Kern der ganzen opportunistischen Linie des KBW. Die Differenzen, von denen hier die Rede ist, sind in Wirklichkeit die unversöhnlichen Widersprüche zwischen Marxismus-Leninismus und modernem Revisionismus, zwischen Revolution und Konterrevolution. Die modernen Revisionisten sind weder hier, noch in Spanien fortschrittlich. Im Gegenteil. Durch ihre Tätigkeit wollen sie das Volk entwaffnen, so daß es dem Terror der Konterrevolution schutzlos ausgesetzt ist. Das Beispiel Chile hat gezeigt, was das für ein Verbrechen ist. Gleichzeitig versuchen sie, den Kampf des Volkes gegen das faschistische Regime und den USA-Imperialismus auszunutzen, um den russischen Sozialimperialisten den Weg zu bahnen und den Faschismus durch den Sozialfaschismus zu ersetzen. Der KBW wagt es nicht, Carillo und seine Bande offen als die Vorhut des spanischen Volkes herauszustellen. Sie „begnügen" sich damit, die revisionistischen Arbeiterkommissionen zu propagieren, die „Demokratische Militärunion", in der die Revisionisten großen Einfluß haben. Über die wirklichen Revolutionäre, die spanischen Marxisten-Leninisten, die KPSp/ML und vor allem die FRAP, verlieren sie kein Wort.

Es ist die Schande des KBW, den modernen Revisionisten die Hand zu reichen und der Partei eines Carillo, der sich selbst nicht scheut, vor dem US-Imperialismus auf die Knie zu fallen (siehe auch Seite 10) und sich mit bekannten Faschisten zusammentut (siehe RM 42, S. 9), zu bescheinigen, eine „Kraft gegen das Franco-Regime" zu sein. **Alle wirklichen Revolutionäre und Marxisten-Leninisten betrachten das mit Abscheu.**



KAMPF DER BÜRGERLICHEN KLASSENJUSTIZ!

WÜRZBURG

In Würzburg standen in den letzten zwei Wochen 2 Genossen des KSB/ML und drei Genossen des KSV vor Gericht, weil sie Ende des letzten Semesters zusammen mit einigen hundert Studenten Büchertische gegen die Polizei verteidigt haben sollen.

Die wegen „Hausfriedensbruch" angeklagten Genossen zeigten, daß es in diesem Prozeß darum geht, die Verbreitung des Marxismus-Leninismus an der Universität zu unterbinden.

Im Verlauf des Prozesses, in dem unter anderem auch der Vorsitzende des Studentenwerks als Zeuge vernommen wurde, gelang es den Genossen, deutlich zu machen, daß dieser Polizeiüberfall und ihre Festnahme systematisch erfolgte. So kam heraus, daß beim Studentenwerk eine schwarze Liste mit Photos existiert, nach der an dem fraglichen Tag auch vorgegangen wurde. Es kam heraus, daß Bressel vom Studentenwerk auf Anweisung des Kultusministeriums gehandelt hatte. Genauso wurde die offizielle Begründung für das Büchertischverbot entlarvt, daß die Mensa nur zum Essen da sei. Denn ausgerechnet am ersten Prozeßtag wurde die Mensa geschlossen, weil Biedenkopf hier ein pompöses Treffen mit Würzburger Kapitalisten hatte. Auch darf zum Beispiel ein Werbeagent der FAZ ungestört hier seine Geschäfte machen.

Um weitere Enthüllungen zu verhindern, entzog der Richter schließlich allen Angeklagten das Fragerecht an die Zeugen. **Besondere Angst vor einer tatsächlichen Beweisaufnahme hatten Staatsanwaltschaft und Gericht bei einem Genossen des KSB/ML. Ihm warf die Anklage unverschämterweise vor, er habe die Zeitung des „Spartakus", der Studentenorganisation der D„K"P verkauft. Nun stellte sich heraus, daß die Polizei zwar am fraglichen Tag einen Verkäufer der Zeitung des „Spartakus" beobachtet hatte. Sie war ihm sogar gefolgt und hatte auf dem Heimweg seine Personalien aufgenommen. Aber die Anzeige erhielt trotzdem nicht der revisionistische Student, sondern der Genosse des KSB/ML!**

Dem Staatsanwalt war die Sache so peinlich, daß er mitten in der Zeugenbefragung die Einstellung des Verfahrens gegen den Genossen beantragte. Sein Verfahren wurde abgetrennt. Eine halbe Stunde später war er freigesprochen!

Durch diesen Vorfall war die Anklage aber schon so entlarvt, daß sich die bürgerliche Klassenjustiz auch bei den anderen Angeklagten gezwungen sah, weit unter den Strafen der Strafbefehle zu bleiben. So gab es noch einen weiteren Freispruch und drei Verurteilungen zu je 100 DM (die Hälfte der Strafe in den Strafbefehlen).

Aber der Prozeß war nicht nur in dieser Hinsicht ein Erfolg, sondern auch deshalb, weil es dem KSB/ML durch seinen Kampf gelang, neue Sympathisanten zu gewinnen.

DUISBURG

Am 16. 10 wurde im Prozeß gegen Genossen Hanfried Brenner Herr Lempenau, Rechtsanwalt der Mannesmann-Kapitalisten in der Arbeitsgerichtsverhandlung, bei der Günter Routhier erschlagen wurde, vernommen. Selbst dieser Mann, der sicher nicht auf der Seite der Partei steht und das im Arbeitsgerichtsprozeß des Genossen Hanfried hinreichend gezeigt hat, mußte wesentliche Punkte, die die Partei bisher aufgezeigt hat, bestätigen.

So haben bisher alle Genossen, die bei der Arbeitsgerichtsverhandlung anwesend waren, gesagt, Genosse Günter habe bereits im Arbeitsgericht gerufen, er sei Bluter. Die Polizisten dagegen haben das Gegenteil behauptet.

Rechtsanwalt Lempenau nun mußte bestätigen, daß Günter Routhier gesagt hat: „Laßt mich in Ruhe, ich bin Bluter, ich habe einen Bluterausweis." Auch in einem anderen Punkt wurden die Behauptungen der Partei durch den Rechtsanwalt der Mannesmann-AG bestätigt. Auch er nämlich hat nicht gehört, daß die Polizisten aufgefordert haben, den Saal zu räumen. Damit aber ist erneut bewiesen, daß die Polizei nicht, wie es in ihrer Version heißt, den Saal räumen, sondern daß sie die Genossen überfallen und zusammenschlagen wollte. Daran ändert auch nichts, daß Rechtsanwalt Lempenau aussagte, er habe das auch nicht hören können, da er zu weit entfernt war. (Der Raum der Arbeitsgerichtsverhandlung war nicht breiter als rund vier Meter).

Als Genosse Hanfried diese Zeugenaussage kommentiert und zeigt, daß sie aufs neue beweist, daß die Polizei im Juni des letzten Jahres einen faschistischen Überfall verübt hat, verurteilt ihn das Gericht zu einer Ordnungsstrafe von 500 DM und entzieht ihm das Wort.

Anschließend beantragte die Verteidigung erneut die Beiziehung der Krankengeschichte des Genossen Günter, die die Staatsanwaltschaft hat beschlagnahmen lassen. In einem anderen Verfahren war diese Krankengeschichte nämlich verlesen worden. Und da stellte sich heraus, daß hier bei der ersten Einlieferung des Genossen Günter ins Unfallkrankenhaus von „Verdacht auf Schädelbasisbruch", von „Schädelprellungen" usw. die Rede war. **Das heißt, es hat sich also genau gezeigt, was die Partei immer gesagt hat: Die Behauptung der Polizei von der „spontanen Blutung", an der Günter gestorben sein soll, ist eine Lüge, und die Krankengeschichte ist nur aus dem Grund beschlagnahmt worden, weil sie dieses Lügengebäude der Polizei erschüttern würde.**

Als Genosse Hanfried diesen Antrag seines Rechtsanwalts unterstützt und in der Begründung erklärt: „Hier soll ein Mord vertuscht werden", bekommt er erneut 500 DM Ordnungsstrafe.

Der Prozeß wird am 27. 10 um 9 Uhr fortgesetzt.

PROZESSANKÜNDIGUNGEN

Am 27. 10 um 10 Uhr im Amtsgericht Bielefeld, Raum 235, gegen Genossin Uschi S. wegen des Flugblatts „Solidarität mit dem Hungerstreik!" (§ 90 a).

Am 30. 10. um 9 Uhr im Amtsgericht in Witten gegen Genossen Michael B., weil sich Richter und Polizei beleidgt fühlen.

Am 5. 11. um 11 Uhr im Landgericht Duisburg, Raum 162, gegen Genossin Maicke Tuschen. (Berufungsprozeß wegen des Flugblatts „Das ist Mord!").

Spenden für Vietnam und Kambodscha

In der Zeit vom 7. 5. bis zum 16. 6. wurden auf das Vorstandskonto folgende Spenden für Kambodscha und Vietnam gespendet, die bisher versehentlich noch nicht veröffentlicht wurden:

7. 5. Veranstaltung München, 350 DM – 7. 5., Veranstaltung Mannheim, 202,10 DM – 9. 5. M. E. Kitzingen, 50 DM – 9. 5., E. K. Waller, 513,53 DM – 9. 5., H. M., Dortmund, 10 DM – 9. 5., 1. Mai-Feier, AEG-Zelle, Westberlin, 262,50 DM – 9. 5., P. W., Immenstaad, 79,50 DM – 9. 5., Buchladen, Westberlin, 120 DM – 9. 5., 1. Mai Feier, AEG-Zelle, Westberlin (Vietnam), 262,50 DM – 9. 5., Literaturverkauf Westberlin, 30 DM – 12. 5., Westberlin, 238,10 DM – 13. 5., O. H., Duisburg, 23,50 DM – 14. 5., OG Neumünster, 113,42 DM – 14. 5., Stammtisch der Mannesmann-Zelle, Duisburg, (Vietnam), 31 DM – 16. 5., Sammlung Büchertisch KSB/ML, Bochum, 41 DM – 16. 5. 1. Mai-Feier, Reutlingen, 107 DM – 26. 5., R. H. Hamburg 500 DM – 16. 5. K. R., Bremen, 111 DM – 21. 5., 1. Mai-Veranstaltung, Hannover, 60 DM – 21. 5. E. H., Augsburg, 100 DM – 21. 5., 1 Mai-Veranstaltung, Kiel, 766,85 DM – 21. 5., 1. Mai-Veranstaltung, Kiel, (Vietnma), 766,85 DM – 22. 5., H. S. u. H. K., Mannheim, 250 DM – 22. 5., Veranstaltung Wilhelmshafen, 34 DM – 23. 5., M. A., Bochum, 95 DM – 23. 5. K. B., 50 DM – 23. 5., Sympathisantenkreis und KSB/ML, Darmstadt, 162,95 DM – 23. 5. M. L., Kampten, 50 DM – 26. 5., OG Kempten, 126 DM – 27. 5., Arbeitertreff, Hamburg-Altona, 162 DM – 27. 5., 1. Mai-Veranstaltung, RG, Hamburg, 160 DM – 27. 5., Kollegentreff, Klinikum Münster, 13,10 DM – 28. 5., 1. Mai-Veranstaltung Karlsruhe, 69 DM – 2. 6., RG Singen, (Vietnam), 40 DM – 3. 6., Thälmann-Buchladen, Kiel, 130,65 DM – 3. 6., R. H., Hamburg, 100 DM – 5. 6., Genossen aus Kiel, 26 DM – 5. 6., Buchladen „Roter Morgen", Westberlin, (Vietnam), 44 DM – 6. 6., RM-Lesekreis, Flensburg, 20 DM – 10. 6., K. H., Stuttgart, 100 DM – 12. 6., Jugendtreff Hamburg-Altona, 40 DM – 16. 6. W. R., München, 5 DM.

Insgesamt wurden in diesem Zeitraum DM 6433,65 für Kambodscha und Vietnam gespendet.

Wir bitten unsere Leser, in Zukunft auf das Spendenkonto des ROTEN MORGEN nur noch Spenden zur Unterstützung des ROTEN MORGEN einzuzahlen. Alle anderen Spenden – auch Spenden für die Prozesse gegen den ROTEN MORGEN – bitten wir, mit einem Stichwort versehen, auf das Konto des Vorstandes der KPD/ML einzuzahlen.

Spenden für den ROTEN MORGEN
– Verlag G. Schubert –
Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 393

Spenden für besondere Zwecke:
Vorstand der KPD/ML, Spendenkonto
Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 547

Artikel aus dem ROTEN MORGEN in Kaserne angeheftet

1 Monat Gefängnis wegen "Beihilfe zur Zersetzung"

Vor kurzem stand der ehemalige Soldat Klaus B. vor dem Landgericht Flensburg, angeklagt und zu einem Monat Gefängnis verurteilt, weil er die „Sicherheit der BRD" gefährdet haben soll.

Was war passiert?

Klaus war einer von 40000, die mit ihrer Kompanie am Nato-Manöver „Bold Guard" teilnahmen. Auch er war, wie seine Kameraden, über die Unfälle, die Schäden und die unmenschliche Behandlung der einfachen Soldaten empört. Nach dem Manöver schrieben Soldaten aus seinem Bataillon einen Bericht über das Manöver. Dieser Bericht erschien im ROTEN MORGEN und wurde in der Kompanie lebhaft diskutiert. Zusammen mit Kameraden heftete Klaus den Bericht ans schwarze Brett der Kompanie.

Zwei Kameraden wurden deswegen verhört und unter Bewachung festgehalten. Stube, Spind, Wagen und Privatwohnung durchsucht. Fast die ganze Kompanie verhört. Klaus erhielt dann beim Bund 14 Tage Knast, etwas später erfolgte seine vorzeitige Entlassung aus der Bundeswehr.

Dann, am 25. 9. 75 die Gerichtsverhandlung wegen „Wehrkraftzersetzung" vor dem Landgericht Flensburg.

Klaus erklärte, daß er immer für die Freiheit und Unabhängigkeit unseres Volkes eingetreten ist. Er schilderte die Vorfälle während des NATO-Manövers und bewies, daß hier die Sicherheit von den Befehlshabern der NATO aufs Spiel gesetzt wurde. Denn auf ihr Konto gehen die mindestens 9 Toten, die zig Verletzten und die 10 Millionen Flurschäden beim Nato-Manöver. Sie sind es, die bewußt Unfälle und Schäden bei solchen Übungen als „Betriebsrisiko" einplanen. Warum sonst reden die Offiziere vom „natürlichen Verschleiß"? Gegen ihre Verbrechen erhebt sich natürlich keine Stimme aus den Reihen der Justiz. Wenn dagegen ein Soldat, wie hier Genosse Klaus, die Wahrheit beim Namen nennt, dann sind Offiziere, MAD, Kripo und Justiz schnell zur Hand.

Durch den Kampf von Genossen Klaus fiel die Anklage wie ein Kartenhaus zusammen. Der Richter geriet zunehmend in Schwierigkeiten. Die Beratungen dauerten stundenlang.

Der Staatsanwalt forderte dann in seinem Plädoyer 3000 DM Geldstrafe, er redete von „aggressivem Extremismus" und „Gefährdung der Disziplin der Truppe". 5 Tage später verkündete das Gericht das Urteil:

1 Monat Gefängnis auf 3 Jahre „Bewährung" (!) und 300 DM Geldstrafe wegen „Beihilfe zur Zersetzung".

Das ist ein eindeutiges Terrorurteil, das deutlicher als tausend Worte zeigt, wie weit es mit der „Meinungsfreiheit" in unserem Land her ist. Es ist klar, daß mit diesem Urteil ein Exempel gegenüber den fortschrittlichen Soldaten statuiert werden soll. Aber die Zukunft wird zeigen, daß solche Urteile nicht dazu geeignet sind, die „Ruhe in der Truppe" wiederherzustellen. Denn sie zeigen, daß Vorfälle wie beim Manöver „Bold Guard" keine „Pannen" sind, sondern die Verantwortlichen dafür durch das Recht und Gesetz der Kapitalistenklasse geschützt werden. Denn die Bundeswehr und die Justiz dienen dem gleichen Herrn: dem Imperialismus, der sich bei seinen aggressiven Plänen und Taten noch nie dadurch hat stören lassen, daß die Arbeiterklasse sie mit ihrem Leben bezahlen muß.

Verfahren gegen Beate Kohnke eingestellt

Richter sieht Verfassungswidrigkeit

Am 13. 10. 75 fand in Duisburg vor dem Schöffengericht ein Prozeß gegen Genossin Beate Kohnke statt. Sie war angeklagt wegen des angeblichen Verkaufs von drei Nummern des ROTEN MORGEN aus diesem Jahr (Nr. 4, 11 und 12), wegen einer Rede auf einer Kundgebung der Roten Hilfe Deutschlands und wegen Beleidigung der Duisburger Polizei im Zusammenhang mit der Ermordung des Genossen Günter Routhier.

In ihrer Äußerung zur Sache stellte Genossin Beate heraus, daß es in diesem Prozeß nicht um einzelne strafbare Äußerungen im ROTEN MORGEN geht, sondern um einen Angriff auf das Programm der Partei. So heißt es zum Beispiel in der Anklageschrift: „Darin (im RM Nr. 12/75) wird u.a. die Bundesrepublik Deutschland als eine Diktatur der Kapitalistenklasse gekennzeichnet, die systematisch die Faschisierung ihres Staatsapparates vorantreibe und propagiert, daß der einzige Weg, die faschistische Diktatur zu verhindern, die Zerschlagung dieses Staates sei, der mit Mord und Terror die Herrschaft der Kapitalistenklasse aufrechterhalten solle."

Aus diesem Grund, und auch weil Genossin Beate Kandidatin der Partei für die Landtagswahl in NRW war, stellte die Verteidigung einen Antrag auf die Einstellung des Verfahrens, weil hier die politische Linie der Partei angeklagt ist, was nach dem sogenannten Parteienprivileg nicht zulässig ist. Während in zig anderen Verfahren ähnliche Anträge abgelehnt wurden, gab der Richter in diesem Fall dem Antrag statt. Er begründete das damit, daß Genossin Beate im Prozeß für ihn glaubwürdig das Programm der Partei dargestellt und nach Ansicht des Gerichts damit den Tatbestand des § 90a, 3 erfüllt habe. (Im Unterschied zu § 90 a, 1, auf den sich der Staatsanwalt in der Anklageschrift berufen hatte, setzt der § 90 a, 3 eine absichtliche Bestrebung gegen den Bestand der Bundesrepublik voraus). Während der Richter so das Verfahren gegen Genossin Beate einstellte, forderte er mit der Begründung, es sei schizophren, sie anzuklagen, aber die Partei nicht zu verbieten, praktisch das Verbot der Partei.

Was ist von diesem Urteil zu halten? Auf der einen Seite ist es sicher ein Erfolg. Eine zu erwartende hohe Geldstrafe oder gar Gefängnisstrafe gegen Genossin Beate wird so unmöglich. Auf der anderen Seite aber zeigt es, daß die Bourgeoisie ihr Ziel, die Partei zu verbieten, auch wenn sie sich momentan hauptsächlich darauf konzentriert, unter Umgehung eines Parteiverbots, die Agitation und Propaganda der Partei zu unterbinden. Im Endeffekt ist eben auch das „Parteienprivileg" eine bürgerliche gesetzliche Bestimmung. Die Partei nutzt sie aus im Kampf gegen die Kommunistenverfolgung der Bourgeoisie. Aber sie wird sich niemals hauptsächlich darauf stützen. Denn dann wird das „Parteienprivileg", wie die bürgerliche Legalität überhaupt, zur Falle. Welche Taktik die Bourgeoisie bei der Verfolgung der KPD/ML auch anwenden mag, die Antwort der Partei ist, daß es niemandem mit keinem Mittel gelingen kann, sie zu zerschlagen und ihren Kampf zu unterbinden, wenn sie sich auf ihre marxistisch-leninistische Linie und auf die Massen stützt.

Parlament als "Schwatzbude" bezeichnet

Freispruch erkämpft

Am 16. 10. stand Genosse Thomas S. in Bochum vor einem Schöffengericht, weil er die Betriebszeitung der KPD/ML für Krupp presserechtlich verantwortlich unterzeichnet hatte. Dort war im Januar in einem Artikel zu den Wahlen in NRW unsere revolutionäre Linie zu dem bürgerlichen Wahlbetrug erklärt worden, und dabei – unter ausdrücklichem Hinweis auf Lenin – das bürgerliche Parlament mehrmals als „Schwatzbude" bezeichnet worden.

Die Bourgeoisie fühlte sich durch diesen Artikel so getroffen, daß sie deswegen ein Verfahren wegen § 90a StGB (Verunglimpfung der verfassungsmäßigen Ordnung der BRD) anstrengte.

Die Partei verteilte an allen Bochumer Großbetrieben ein Flugblatt zum Prozeß; rund 15 Genossen und Freunde folgten dem Aufruf, den angeklagten Genossen als Zuschauer zu unterstützen. Der Antrag auf Einstellung des Verfahrens wegen des Parteienprivilegs wurde abgelehnt (danach dürfen politische Parteien nicht wegen ihrer Äußerungen verfolgt werden, und über eventuelle Verfassungswidrigkeit entscheidet allein das Bundesverfassungsgericht). Ebenso wurden alle Beweisanträge abgelehnt. Doch der angeklagte Genosse zeigte auf, daß alle Klassiker des Marxismus-Leninismus bewiesen haben, daß bürgerliche Parlamente Schwatzbuden sind, die im Laufe der proletarischen Revolution auseinandergejagt werden müssen, und daß diese Bezeichnung voll und ganz auch auf die Parlamente der Bundesrepublik zutrifft. Er entlarvte auch die Taktik der bürgerlichen Klassenjustiz, den Marxismus-Leninismus scheibchenweise zu verbieten. Dermaßen in die Enge getrieben, sprach das Gericht den Genossen frei mit der Begründung, die Bezeichnung „Schwatzbude" müsse die „parlamentarische Demokratie" verkraften können. Es ließ allerdings offen, ob nicht doch noch eine Verurteilung nach § 185 StGB möglich sei; ein Wink mit dem Zaunpfahl für den Staatsanwalt.

Sascha soll abgeschoben werden

Fortsetzung von Seite 1

Dieses letzte Manöver zeigt erneut die Abgebrühtheit der westdeutschen Behörden in ihrem Bemühen, einen deutschen Kommunisten an das faschistische Regime auszuliefern.

Als vor wenigen Wochen in Spanien fünf Genossen der KPSp/ML, der FRAP und der ETA erschossen wurden, da sahen sich die Herren in Bonn angesichts der weltweiten Empörung der Massen ebenfalls zu Protesten genötigt. In den bürgerlichen Zeitungen erschienen Kommentare, die die Todesstrafe „barbarisch" nannten. Artikel nahmen gegen die Foltermethoden des Franco-Regimes Stellung. „Mittelalterliche Zustände" konnte man da lesen oder „Relikte der Hitlerzeit".

Das ist nichts als elende Heuchelei! Das ist die „Humanität" von Bossen der Unterwelt, die mit einer weißen Weste und sauberen Händen in den Salons sitzen und sich ehrenwerte Männer nennen können, weil die Drecksarbeit von andren erledigt wird.

Denn zur gleichen Zeit, wo die westdeutschen Imperialisten sich über Folter und Todesstrafe in Spanien „empören", bereiten sie die Auslieferung eines deutschen Kommunisten, des 21jährigen Maschinenschlossers Alexander Haschemi, an das faschistische Regime in Persien vor.

Sascha, wie Alexander von seinen Freunden genannt wird, ist in München geboren worden als Sohn einer deutschen Mutter und eines persischen Vaters und hat deshalb die persische Staatsbürgerschaft. Diese Situation nutzen die westdeutschen Imperialisten aus, um einen deutschen Kommunisten nicht nur ins Gefängnis zu schicken, sondern ihn mit Folter und dem möglichen Tod zu bestrafen. Die Drecksarbeit soll das Schah-Regime übernehmen. Die westdeutschen Behörden brauchen nicht mehr zu tun, als ihre Unterschrift unter die Abschiebung Saschas zu setzen. **Eine solche Unterschrift aber ist nichts anderes als Schreibtischmord.**

Der Anlaß dafür sollte die Verurteilung Saschas zu 18 Monaten Gefängnis wegen seiner Teilnahme am Roten Antikriegstag 1972 werden. Der Plan war infam. Man stritt auf der einen Seite alle Abschiebungspläne ab. So sollte die Öffentlichkeit beruhigt und der Kampf der Partei gegen die Abschiebung Saschas als kommunistische Panikmache diffamiert werden. Auf der anderen Seite wurden alle Vorbereitungen getroffen, Sascha gleich nach dem Prozeß in Haft nehmen zu können. So erhielt er schon während der ersten Prozeßtage vier Tage Ordnungshaft.

Aber die Partei war wachsam. Sascha ging nicht mehr zum Prozeß und tauchte unter. In einer persönlichen Erklärung stellte er klar, daß es ihm nicht darum ging, einer Gefängnisstrafe aus dem Weg zu gehen. Solche Opfer muß jeder Kommunist auf sich nehmen und andere Genossen wie Bernd, Hubert, Schorsch und Peter tun das auch. Aber bei Sascha sollten die 18 Monate ja nur der Anfang sein. Als eigentliche Strafe war und ist für ihn die Folter und der mögliche Tod durch das faschistische Schah-Regime vorgesehen. **Auf die Schlachtbank aber läßt sich ein Kommunist nicht wie ein Schaf führen. Dagegen muß der Kampf mit allen Mitteln geführt werden.**

Natürlich stimmte die Bourgeoisie ein großes Gezeter von „haltlosen Behauptungen" der Partei an. Aber bereits im Plädoyer von Staatsanwalt Wahl im selben Prozeß zeigte sich, daß hier nur der Wolf heulte, dem die Beute entgangen war. Er sagte: „*Wenn sich jemand zwischen zwei Stühle setzt wie Herr Haschemi, dann sollte der Rat des Ausländeramtes, persisch zu lernen oder auch albanisch, ernstgenommen werden.*"

Es wurde Haftbefehl erlassen. Aber die Bourgeoisie hütete sich, eine ähnliche Hetze gegen Sascha zu entfachen, zu einer ähnlichen spektakulären Verfolgungsjagd anzusetzen wie zum Beispiel bei der RAF. Ihre Anweisung an die Presse hieß: „totschweigen". Sie spekulierte darauf, daß die Zeit für sie arbeiten, daß mit den Wochen und Monaten der Kampf der Partei und der Roten Garde und die Wachsamkeit erlahmen würden.

Die Bourgeoisie will Sascha abschieben, aber sie will nicht den Preis dafür zahlen, vor dem deutschen Volk als Schreibtischmörder dazustehen. Das haben die letzten anderthalb Jahre deutlich gezeigt. Das ist ihr schwacher Punkt, den wir in unserem Kampf ausnutzen müssen.

Das wird deutlich bewiesen durch einen Brief des Ausländeramtes an die Staatsanwaltschaft München. Staatsanwalt Wahl hatte dort angefragt, ob man dort nicht Anzeige erstatten wolle, weil im Zusammenhang mit Sascha von „Schreibtischmord" usw. gesprochen worden war. Das Ausländeramt lehnte ab. Sinngemäß war die Begründung, daß Sascha jetzt nicht da sei, man ihn aber abschieben werde, wenn er auftauche! Der Brief des Ausländeramtes an die Staatsanwaltschaft München zeigt das deutlich. Wir wissen, daß wir von der bürgerlichen Klassenjustiz keine Milde zu erwarten haben. Sie verfolgt uns, wo sie kann. Sie hat das auch im Kampf gegen die Abschiebung des Genossen Sascha getan. Über 12 000 DM Geldstrafe wurden gegen Genossen verhängt, weil sie als Zuschauer zum Prozeß gegen Genossen Sascha und die mitangeklagten Rotgardisten gingen oder Flugblätter verteilten. Wenn also das Ausländeramt in diesem Brief sein Veto gegen eine Anzeige wegen „Schreibtischmordes" einlegt, dann nur aus dem einzigen Grund, weil die Bourgeoisie einen solchen Prozeß fürchtet.

Daß es sich hierbei nicht um eine Einzelaktion des Ausländeramtes handelt, beweist nicht nur die Tatsache, daß die Staatsanwaltschaft diese Argumente „einsah", sondern auch ein Urteil in einem Prozeß gegen sieben Genossen, die Flugblätter für die Einbürgerung Saschas verteilt haben sollen. Richter Sollmayr schreibt hier: „*Es ist allerdings nicht von der Hand zu weisen, daß dem damaligen Angeklagten Haschemi bei einer aufgrund einer Verurteilung durch das Amtsgericht München erfolgenden Abschiebung in den Iran aufgrund seiner kommunistischen Einstellung im Iran erhebliche Verfolgungsmaßnahmen drohen.*" Dieses Urteil bestätigt aber nicht nur, daß die westdeutsche Klassenjustiz tatsächlich ganz andere Strafen als 18 Monate Gefängnis für Sascha vorgesehen hat. Es bestätigt gleichzeitig die Hintergedanken der Bourgeoisie bei ihrem Vorgehen: „*Die Tatsache eines möglichen zu Tode Kommens des Angeklagten Haschemi wird durch diese Bezeichnung (Henkersurteil — RM) nicht den persischen Behörden, sondern bereits dem das Urteil fällenden Richter des Amtsgerichts München angelastet.*" **Was heißt das anderes, als daß die Bourgeoisie zwei Hauptanliegen hat: 1. Sascha sollen „erhebliche Verfolgungsmaßnahmen drohen", und 2. die westdeutschen Drahtzieher sollen im Dunkeln bleiben.**

Inzwischen sind diese Absichten der westdeutschen Imperialisten noch deutlicher geworden. Denn nach einem neuen Gesetz, das seit Beginn dieses Jahres rechtskräftig ist, müßte auch Sascha durch einen einfachen Antrag seine deutsche Staatsbürgerschaft erhalten. Bei Hunderten von ähnlichen Fällen geschah das nach Meldungen der bürgerlichen Presse „automatisch". Im Fall von Sascha nicht. Als Saschas Mutter einen entsprechenden von Sascha unterschriebenen Antrag einreichte, hieß es, Sascha solle selbst kommen.

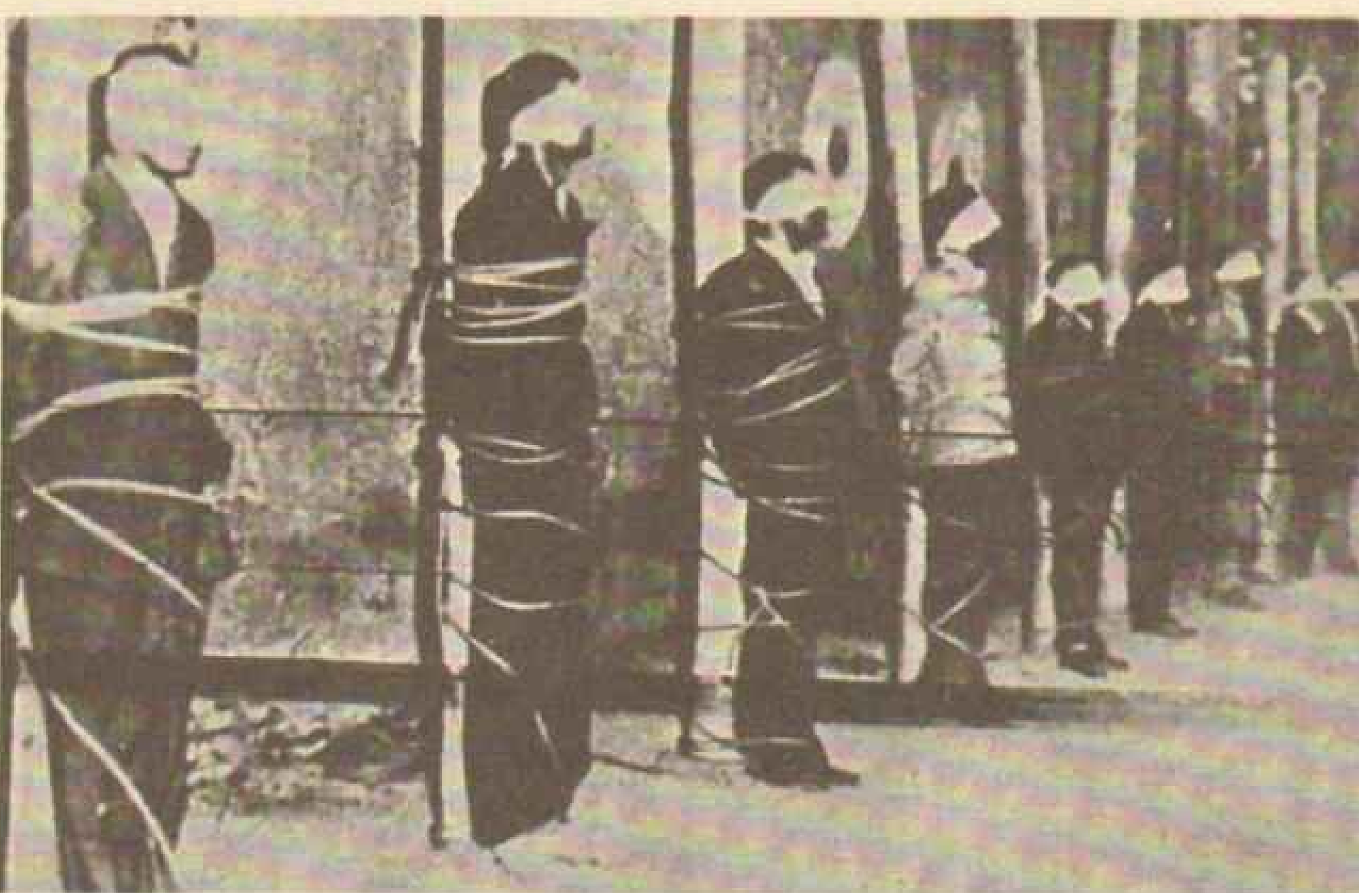
Natürlich wird Sascha nicht selbst kommen und in die Falle dieses bürgerlichen Gesetzes tapsen. Die letzten eineinhalb Jahre haben hinreichend bewiesen, daß der Bourgeoisie nicht zu trauen ist und daß Sascha nur deshalb noch wohlbehalten unter uns ist, weil die Partei wachsam geblieben ist. **Sascha wird erst dann aufhören, illegal zu leben, wenn er seine deutsche Staatsbürgerschaft erhalten hat.**

Damit aber Sascha wieder wie jeder andere Rotgardist leben und kämpfen kann, müssen wir unseren Kampf für seine Einbürgerung verstärken. Die Bourgeoisie schläft nicht. Sie versucht nach wie vor, ihre Pläne in die Tat umzusetzen. Das zeigt der Briefverkehr zwischen dem Ausländeramt und der Staatsanwaltschaft. Das zeigt die Tatsache, daß im letzten November, als auf Anweisung des Bundeskriminalamtes nach der Lorenz-Entführung über 100 Wohnungen überfallen und durchsucht wurden, in der Münchner „AZ" zu lesen war, daß man in einer Wohnung die Jacke des „Anarchisten" Sascha gefunden habe.

Als die sieben Genossen in München verurteilt wurden, weil sie ein Flugblatt für Sascha verteilt haben sollen, da war der entscheidende „Beweis" des Gerichts, daß sie „*die Bekanntmachung dieses Inhalts an einen möglichst großen Personenkreis für notwendig erachteten*".

Das zeigt, wovor die Bourgeoisie sich fürchtet.

Verstärken wir den Kampf gegen den geplanten Schreibtischmord an Sascha!



Politische Gefangene im Iran — nach dem Willen der westdeutschen Imperialisten soll Sascha das gleiche Schicksal treffen.

Freispruch in der nächsten Instanz ist sicher

Polizeimörder erhielt 9 Monate auf Bewährung

In München fand jetzt ein Prozeß gegen den Polizisten Peter Presse statt. Presse, ein für polizeiliche Einsatzkommandos geschulter Polizeibeamter, hatte im Januar dieses Jahres den erst 18jährigen Erich Wiesneth kaltblütig aus nächster Nähe erschossen. Er bekam neun Monate auf Bewährung. Weder der Staatsanwalt noch das Gericht sahen ihn als eines Tötungsdelikts überführt an.

Der Fall Peter Presse ist typisch für zahllose Fälle, in denen Polizisten Menschen ermordet haben. Kein einziger von ihnen wurde bisher bestraft. Die Verfahren wurden entweder eingestellt oder endeten mit Freispruch. Die Mörder verrichten mit dem Segen der bürgerlichen Justiz weiter ihren Dienst.

Die Ermordung des jungen Erich Wiesneth hatte besonders große Empörung in der Bevölkerung hervorgerufen. Sein Vater nach der Tat: „Die Münchner Polizei hat meinen einzigen Sohn ermordet. Einfach abgeknallt haben sie ihn wie ein Tier." Seine Mutter: „Unser Ernsti wurde abgeknallt wie ein Tier im Käfig."

Staatsanwalt und das Gericht vertraute, zeigt sich daran, daß er einfach sein altes polizeiliches Vernehmungsprotokoll noch einmal vorlas, nach dem nicht er, sondern Erich die Schüsse ausgelöst hat, indem er mit der Hand auf die Pistole schlug. Der Staatsanwalt fand diese Räuberpistole („Es hat gekracht und ich verspürte einen Rückschlag") offensichtlich für seine Zwecke geeignet. Und das, obwohl eine Augenzeugin aussagte, die gesehen hatte, wie Erich völlig verschreckt in seinem Auto saß und Presse mit den Worten: „Komm' raus, du Hund!" darauf zustürzte. Obwohl zwei Gutachter feststellten, daß es bei einer Waffe, wie Presse sie verwendete,





Erich Wiesneth (links), vom Polizisten Presse (rechts) abgeknallt wie ein Tier im Käfig.

Und so war es auch. Das mußten damals sogar bürgerliche Zeitungen wie der „Stern", die „Süddeutsche Zeitung" usw. zugeben. Erich war nachts mit dem Auto seiner Eltern nach Ansicht einiger Polizisten zu schnell gefahren. Ein Dutzend Polizeiautos verfolgte ihn schließlich, bis er in der Münchner Schwanseestraße auf ein Auto prallte. Die Polizeiwagen umstellten ihn mit aufgeblendeten Scheinwerfern. Mit gezogener Pistole stürzte der Polizist Presse heraus, schrie: „Mach' auf, du Schwein!", schlug die Scheibe des Autos ein, in dem Erich saß und schoß — erst in Erichs Schulter, dann in Erichs Genick.

Gegen Presse wurde damals ein Ermittlungsverfahren wegen Verdacht auf Totschlag eingeleitet und Haftbefehl ausgestellt mit der Begründung: „Der beschuldigte Beamte nahm bei beiden Schüssen den Tod des Opfers billigend in Kauf, was einem bedingten Vorsatz entspricht."

Der Anwalt Presses sah damals allenfalls den Verdacht auf fahrlässige Tötung und forderte die Aufhebung des Haftbefehls. Die Staatsanwaltschaft und Polizeipräsident Schreiber fochten damals ein Scheingefecht mit Presse und seinem Anwalt aus. Presse wurde verhaftet, kam aber nach kurzer Zeit wieder frei.

Heute, ein dreiviertel Jahr später, sieht die ganze Sache für die Staatsanwaltschaft schon ganz anders aus. Von Totschlag war in der Anklageschrift keine Rede mehr, stattdessen hieß es jetzt Verdacht auf fahrlässige Tötung. Im Plädoyer schließlich sah der Staatsanwalt selbst das nicht mehr als erwiesen an, sondern erklärte, das einzige, was er Presse vorwerfen könne, sei das Einschlagen der Fensterscheibe im Auto!

Dabei hat sich an den Tatsachen natürlich nichts geändert. Noch nicht einmal an den Aussagen Presses. Wie fest er nicht nur auf seinen Anwalt, sondern auch auf den

ein sogenannter Doppelschuß unmöglich sei und zwischen den beiden Schüssen Zeit vergangen sein muß.

Wie nicht anders zu erwarten, fand auch das Gericht, daß sich der Hergang der Tat nicht mehr ermitteln lasse und nicht zu widerlegen sei, daß sich die Schüsse aus der Pistole selbst gelöst hätten.

Noch klarer aber als dieses Urteil zeigt ein anderer Punkt des Prozesses, wie hier vorgegangen wurde. Beim Prozeß waren auch die Eltern von Erich Wiesneth, die gegen Presse Anzeige erstattet hatten, anwesend. An ihre Adresse erklärte Presses Verteidiger in seinem Plädoyer: „*Spätestens durch das Umfahren der Straßensperren wurde Ihr Sohn zum Verbrecher. Denn er hat sich objektiv eines Verbrechens des gefährlichen Eingriffs in den Straßenverkehr zuschulden kommen lassen.*" Anschließend las er das Urteil des BVG vor, in dem der Polizist Diehl, der den Dortmunder Jugendlichen Erich Dobhard erschossen hat, freigesprochen wurde, weil es auch hier galt, einem „Verbrechen" zu begegnen. **Als sie sich das sagen lassen mußte, lief die Mutter Erich Wiesneths weinend aus dem Gerichtssaal.**

Gerade in den letzten Wochen hat jeder Politiker mit Rang und Namen sich gegen die Todesstrafe gewandt. Aber für Erich Wiesneth und seine Eltern macht es keinen Unterschied, ob seine Hinrichtung vor oder nach seinem Tod von der Justiz sanktioniert wird.

Man versucht auch jetzt wieder, den Tod Erichs als „Einzelfall" hinzustellen. Aber gleichzeitig wird mit der Neufassung des Polizeigesetzes die Voraussetzung dafür geschaffen, daß der „Todesschuß" legalisiert wird. Das zeigt, was von der „Beunruhigung" der staatlichen Stellen in solchen Fällen zu halten ist. Ihre einzige Sorge ist, die Diktatur der Bourgeoisie über das werktätige Volk noch besser auszubauen.

30 Jahre Partei der Arbeit Koreas

GRUSSADRESSE

Am 10. Oktober jährt sich zum dreißigsten Mal der Tag, an dem die koreanischen Kommunisten unter der Führung des Genossen Kim Ir Sen in den Flammen des revolutionären Volkskrieges gegen die japanischen Imperialisten, an dessen Spitze sie über 15 Jahre gestanden hatten, die Partei der Arbeit Koreas gründeten. Aus diesem Anlaß übersenden wir Ihnen die allerherzlichsten Kampfesgrüße.

Die Gründung der Partei der Arbeit Koreas war ein historisches Ereignis von großer Bedeutung in der Geschichte des koreanischen Volkes. Unter ihrer Führung wurde die Demokratische Volksrepublik Korea und damit die Bedingung für den Aufbau des Sozialismus geschaffen, wurde die unverschämte Aggression des US-Imperialismus zurückgeschlagen, wurden die Unabhängigkeit und Sicherheit des Vaterlandes und die Früchte der Volksrevolution verteidigt. In den vergangenen 30 Jahren hat die Partei der Arbeit Koreas das koreanische Volk beim Aufbau des Sozialismus im Vertrauen auf die eigenen Kräfte und im Geist harter Arbeit zu immer neuen Erfolgen geführt.

Noch haben die US-Imperialisten einen Teil der Nation gewaltsam besetzt, halten sie mit ihrem finsteren faschistischen Marionettenregime einen Teil des koreanischen Volkes in Elend und Unterdrückung. Doch unter der Führung der Partei der Arbeit Koreas wird das koreanische Volk gewiß den Sieg im Kampf für die friedliche Wiedervereinigung seines Vaterlandes erringen, die Einheit der Nation wiederherstellen und die amerikanischen Besatzer verjagen, und seine Unabhängigkeit im Kampf gegen beide Supermächte verteidigen.

Diesen Kampf des koreanischen Volkes unter der Führung der Partei der Arbeit Koreas mit dem Genossen Kim Ir Sen an der Spitze wird die KPD/ML gemeinsam mit allen revolutionären und fortschrittlichen Menschen unseres Landes mit aller Kraft unterstützen.

Mit kommunistischem Gruß
Im Auftrag des Zentralkomitees
Ernst Aust.

Gezänk um das Diktat Moskaus

Fortsetzung von Seite 3

überstehen, sondern daß diese Auseinandersetzungen im Rahmen des Antikommunismus und auf der gemeinsamen Grundlage des Verrats am Marxismus-Leninismus, an der Revolution und am Befreiungskampf der Völker geführt werden. Denn sie alle mühen sich nach Kräften, den revolutionären Kampf des Proletariats zu ersticken und an dessen Stelle die Zusammenarbeit des Proletariats mit der Bourgeoisie zu setzen, und jeder von ihnen verdreht den Marxismus-Leninismus auf seine Weise, wie es ihm für seine Verrätereien gerade in den Kram paßt.

Woher rühren diese Widersprüche? Die Moskauer Revisionistenbande, die an der Spitze des russischen Sozialimperialismus steht, beansprucht nach wie vor die absolute Vorherrschaft in der internationalen Revisionisten-Mafia. Gerade um die Verbrechen des russischen Sozialimperialismus gegen die Völker der Welt zu vertuschen, sind sie auf ihre Chargen angewiesen, damit diese nach jeder Aggression Moskaus im Chor rufen: „Welch eine Friedensoffensive!" und nach jedem Verbrechen dieser sozialimperialistischen Supermacht: „Welch ein Erfolg des proletarischen Internationalismus!" Zum anderen aber sind die revisionistischen Parteien in aller Welt – und vor allem auch in Europa – für die russischen Sozialimperialisten ein wichtiges Instrument, um ihren Einfluß in diesen Ländern auszubauen und zu festigen. Diesen Apparat sich zu erhalten, lassen die Herren in Moskau gerne ein paar Rubel springen – und wo das nichts nützt, greift man auch zu Mitteln des Drucks und der Erpressung.

Gewiß, jede der revisionistischen Parteien kassiert diese Rubel gern. Aber gerade einige revisionistische Parteien, wie insbesondere z.B. die revisionistische „K"PI Berlinguers oder die französischen Revisionisten unter Marchais und andere befinden sich da in einem immer größerem Dilemma, das in geringerem Maße aber für alle revisionistischen Parteien gilt: **Die Verbrechen des russischen Sozialimperialismus, sein offenes Streben nach Weltherrschaft, sein Waffengerassel gegen die Völker der Welt haben die Volksmassen auf der ganzen Welt immer mehr gegen ihn aufgebracht. Und die Verteidigung dieser Verbrechen erschwert es den revisionistischen Parteien sehr, sich in die revolutionären Reihen des Proletariats und der anderen werktätigen Menschen einzuschleichen. Gerade die Bourgeoisie in Italien aber z.B. setzt mehr und mehr auf die Revisionisten, um den revolutionären Drang der Massen auf tote Gleise zu lenken und zu ersticken. Es kommt hinzu, daß die Interessen der westlichen Bourgeoisien mit denen der neuen Bourgeoisie in der Sowjetunion nicht harmonisieren, sogar oft aufeinanderprallen, so daß sich die revisionistischen Parteien, die vor allem im Dienste der Bourgeoisie ihres Landes stehen, mehr und mehr gezwungen sehen, sich Handlungsfreiheit gegenüber den Moskauer Revisionisten zu erkämpfen.**

Diesem Machtkampf innerhalb der revisionistischen Mafia versuchen alle beteiligten Seiten ein „theoretisches" Gewand zu geben. So treten die italienischen und auch die spanischen Revisionisten mit der These auf, es gäbe keinen allgemeingültigen Weg der Revolution, während die Moskauer Revisionisten in ihrer „Prawda" dagegen schreien, sie wären das Vorbild und sind dabei doch nur die Gralshüter des revisionistischen Sumpfes.

Diese Streitigkeiten des modernen Revisionismus spiegeln die zunehmenden Widersprüche und Schwierigkeiten des Imperialismus wider. Umso mehr es mit dem Imperialismus bergab geht, desto größer werden die Widersprüche und Spaltungen auch zwischen den modernen Revisionisten selbst. Denn der Revisionismus selbst ist nichts anderes als das ideologische und politische Produkt des sterbenden Kapitalismus, ist der letzte Versuch der Bourgeoisie, durch Verwirrung und Verrat die revolutionären Reihen des Proletariats von der letzten Entscheidungsschlacht abzuhalten.

Doch die zunehmenden Schwierigkeiten der modernen Revisionisten dürfen nicht dazu führen, ihre Gefährlichkeit zu unterschätzen, sondern müssen gerade als Ansporn dazu dienen, diesen Agenturen der Bourgeoisie und dem ganzen verkommenen imperialistischen System den Todesstoß zu versetzen.

Revisionisten stützen militärische Präsenz der Supermächte in Europa

Daß man die modernen Revisionisten nicht nur als Agenten der Bourgeoisie in ihren Ländern, sowie als Agenten des russischen Sozialimperialismus, bekämpfen muß, sondern daß die modernen Revisionisten auch die amerikanischen Imperialisten unterstützen, zeigt die folgende Sendung von Radio Tirana: „Die revisionistischen Parteien unterstützen die amerikanische und sowjetische Militärpräsenz in Europa".

Das gilt grundsätzlich auch für die westdeutschen Revisionisten, die D„K"P. Demagogisch schreien sie zwar oft lauthals gegen die NATO, versuchen sich in Bewegungen gegen NATO-Truppenübungsplätze und Stützpunkte einzuschleichen. Tatsächlich aber versuchen sie damit, den Kämpfen der Bevölkerung gegen die US-Truppen den militanten Charakter zu nehmen und damit die Kämpfe selbst zur Erfolglosigkeit zu verurteilen. Zum anderen dient ihnen ihr Geschrei dazu, die unerhörte Aufrüstung, den wilden und aggressiven Charakter des russischen Sozialimperialismus zu verschleiern. In ihrer „UZ" heißt es dazu: „Es bedarf der Lockerung der einseitigen Bindung an die NATO und an die USA." Gleichzeitig empfehlen sie „Entwicklung guter Beziehungen" zum russischen Sozialimperialismus. Das heißt doch, sie sind nicht prinzipiell gegen die NATO-Truppen in unserem Land und gegen die Mitgliedschaft Westdeutschlands in der NATO, sondern sie treten dafür ein, die Interessen unseres Volkes an beide Supermächte zu verkaufen.

Bedeutsam halten wir den folgenden Beitrag von Radio Tirana auch insofern, als daß in letzter Zeit nicht nur die modernen Revisionisten dem US-Imperialismus Garantien für die Erhaltung seiner Vorherrschaft geben, sondern auch einige Führer der Gruppe Rote Fahne (KPD) damit liebäugeln, die bis heute ihren Aufruf, die Aufrüstung der NATO zu unterstützen und den Kampf gegen Militärbasen des US-Imperialismus in unserem Lande einzustellen, nicht selbstkritisch zurückgenommen haben.

Neben den Diensten, die die italienischen und spanischen Revisionisten den herrschenden bürgerlichen Kreisen ihrer Länder leisten, um den Klassenkampf des Proletariats gegen die grausame Unterdrükkung und Ausbeutung des Kapitals abzuwiegeln, sind sie heute sogar soweit gegangen, offen für die in Spanien und in Italien errichteten amerikanischen Militärstützpunkte einzutreten. Sie unterstützen die amerikanische und sowjetische Militärpräsenz und die Existenz zweier aggressiver Blöcke, der NATO und des Warschauer Paktes.

Der italienische Revisionistenchef Berlinguer hat erklärt: „Wir schlagen nicht vor, daß Italien aus den internationalen Organisationen, denen es jetzt angehört, austritt. Wir schlagen dies auch nicht vor, wenn wir in der Regierung wären. Wir halten uns", sagte er, „besonders an den Europäischen Gemeinsamen Markt und an die NATO". Die italienische Zeitschrift „Panorama" beruft sich darauf, daß die italienische Revisionistenpartei für die NATO eintritt und schreibt: „Seit drei Jahren tritt die Kommunistische Partei (die revisionistische Partei) weder im Parlament noch in ihrer Parteipresse dafür ein, daß Italien aus dem Atlantikpakt austritt. Die Losung – Italien raus aus der NATO und „Nato raus aus Italien" ist in Vergessenheit geraten. „Den gleichen Standpunkt gegenüber den amerikanischen Stützpunkten wie ihre italienischen Kollegen vertreten seit langem auch die spanischen Revisionisten. Es ist noch nicht lange her, da Carillo, der die Haltung der italienischen Revisionistenpartei unterstützt, sagte, daß „auch wir die Präsenz ausländischer Militärstützpunkte befürworten".

Es muß hier auf die gleiche Art und Weise hingewiesen werden, in der die italienischen wie die spanischen Revisionisten sich bemühen, die militärische Präsenz des amerikanischen Imperialismus in ihren Ländern zu rechtfertigen. Die beiden Seiten motivieren dies damit, daß es angeblich „nötig" sei, „um das militärische Gleichgewicht nicht zu stören. Ihrer Ansicht nach würde es, wenn die amerikanischen Truppen und Stützpunkte in Italien oder Spanien geräumt würden angeblich die „Entspannung" und das „Gleichgewicht" zwischen den beiden Supermächten stören und ihnen schaden. Soll Italien in der NATO bleiben! Sollen die amerikanischen Truppen und Stützpunkte ruhig auf der Apenninen- und iberischen Halbinsel bleiben! Sollen ihre Heimstätten von den Stiefeln der Yankees zertrampelt werden! – das ist nach den italienischen und spanischen Revisionisten nichts, um an die große Glocke gehängt zu werden, denn – es diene angeblich der Entspannung.

Doch die Realität und die flammenden Wünsche des italienischen und spanischen Volkes und der übrigen Völker Westeuropas bestehen darin, die amerikanischen Imperialisten lieber heute als morgen samt ihren Stützpunkten und Truppen, die unrechtmäßig dort sind, hinauszuwerfen. Immer stärker wird die Empörung und der Widerstand in Italien und Spanien gegen die amerikanische Militärpräsenz. Die italienischen und spanischen Revisionisten jedoch wollen die mächtigen antiamerikanischen Gefühle auslöschen. In ihrer Haltung und in der von ihnen befolgten Politik haben sich sich dem gerechten Kampf der breiten Volksmassen entgegengestellt. Sie haben für den amerikanischen Imperialismus, für die NATO Partei ergriffen, gegen die Lebensinteressen der Völker, für die die ausländische Militärpräsenz die Waffe der Hegemoniepolitik des amerikanischen Imperialismus ist, eine schwere Verletzung der Freiheit und der nationalen Unabhängigkeit.

Die Haltung der italienischen und spanischen Revisionisten gegenüber der amerikanischen Militärpräsenz in ihren Ländern ist ein großer Sieg für den amerikanischen Imperialismus, für seine Aggressionspolitik und seine aggressiven Pläne, Italien und Spanien ständig unter seiner Kontrolle zu halten, dort zahlreiche Militärabenteuer zu verwenden. Diese Haltung ist mehr oder weniger die gleiche wie die der proamerikanischen, italienischen und spanischen bürgerlichen Kreise, die eine Politik betreiben, die Italien und Spanien weiterhin schwere Folgen bringt. Die italienischen und spanischen Revisionisten, die die Bourgeoisie ihres Landes verteidigen, die ihre Interessen mit denen des amerikanischen Imperialismus und der NATO verbunden hat, sind nicht nur die Lakaien der einheimischen Bourgeoisie, sondern auch die Lakaien der amerikanischen Schutzherren. Das ist ein logisches Ergebnis.

Antiamerikanische Gefühle zeigen sich heute in allen Ecken und Enden. Alle Völker fordern und kämpfen dafür, daß die amerikanischen Imperialisten und die sowjetischen Sozialimperialisten aus dem Mittelmeer, aus Europa und aus allen Gebieten abziehen, wo sie Militärstützpunkte geschaffen und ihre Kriegsschiffe hingeschickt haben, um die Völker zu unterdrükken. Die italienischen und spanischen Revisionisten tun das Gegenteil. Auch in diesem schwierigen Moment eilen sie dem amerikanischen Imperialismus zu Hilfe, indem sie beteuern, daß sie sowohl der Monopolbourgeoisie als auch der NATO und dem amerikanischen Imperialismus eifrig dienen würden, wenn sie an die Macht kämen.

Das Netz der amerikanischen Militärstützpunkte in Spanien und in Italien sowie in anderen Ländern sind ebenso wie die Stützpunkte und die militärische Präsenz des sowjetischen Sozialimperialismus eine ständige Quelle der Spannung und Gefahr, sowohl für die Völker dieser Länder als auch anderer freiheitsliebender Völker. Die Militärstützpunkte dienen der Aggressionspolitik des US-Imperialismus und des sowjetischen Sozialimperialismus, sind ein Mittel der Kontrolle und Einmischung. Die Gefährlichkeit, die von diesen Stützpunkten infolge der zunehmenden Aggressivität des amerikanischen Imperialismus ausgeht, nimmt zu. Wie die jüngsten amerikanisch-spanischen Verhandlungen zeigen, will der amerikanische Imperialismus die Aufenthaltsfrist seiner Stützpunkte in Spanien verlängern. Auch in Italien unternimmt er immer größere Anstrengungen, um das Netz der Stützpunkte auszuweiten und Italien immer fester an die Nato und seine Politik zu binden. Gerade in dieser äußerst gefährlichen Situation geben die italienischen und spanischen Revisionisten dem amerikanischen Imperialismus Garantien.

Aus propagandistischen Gründen stellen die italienischen und spanischen Revisionisten wie alle übrigen Abteilungen des modernen Revisionismus nicht ihre Deklamationen ein, um als „Antiimperialisten" und „Unterstützer" des Kampfes und der hohen Bestrebungen der Völker zu erscheinen. Doch ihr „Antiimperialismus" ist völlig verlogen. In ihren Handlungen stehen sie im Dienst der Bourgeoisie und des Imperialismus. Da sie die militärische Präsenz des amerikanischen Imperialismus unterstützen, haben sie sich in Werkzeuge der imperialistischen Politik gegen die Freiheit und die Unabhängigkeit der Völker verwandelt. Daß die italienischen und spanischen Revisionisten die amerikanischen Stützpunkte gutheißen, hängt mit ihren Anstrengungen zusammen, an der Regierung teilzunehmen. Sie wollen sich das Vertrauen der inneren bürgerlichen Kräfte und des amerikanischen Imperialismus erwerben. Daher bieten sie ihre Dienste beiden Seiten an und zeigen sich bereit, die Souveränität des Landes und jede hohe Bestrebung der europäischen Völker aufzuopfern, die von den amerikanischen Imperialisten und den sowjetischen Sozialimperialisten verlangen, sich zusammen mit ihren Stützpunkten und Truppen aus den europäischen Ländern wegzuscheren.

DIE HAUPTTENDENZ IN DER WELT IST REVOLUTION!

Reportage aus Laos

Neues Leben in der alten Hauptstadt

Im Oktober bietet Vientiane einen überaus schönen Anblick: Das Wetter ist gut, und entlang dem Mekong verbreiten Blumen ihren Duft. Der Sturm der Volksrevolution hat Vientiane, der alten Hauptstadt von Laos, neues Leben gegeben.

EIN FREUDENFEST

Anläßlich des 30. Jahrestages der Unabhängigkeit von Laos am 12. Oktober führte die Bevölkerung von Vientiane eine Kampagne für die Volksgesundheit durch. Freiwillig haben in den letzten Tagen Tausende und Abertausende von Arbeitern, Funktionären, hohen Beamten, Studenten und anderen Bürgern die Straßen gesäubert. Sie fegten Schutt beiseite und entfernten den Müll vieler Jahre. Niemals zuvor unter dem alten Regime hatten die Straßen und öffentlichen Gebäude von Vientiane so ordentlich ausgesehen.

DIE MASSEN SIND EIFRIG BEMÜHT, REVOLUTIONÄRE LIEDER UND TÄNZE ZU LERNEN

Wenn die Nacht anbricht, werden in den verschiedenen Verwaltungsbezirken und Stadtgebieten Tanz-, Gesangs- und Gedichtwettbewerbe und sportliche Veranstaltungen durchgeführt. Für das kommende Fest ist Vientiane fröhlich geschmückt. Die ganze Stadt ist in festlicher Stimmung, und die Menschen sind überglücklich über ihren Sieg und ihre Befreiung.

SCHWUNGVOLLES LEBEN AUF DEM THAT-LUANG-PLATZ

Im Norden der Stadt steht die 400 Jahre alte That-Luang-Pagode. Der Luang-Platz daneben ist der Ort der jährlichen internationalen Messe. Fleißig verbreitern jetzt Bauarbeiter den Platz zur Feier des 30. Jahrestages der Unabhängigkeit. Sie errichten auch eine Zuschauertribüne im traditionellen laotischen Stil, die am Unabhängigkeitstag 500 Menschen fassen soll. Tag und Nacht wird an dem Bau gearbeitet. Hoch über dem Bauplatz hängt ein großes Plakat mit der Inschrift: „Verstärken wir fünffach, zehnfach unsere Anstrengungen, um die Aufgaben zu erfüllen, die unser Vaterland und unser Volk uns zugewiesen haben." Räummaschinen und Dampfwalzen arbeiten rund um die Uhr.

Die Arbeiten zur Verbreiterung des Platzes begannen im September. Sie umfassen ein Gebiet von 100 000 Quadratmetern, und 15 000 Kubikmeter Steine und Erde werden bewegt. Die laotischen Arbeiter haben ihr Bestes getan, um Schwierigkeiten zu überwinden und sind entschlossen, ihre Aufgaben vor dem 10. Oktober zu beenden. Ein alter Arbeiter sagte stolz: **„Jetzt, wo wir die revolutionäre Verwaltung haben, die uns bei der Planung und bei der Ausführung des Projektes führt, werden wir den Platz sicher innerhalb eines Monats auf das Doppelte verbreitern."**

DIE WACHSAMKEIT ERHÖHEN

Auf dem Schulhof der medizinischen Schule von Vientiane führt Miliz in grüner Uniform intensive militärische Übungen durch. Einige marschieren in Reih und Glied, andere üben mit dem Bajonett. Eine Gruppe von etwa 20 Frauen der Miliz wirft begeistert Handgranaten. Sie sind die Arbeitermiliz des Kraftwerkes von Vientiane – die erste Milizabteilung von Vientiane.

Wie andere Arbeiter, wurden auch diese Arbeiter von den früheren ausländischen Herren und den Ultrarechten erbarmungslos ausgebeutet und unterdrückt, sie litten unter Hunger und Kälte bis zum 15. August 1975, wo sie den reaktionären Besitzern mit Unterstützung der patriotischen Streitkräfte die Macht entrissen. **Fünf Tage später wurde die erste Milizabteilung gebildet. Die Arbeiter haben am Kampf für die Errichtung und Verteidigung der revolutionären Macht teilgenommen.**

Unter Führung der revolutionären Verwaltung entwickelten die Angehörigen der Miliz einen schwungvollen Wettbewerb, um die Produktion wiederherzustellen und zu entwickeln, abgesehen von ihrer Unterstützung der Landarbeit und der Hilfe für die revolutionäre Stadtverwaltung bei der Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit. Tag und Nacht führten sie Patrouillen durch, und mehr als einer von ihnen half der revolutionären Verwaltung, subversive Elemente und Rowdies gefangenzunehmen. Sie beteiligten sich auch an verschiedenen sozialen Aufgaben und an der freiwilligen Arbeit und gewannen so die Bewunderung des Volkes.

Die Miliz dieser Fabrik arbeitet jetzt fleißig und unternimmt intensive militärische Übungen. Sie hat die Aufgabe, die Versorgung der Stadt mit Elektrizität zu garantieren und beizutragen zur Verteidigung der revolutionären Macht.

(Reporter der Nachrichtenagentur „Neues China").

Laos: 30. Jahrestag der Erklärung der Unabhängigkeit

Überall im Land die Volksmacht errichtet!

Voller Freude und Begeisterung hat das ganze laotische Volk am 12. Oktober den 30. Jahrestag der Erklärung der Unabhängigkeit gefeiert. An diesem Tag ist das laotische Volk wirklich frei und unabhängig, die amerikanischen Aggressoren sind aus dem Land gejagt und die ultrarechten Reaktionäre, die im Dienst der amerikanischen Imperialisten standen, sind vertrieben. Im ganzen Land ist die Volksmacht errichtet.

In Vientiane, der alten Hauptstadt des Landes hatten sich den ganzen Tag über 100000 Menschen auf dem Platz neben der That-Luang-Pagode versammelt. In Viengsay versammelten sich am selben Tag über 20000 Menschen, um gemeinsam mit dem Zentralkomitee der Laotischen Patriotischen Front den Tag zu feiern.

Während der Kundgebung in Vientiane hielt der Vorsitzende des Komitees der revolutionären Volksverwaltung in Vientiane eine Rede, in der er unter anderem die Volksbefreiungsarmee und die Volksmassen aller Nationalitäten von Laos aufrief, auch jetzt, nachdem der Sieg über die amerikanischen Imperialisten und ihre Lakaien errungen worden ist, nicht in der Wachsamkeit nachzulassen und jederzeit zum Kampf bereit zu sein, um die gerade geborene revolutionäre Macht zu sichern und zu schützen. Er rief die Volksmassen auf, sich fest zusammenzuschließen, die Wunden der Vergangenheit zu beseitigen, eine völlig neue Wirtschaft, eine völlig neue Kultur, die im Dienst des Volkes steht, aufzubauen.



Massenversammlung im befreiten Laos.

Nach einer kurzen Begrüßungsansprache des Vorsitzenden der Laotischen Patriotischen Front, Prinz Souphanouvong, hielt der Stellvertretende Vorsitzende Kaysone Phomivan eine Rede, in der er den über dreißigjährigen Kampf, den das laotische Volk unter der Führung der Laotischen Patriotischen Front zur Verteidigung seiner Freiheit und nationalen Unabhängigkeit geführt hat, würdigte. In diesem Kampf, so sagte er, sind erst die französischen und dann die amerikanischen Imperialisten durch den revolutionären Volkskrieg vollständig besiegt worden und die revolutionäre Aufgabe der nationalen Befreiung wurde erfüllt.

„Der hervorragende Sieg der laotischen Revolution", fuhr er fort, „zeigt erneut ganz klar, daß in unserer Zeit eine schwache, wenig bevölkerte und wirtschaftlich unterentwickelte Nation den Imperialismus besiegen kann, wie grausam er auch sein mag."

Die Feiern zum 30. Jahrestag der Erklärung der Unabhängigkeit Laos in diesem Jahr haben gezeigt, daß das laotische Volk entschlossen ist, die Früchte der Revolution zu verteidigen und ein neues, blühendes Laso zu schaffen, das frei und unabhängig ist und in dem das Volk Herr seiner eigenen Geschicke ist.

Auflösung des SEATO-Vertrages beschlossen

Ruhmloses Ende eines aggressiven Pakts

Nach über 21 Jahren ist vor kurzem in aller Stille der SEATO-Pakt, der „Südostasiatische Sicherheitsvertrag" zu Grabe getragen worden. Die noch verbliebenen Mitgliederstaaten dieses Militärpakts, der 1954 den südostasiatischen Völkern von den amerikanischen Imperialisten aufgezwungen worden war, erklärten jetzt seine Auflösung.

Washington hatte die SEATO geschaffen, um die nationalen Befreiungsbewegungen der Völker Indochinas zu unterdrücken, um die Völker und Nationen Südostasiens in seine Neokolonien zu verwandeln, um Besatzungstruppen in Thailand, auf den Phillippinen, in Australien und Neuseeland zu stationieren und dort Militärstützpunkte einzurichten, um Söldner aus diesen Ländern als Kanonenfutter in seinem grausamen Aggressionskrieg gegen die Völker von Vietnam, Kambodscha und Laos zu rekrutieren. Dieser Block wurde geschaffen, um Komplotte und Provokationen gegen die souveränen Staaten Südostasiens durchzuführen, wie den konterrevolutionären Putsch auf Indonesien, wie den Putsch in Kambodscha und die Einsetzung der Verräterclique um Lon Nol. Mit Hilfe dieses „Vertrages" hofften die amerikanischen Imperialisten den anderen Ländern ihr Diktat aufzwingen zu können.

Die Rechnung der amerikanischen Imperialisten ist nicht aufgegangen, der aggressive SEATO-Block hat ein ruhmloses Ende gefunden. Er zerbrach unter den Schlägen des revolutionären Befreiungskampfes der Völker von Vietnam und Kambodscha, die mit der Waffe in der Hand die amerikanischen Aggressoren aus ihren Ländern verjagten und die Verräter und Lakaien, die von den amerikanischen Imperialisten dort in den Sattel gehoben worden waren, ebenfalls zum Teufel jagten. Er zerbrach unter den Schlägen des Kampfes der anderen Völker Südostasiens.

In Thailand weitet sich der revolutionäre Volkskrieg unter der Führung der Kommunistischen Partei Thailands immer weiter aus. Gleichzeitig verstärken die Volksmassen ihren Kampf für die Unabhängigkeit und Freiheit des Landes. Das gleiche geschieht in Malaysia, wo die bewaffneten Aktionen der von der Kommunistischen Partei geführten Partisanen schon bis in die Vororte der Hauptstadt Kuala Lumpur hereingetragen worden sind. Auf den Phillippinen und auf Nordborneo kämpfen Guerrillas unter der Führung ihrer Kommunistischen Parteien und die Kommunistische Partei Indonesiens schließt 10 Jahre nach dem faschistischen Putsch ihre Reihen immer enger.

Heute hat Südostasien sein Gesicht vollständig verändert. Die amerikanischen Imperialisten, ihre Helfershelfer und Lakaien haben hier eine so schwere Niederlage erlitten, daß sie sogar ihre Zustimmung zur Auflösung dieses aggressiven Blocks geben mußten.

In dieser Situation haben auch die Staaten Südostasiens, wie z. B. Thailand, die Phillippinen, Malaysia usw. positive Schritte gemacht, um sich untereinander enger zusammenzuschließen, ihre Beziehungen zur VR China zu normalisieren und um Unabhängigkeit von den amerikanischen Imperialisten zu ringen.

Man darf sich aber nicht täuschen lassen. Die amerikanischen Imperialisten scheinen jetzt ihre Politik zu revidieren. Aber die Auflösung der SEATO bedeutet überhaupt nicht, daß sie ihre aggressiven Pläne aufgegeben hätten.

Gleichzeitig aber wollen die russischen Sozialimperialisten die Niederlage der amerikanischen Imperialisten ausnutzen und sich in Südostasien an ihre Stelle setzen. Deshalb haben sie unter anderem sofort nach der Beendigung des Krieges in Indochina besonders eifrig ihre „Hilfe" angeboten und die Idee eines „kollektiven Sicherheitssystems in Asien" propagiert.

Dieses sogenannte „Sicherheitssystem" ist aber in Wirklichkeit nichts anderes als es der aggressive SEATO-Block war und die russischen Sozialimperialisten verfolgen damit auch die gleichen Ziele.

Die Völker Südostasiens wissen aus eigener Anschauung, daß die pazifistischen Losungen Betrug sind. Sie, die die amerikanischen Imperialisten schwer geschlagen haben, werden es auch den russischen Sozialimperialisten nicht erlauben, sich in Südostasien breit zu machen und die Freiheit und Unabhängigkeit der Völker und Nationen zu ersticken.

HÖRT DIE REVOLUTIONÄREN SENDER!

RADIO TIRANA

UHRZEIT	WELLENLÄNGE
1. Programm	
13.00-13.30	32 und 41 Meter
16.00-16.30	32 und 41 Meter
19.00-19.30	41 und 50 Meter
2. Programm	
14.30-15.00	32 und 41 Meter
18.00-18.30	32 und 41 Meter
21.30-22.00	41 und 50 Meter und 215 Meter (Mittelwelle)
3. Programm	
6.00-6.30	41 und 50 Meter und 215 Meter (Mittelwelle)
23.00-23.30	41 und 50 Meter und 206 Meter (Mittelwelle)

RADIO PEKING

Im Winter	43,7; 42,8 und 38.5 Meter
Im Sommer	26.2 Meter
Jeweils:	19.00-20.00 und 21.00-22.00 Uhr.



32 Meter entspricht 9,26 MHz
41 Meter entspricht 7,23 MHz
50 Meter entspricht 5,95 MHz
215 Meter entspricht ca. 1 400 KHz (Mittelwelle)

Kernkraftwerk in Wyhl

Nur entschlossener Kampf kann den Bau verhindern

Der Mannheimer Verwaltungsgerichtshof hat entschieden: Ab sofort darf die Landesregierung von Baden-Württemberg mit dem Bau des Kernkraftwerkes in Wyhl beginnen. Dieser unverschämte Angriff auf die Bevölkerung, die Bauern und Winzer des Kaiserstuhls, hat große Empörung hervorgerufen.

Sofort nach Bekanntwerden des Urteils zogen ca. sechshundert Bauern und Winzer mit ihren Traktoren zum Baugelände und bekundeten ihre Entschlossenheit, den Bauplatz besetzt zu halten und zu verteidigen. Die Bauern und Winzer sind sich einig, daß auch dieser Angriff abgeschlagen werden muß, sie sind nicht bereit, den Bau eines Kernkraftwerkes, das die Vernichtung der Lebensgrundlage für viele bedeuten würde, kampflos hinzunehmen.

Der Kampf der Bauern von Wyhl ist in der ganzen Bundesrepublik bekannt geworden. Als sie vor anderthalb Jahren zu Hunderten und Tausenden der reaktionären Gewalt der Polizeitruppen der Landesregierung, unter deren Schutz der Bau des Atomkraftwerkes beginnen sollte, die gerechte Gewalt



Die Bevölkerung durchbricht den Stacheldrahtzaun und besetzt das Baugelände für das Kernkraftwerk Wyhl.

des Volkes entgegensetzten und mutig kämpften, als sie die Absperrungen durchbrachen und den Platz besetzten und bis heute verteidigten, da konnte man an vielen Orten hören: „Wir müssen es so machen wie in Wyhl.“ Ihre Entschlossenheit, sich nicht einschüchtern zu lassen und Gewalt mit Gewalt zu beantworten, dies allein hat den Bau des Kraftwerks bisher verhindert.

Die Bourgeoisie hat sich mit ihrer Niederlage nicht abgefunden. Sie hat alle Anstrengungen unternommen, um gerade diese Entschlossenheit, die Bereitschaft zum gewaltsamen militanten Kampf, zu untergraben und zu brechen.

Nicht ohne Grund erlaubt deshalb der Verwaltungsgerichtshof in Mannheim den Baubeginn, weist aber gleichzeitig die endgültige gerichtliche Entscheidung weit von sich und überläßt sie dem Hauptverfahren vor dem Freiburger Verwaltungsgericht. Mit dieser Entscheidung im Rücken, hat die Landesregierung von Baden-Württemberg damit begonnen, einerseits mit der Berechtigung eines Polizeieinsatzes zu drohen, andererseits aber, sich kulant zu zeigen, Verhandlungen anzubieten und sich überhaupt leutselig zu geben. **Mit diesem Doppelspiel von Drohung und Erpressung auf der einen Seite und dem Versuch, die Wachsamkeit einzuschläfern auf der anderen Seite, hofft die Regierung, zum Ziel zu kommen.** Selbstverständlich, daß sie erklärt: Noch ist nichts endgültig entschieden, warten wir das Urteil ab. Wir werden es respektieren – aber wir verlangen dasselbe von euch. Gleichzeitig hat in der bürgerlichen Presse die Propaganda dafür begonnen, daß die Wyhler Bauern alle Hoffnungen auf das noch ausstehende Urteil des Freiburger Gerichts setzen sollen. Als ob der Bau des Kraftwerks per Gerichtsbeschluß verboten werden könnte.

Es ist schädlich, daß die Vereinigung der Elsässer und Badenser Bürgerinitiativen in einer Entschließung in dasselbe Horn bläst und erklärt, sie werde zwar nicht das Mannheimer Urteil, wohl aber das Freiburger Urteil anerkennen und den Kampf der Bauern von Wyhl und Umgebung ganz auf diesen Prozeß zu lenken versucht. Nur auf der Grundlage einer solchen Linie konnte es schon jetzt der Badenwerk AG gelingen, unter dem Vorwand von „Experimenten“, „Bodenuntersuchungen“ usw. mit einem Teil der Bauarbeiten zu beginnen.

Es ist auch bezeichnend und offener Verrat, daß die modernen Revisionisten der D„K“P jetzt in der UZ voll und ganz diese Entschließung der Bürgerinitiativen als den einzig richtigen Weg im Kampf gegen das Kernkraftwerk herausstreichen.

Entwaffnung der Bauern von Wyhl, damit die Polizei schließlich umso besser durchgreifen kann, Predigten, um das Vertrauen auf die bürgerlichen Gerichte zu schüren, um Spaltung und Resignation zu verbreiten, das ist ihre Linie des Verrats. Wenn die Bauern von Wyhl dieser Linie folgen, werden sie eine Niederlage erleiden.

Vor anderthalb Jahren, als die Bauern von Wyhl mit Gewalt gegen die Polizei kämpften, sagte einer von ihnen: „Wer Wind sät, wird Sturm ernten, wer Sturm sät, wird im Orkan untergehen!“ Die Gewalt des Volkes gegen die Unterdrücker und Ausbeuter gegen den bürgerlichen Staatsapparat ist gerecht. Einen anderen Weg zum Sieg gibt es nicht!



Mit Barrikaden aus Baumstämmen wurden Zufahrtswege zum Baugelände blockiert.

"Und der Haifisch, der hat Zähne. . ."

Im Juli dieses Jahres wurde vom Amtsgericht Düsseldorf das Anschlußkonkursverfahren der Selbstbedienungs-Großhandelskette „Intra“ eröffnet. Sicherlich, ein Bankrott wie jeder andere auch. Doch in diesem Fall geriet einmal etwas mehr an die Öffentlichkeit darüber, was es heißt, wenn der Marxismus-Leninismus feststellt, daß die Monopole sich in ihrem Ringen um den Profit bis aufs Messer bekämpfen.

Hauptkapitalseigner dieser Großhandelskette war der Politiker Zoglmann, der vor einiger Zeit durch seinen Austritt aus der FDP, die Gründung einer eigenen Partei und schließlich seinen Übertritt zur CSU von sich reden machte. Zoglmann hatte die Ladenkette im Ruhrgebiet eröffnet, in der Hoffnung, sich von den Riesengewinnen, die mehrere Firmen dieser Branche zusammenrafften, eine Scheibe abschneiden zu können.

Begonnen hatte seine Firma „Intra“ in Dortmund mit einem Großhandelsmarkt in günstiger Lage. Doch statt der erhofften Gewinne erschien die Konkurrenz, die Großhandelsfirma „Metro“. Da direkt vor der Tür von „Intra“ kein Platz mehr war, ließ sie einen Fußballplatz in der Nähe einplanieren und errichtete ihren „Metro-Markt“. Der Branchenneuling „Intra“ hätte nun genausogut schließen können – an Gewinne war nicht mehr zu denken.

Der nächste Streich. Als „Intra“ in Duisburg dann einen neuen Großhandelsmarkt errichtete, kam wiederum sogleich die „Metro“ an und forderte in einem Gespräch mit Zoglmann: Sofortiger Verkauf an „Metro“ oder wir bauen wieder gleich daneben. Zudem mußte Zoglmann zu seinem Schrecken erkennen, daß in seine eigene Firmenleitung ein Mann von „Metro“ eingeschleust worden war. Gut informiert schlug daraufhin die „Metro“ gleich vor, alle „Intra“-Häuser von Zoglmann und Co. zu übernehmen – was für ihn einen Verlust von 12 bis 14 Millionen bedeutet hätte.

Unter dem Druck, der ihm durch die „Metro“ im Nacken saß, und aufgrund von Verlusten, die jetzt schon 6 Millionen DM betrugen, ging Zoglmann zur Konkurrenz, zur Firma „Ratio“ und verhandelte mit ihr über Verkauf. **So kam es, daß am 24. April die „Ratio“-Gruppe in einer „Ratio“-Pressemitteilung verkündete, sie kaufe die drei „Intra“-Märkte.**

„Metro“ handelte sofort. Am 6. Mai, als um 7 Uhr das „Intra“/„Ratio“-Personal zur Arbeit erschien, wurde es von „Metro“-Leuten am Betreten der Räume gehindert. Die „Metro“-Gang brach in das „Intra“-Haus ein und besetzte es. Mitgebrachte Zettel wurden verteilt: „Intra wird nicht Ratio, sondern Metro“. Die Angestellten und Arbeiter von „Intra“ wurden zu einem Großteil nach Mülheim geschleppt und dort zu „neuen Dienstverträgen mit „Metro“ überredet.

Die „Metro“-Gang verbarrikadierte inzwischen die Eingänge des „Intra“-Hauses. Mit Lederjacken uniformierte und mit Pistolen und Wachhunden ausgerüstete Wächter, die „Metro“ aus Mülheim gedungen hatte, bezogen Stellung und verhinderten gewaltsam jeden Zutritt. Und das Merkwürdigste: Der Polizei, die bei Demonstrationen der Werktätigen nicht zurückscheut vor Knüppelgebrauch, chemischen Kampfmitteln und Schußwaffenbedrohung, „gelang es nicht“, das Haus von den Wachen des Großhandels-Monopolgiganten „Metro“ zu räumen!

In dieser Situation nahmen „Metro“ und „Ratio“, die sich wegen der Beute nun in den Haaren lagen, Verhandlungen auf – selbstredend ohne ihr Opfer. Es kam anscheinend zum Kompromiß. „Metro“ behielt das Duisburger „Intra“-Haus und „Ratio“ sollte das Dortmunder bekommen. Die „Metro“-Kapitalisten aber setzten nach dieser Übereinkunft sofort ihre Drähte zum Grundstückseigner des Dortmunder „Intra“-Hauses in Gang, der sich nun weigerte, dem Übergang des „Intra“-Hauses an „Ratio“ zuzustimmen. **Ergebnis: „Metro“ konnte alle „Intra“-Märkte an sich reißen.**

Die „Intra“-Kapitalisten, Zoglmann und Co., aber waren schon lange erledigt. Selbst bei ihrem Konkurs bekamen sie noch den Todesstoß des großen Konkurrenten zu spüren: Weil das Rechnungswesen der „Intra“ völlig ungeordnet war und kaum in Bruchstücken existierte, können Zoglmann und Co. nicht einmal – wie das sonst bei den Bankrotten der Kapitalisten üblich ist – ihre Schulden steuerlich anerkennen lassen. Der Grund: Der Rechnungsführer der „Intra“ war eben derjenige Mann in der „Intra“-Geschäftsleitung gewesen, den die „Metro“-Gruppe eingeschleust hatte.

Gewiß, nicht jeder Konkurrenzkampf zwischen diesem und jenem Monopol wird mit Besetzungen, Pistolen und Wachhunden geführt. Aber allen Monopolen, dem monopolistischen System, dem Imperialismus ist eigen, der Kampf um den Profit, der aus der Arbeitskraft der Werktätigen herausgepreßt wird. Je größer aber die Monpole sind, die miteinander im Kampf liegen, desto brutaler greifen sie zu jedem Mittel, um den Konkurrenten aus dem Feld zu schlagen. Und kein Gesetz, keine Reform in diesem System wird sie daran hindern, denn sie sind es, die die Gesetze und die die „Reformen“ beschließen. Um sie und ihr ganzes System der Unterdrückung, Ausplünderung und Ausbeutung zu beseitigen, muß erst der Imperialismus gestürzt werden.

Bestellt das Zentralorgan der KPD/ML

An den
Verlag G. Schubert
46 Dortmund 30
Postfach 30 05 26
hiermit bestelle ich

ROTER MORGEN

A) Probenummer ☐ B) Abonnement ab Nr.....

Ich möchte Informationsmaterial ☐ Ich möchte besucht werden ☐

Name, Vorname. ....

Beruf ....

Postleitzahl/Ort ....

Straße ....
(Bitte in Blockschrift ausfüllen)

Datum.......... Unterschrift..........

Das Abonnement kostet für ein Jahr 30,– DM. Dieser Betrag ist auf das Postscheckkonto Dortmund 417 06 – 466 oder auf das Bankkonto bei der Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 – 393 zu überweisen. 43/75

Parteibüros der KPD/ML

Zentrales Büro und Landesverband (LV) NRW
Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 / 43 36 91 u. 43 36 92, Öffnungszeiten: Mo-Fr 15-18, Sa 10-14 Uhr.

LV Wasserkante
Hamburg, Buchladen „Roter Morgen“, Stresemannstr. 110, Tel.: 040/ 43 99 137, Öffnungszeiten: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Niedersachsen
Hannover, Eliseenstr. 20, Tel.: 0511/ 44 51 62, Öffnungszeiten: Di und Do 16.30-19.00, Sa 9-13 Uhr.

LV Südwest
Mannheim, Lortzingstr. 5, Tel.: 0621 / 37 67 44, Öffnungszeiten: Mo-Fr 17.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Baden-Württemberg
Stuttgart, Buchladen „Roter Morgen“, Haußmannstr. 107, Tel.: 0711 / 43 23 88, Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9.30-14 Uhr.

LV Bayern
München 2, Buchladen „Roter Morgen“, Thalkirchner Str. 19, Tel.: 089 / 77 51 79, Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

Sektion Westberlin
Wedding (65), Buchladen „Roter Morgen“, Schererstr. 10, Tel.: 030 / 46 52 807, Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 10-14 Uhr.

weitere Parteibüros:

Bielefeld, Buchladen „Roter Morgen“, Sudbrackstr. 31, Öffnungszeiten: Mo., Do. und Fr. 16.30-18.30, Sa. 9-13 Uhr.

Bochum, Dorstener Str. 86, Tel.: 0234 / 51 15 37, Öffnungszeiten: Mo-Fr. 16.30-19, Sa. 10-13 Uhr.

Bremen-Walle, Waller Heerstr. 70, Öffnungszeiten: Mi. und Fr. 16-19, Sa. 9-13 Uhr.

Duisburg-Hochfeld, Paulusstr. 36, Öffnungszeiten: Mo., Mi. und Fr. 16-18.30, Sa. 10-13 Uhr.

Kiel, „Thälmann-Buchladen“, Reeperbahn 13, Tel.: 0431 / 74 762, Öffnungszeiten: Mo-Fr. 15-18.30, Sa. 9-13 Uhr.

Köln-Kalk, Buchforststr. 105 b, Öffnungszeiten: Di. und Do. 17-19, Sa. 9-13 Uhr.

Lübeck, Buchladen „Roter Morgen“, Marlesgrube 58, Öffnungszeiten: Mo., Mi. und Fr. 16.30-18.30 Uhr.

Münster, Bremer Platz 16, Öffnungszeiten: Mo.-Fr. 16-18.30, Sa 11-14 Uhr.

– Anzeige –

VERLAG G. SCHUBERT

Inhaltsverzeichnis



Jahrgang 1974

Bestellungen an: Preis: 1,– DM
Verlag G. Schubert
46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26
Konto: Stadtsparkasse Dortmund
Kto. Nr. 321 004 – 393
Tel.: (0231) 43 36 91 und 43 36 92

– Anzeige –

VERLAG ROTER MORGEN

ENVER HOXHA

Rede des ersten Sekretärs des Zentralkommitees der Partei der Arbeit Albaniens vor seinen Wählern im Wahlkreis 209 von Tirana

Bestellungen an: Preis: 0,80 DM
Gesellschaft für die Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus
2 Hamburg 11, Postfach 11 16 49
PSchKto Hmb. 1935 72 – 207
Tel.: (040) 4 10 17 36